

gruene-mv.de

Klare Kante Zukunft

Für Mensch und Natur in MV



Inhalte? Kompakt!

Präambel	3
1. Klima: Wir wollen gute Aussichten für alle	5
2. Umwelt: Wir schützen, was uns schützt	12
3. Mobilität: Wir vernetzen MV, gerecht und günstig	20
4. Wirtschaft: Wir schaffen eine starke Zukunft	26
5. Wissenschaft & Forschung: Wir leben den Fortschritt	34
6. Bildung: Wir wollen Chancengerechtigkeit von Anfang an	39
7. Digitalisierung: Wir machen's einfach, sicher und smart	45
8. Wohnraum: Wir machen Mieten wieder bezahlbar	50
9. Gesundheit: Wir sind füreinander da, überall	56
10. Zusammenleben: Wir bekämpfen Armut strukturell	62
11. Demokratie: Wir geben allen eine Stimme	66
12. Bürgerrechte. Wir sichern Freiheit und Gerechtigkeit	72
13. Frauen, Kinder und FLINTA*: Für eine gerechte und sichere Gesellschaft	80
14. Vielfalt: Wir denken an alle	88
15. Kultur: Wir lassen Kultur überall aufblühen	94
16. Finanzen: Wir machen Geld zum Werkzeug, nicht zum Hindernis	100
17. Europa: Wir denken über Grenzen hinaus	105
Transparenzhinweis – Einsatz von KI	111

WAHLPROGRAMM VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2026

Stand: 16.07.2026

KONTAKT:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV
Gaußstr. 5 | 19055 Schwerin
post@gruene-mv.de

Präambel

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern,

Sie entscheiden am 20. September darüber, wie es in den kommenden 5 Jahren in unserem wunderschönen Mecklenburg-Vorpommern weitergehen wird. Mit Ihrer Stimme stellen Sie die Weichen für die Zukunft. Geht es mit unserem Land voran, verharrt es im Stillstand oder legt es sogar den Rückwärtsgang ein?

Wir BÜNDNISGRÜNE machen Ihnen ein klares Angebot, wie wir unser Heimatland fit für die Herausforderungen der Zukunft machen. Gemeinsam wollen wir unsere Chancen besser nutzen und unseren Stärken bündeln. Derzeit ist MV ein Land, das unter seinen Möglichkeiten bleibt. Einerseits sind wir das Land der engagierten Menschen, die ihre Ärmel hochzukrempeln und anpacken. Andererseits haben wir eine Landesregierung, die diese Potenziale nicht ausschöpft und zu wenig aus den Möglichkeiten unseres Landes macht.

Damit unsere Heimat eine gute Zukunft hat müssen wir ihre einzigartige Natur schützen. Sonne und Wind haben bei uns die Kraft, um unsere Wirtschaft nicht nur unabhängig von fossilen Brennstoffen zu machen, sondern sie auch noch erfolgreicher machen. Wir wollen, dass MV bei der Energiewende stärker vorangeht. Dann produzieren wir den sauberen und bezahlbaren Strom, den unsere Unternehmen brauchen um zu wachsen. Aber wir senken damit auch die Energiekosten für die Menschen im Land und machen uns Unabhängigkeit von globalen Krisen. Unser konkreter Vorschlag: Wer in der Nähe von Windparks und Solarflächen wohnt, soll von einem günstigeren Energiepreis profitieren. So halten wir die Wertschöpfung in unseren Regionen und bei den Menschen.

Unsere Ostsee ist ein Lieblingssort für viele von uns, aber auch Grundlage für den Tourismus, die heimische Traditionsfischerei und Lebensraum für zahlreiche Arten. Doch ihr geht es nicht gut. Sie ist das bedrohteste Meer auf unserer Erde. Wir kämpfen dafür, dass sie auch noch für unsere Kinder und Enkelkinder da ist. Indem wir Schadstoffeinträge reduzieren, umweltverträgliche Fangmethoden einführen und den naturnahen Tourismus weiterentwickeln.

Uns BÜNDNISGRÜNE leitet der Grundsatz, dass unsere Kinder unsere Zukunft sind. Wir streiten dafür, dass sie hier nicht nur eine gute Bildung erhalten, sondern eine gute Kindheit und Jugend haben, die ihnen Kraft und Energie für die eigene Zukunft gibt. Wir werden allen Kindern- und Jugendlichen die Möglichkeit geben kostenfrei den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen, indem wir ein U27-Deutschlandticket für sie einführen. Damit sie nicht nur zur Schule, sondern auch zum Sportverein, den Freunden und der Familie kommen. Zusammenhalt und Teilhabe müssen allen möglich sein. Auch denjenigen, die noch keinen Führerschein machen dürfen oder sich (noch) kein Auto leisten können.

Diese und noch mehr konkrete Maßnahmen haben wir in unserem Programm zusammengeführt. Denn Demokratie zu leben heißt eigene Lösungsvorschläge zu geben, zu diskutieren und am Ende auch gemeinsam umzusetzen. Wir freuen uns in den kommenden Wochen mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Gemeinsam bringen wir unser Land voran. Mit klaren Ideen für eine gute Zukunft. Mit klarer Kante Zukunft für Mensch und Natur.

Claudia Müller & Ole Krüger



1. Klima:

**Wir wollen gute
Aussichten für alle**

Klima? Retten!

Der Küstenwind zerzaust uns die Haare. Im Land spiegelt sich die Sonne glitzernd auf endlosen Seen, zieht strahlend über Felder und Dächer. Zwischen Horizont und Hinterland steckt die Energie von morgen. Hier liegt unsere Chance, unsere grüne Zukunft.

Doch die Lösungen werden übersehen.

Wenn fossile Energien uns abhängig und das Leben teuer machen, wenn Extremwetter zunimmt und ganze Regionen unter Druck geraten, dann geht es um mehr als das Klima. Es geht um unsere Sicherheit, unsere Freiheit, unsere Wirtschaft und die Frage, wie wir morgen leben wollen, können und werden.

Die Klimakrise ist schon längst in MV angekommen, das spüren wir. Extremwetter nimmt zu, Böden trocknen aus, die Ostsee stirbt. Doch zu lange wurde gezögert, vertagt und kleingeredet. Während andere noch diskutieren, zahlen die Menschen in MV längst den Preis, mit steigenden Kosten, unsicheren Jobs und wachsendem Druck auf unsere Natur.

Dabei haben wir alles, was es braucht, um sie zu bewältigen, direkt vor der Haustür. Wir sehen diese Möglichkeiten und ergreifen sie: entschlossen, klug und mit klaren Konzepten. Mit uns gibt's endlich wieder gute Aussichten für unser Land und für uns alle.

Wind und Solar beschleunigen wir mit deutlichen Vorgaben und straffen, digitalen Verfahren. Dabei binden wir Kommunen und Bürger*innen aktiv mit ein, sowohl bei der Planung als auch später mit einer finanziellen Beteiligung. Zum Wohle aller. Denn mit uns und den Erneuerbaren wird bzw. bleibt das Leben der Menschen in MV bezahlbar. Und die Natur intakt.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, das gut vorbereitet ist, fordern wir:

- **Klimaschutz als Staatsziel:** Wir werden Klimaschutz in die Landesverfassung aufnehmen – mit verbindlichen Zielen, Maßnahmen und regelmäßigem Monitoring. Damit Entscheidungen endlich planbar werden und es beim Klimaschutz keine Ausreden mehr gibt.
- **Anwohner*innen von Wind- und Solarparks sollen künftig direkt finanziell von der Energiewende profitieren,** indem wir durch die Befreiung von Netzkosten die Strompreise für sie um bis zu einem Viertel senken. Wer die Energiewende trägt, soll auch günstigeren Strom erhalten. Gleichzeitig schafft die Regelung zusätzliche Anreize für die Elektrifizierung von Wärme und Mobilität, etwa durch Wärmepumpen und E-Autos.
- **schnellere Genehmigungen für Erneuerbare:** Wir erhöhen die Planungssicherheit, indem wir Genehmigungsbehörden als moderne und personalstarke Agenturen neu ausrichten und fördern. Damit Windräder und Solaranlagen schneller gebaut werden und Strom endlich günstiger produziert wird.

1.1. Klare Ziele und effektive Maßnahmen

Ob Strom bezahlbar bleibt, Unternehmen investieren und unsere Orte lebenswert bleiben, das entscheidet sich am Klimaschutz.

Er mildert die Folgen der Klimakrise ab, schafft Planungssicherheit und treibt Innovationen, und damit Wirtschaftswachstum in unserem Land voran.

Doch noch immer wird Klimaschutz zu oft im Klein-Klein abgearbeitet oder gegen andere Ziele ausgespielt. Dabei betrifft er längst alle Bereiche politischen Handelns. Wenn am Ende niemand verbindlich prüft, was Klimazielen nützt oder schadet, bleibt Klimaschutz ein Lippenbekenntnis.

Das können wir besser. Wir machen Klimaschutz zur verbindlichen Querschnittsaufgabe in der Landespolitik.

Dafür führen wir einen verbindlichen Klimacheck für Landesgesetze, Programme und Haushalte ein und stärken Klimaschutz in Behörden und Kommunen. Die Landesenergie- und Klimaschutzagentur entwickeln wir zu einer zentralen Beratungs-, Förder- und Datenstelle weiter. Einnahmen aus erneuerbaren Energien auf landeseigenen Flächen sollen in einen Klimafonds für die kommunale Energiewende fließen. Unser Ziel ist klar: Mecklenburg-Vorpommern soll bis 2035 treibhausgasneutral werden.

Für effektiven Klimaschutz braucht es:

- die verbindliche Festlegung der Treibhausgasneutralität bis 2035.
- die Einführung eines verbindlichen Klimachecks für alle Landesgesetze, Programme und Haushalte.
- die Etablierung und Stärkung von Klimaschutzmanager*innen in allen Landesbehörden und Kommunen.
- die Weiterentwicklung der Landesenergie- und Klimaschutzagentur (LEKA) zu einer zentralen Beratungs-, Förder- und Datenstelle.
- einen Landes-Klimafonds, der die Einnahmen aus Verpachtung und Betrieb erneuerbarer Energien auf landeseigenen Flächen den Kommunen zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen vor Ort zur Verfügung stellt.

1.2. Energieeffizienz & Wärmewende

Heizen muss bezahlbar sein und darf nicht länger auf Kosten des Klimas gehen. Doch noch immer wohnen viele Menschen in unsanierten Häusern und heizen mit Öl oder Gas. Das ist schlecht fürs Klima und wird auf Dauer unbezahlbar.

Die Wärmewende wurde viel zu lange verschleppt. Die Folge: Wärme geht ungenutzt verloren, fossile Abhängigkeiten bleiben bestehen und viele Haushalte zahlen den Preis.

Wenn wir beim Heizen nicht endlich umsteuern, wird Wohnen immer teurer, egal ob zur Miete oder im Eigenheim und Klimaschutz unnötig ausgebremst.

Nicht mit uns! Wir wollen die Wärmewende sozial, planbar und bezahlbar voranbringen.

Dafür unterstützen wir Kommunen umfassend bei der Wärmeplanung und ihrer Umsetzung. Energie- und Sanierungsberatung bauen wir deutlich aus, damit Haushalte, Kommunen und Unternehmen passende Lösungen und Fördermöglichkeiten leichter finden. Industrielle Abwärme und Geothermie wollen wir gezielt erschließen und ihre Nutzung mit besseren Datengrundlagen und einem Landes-Risikofonds erleichtern.

Für eine gelingende Wärmewende und bezahlbare Heizkosten fordern wir:

- die Kommunen bei der Erstellung und Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung umfassend zu unterstützen. Wir wollen dafür die Beratung im Land fest verankern und erreichen, dass die Bundesförderung bedarfsgerecht finanziell ergänzt wird.
- die Energie- und Sanierungsberatung deutlich auszubauen. Für Kommunen, Unternehmen und Haushalte führen wir einen transparenten Fördermittel-Check ein.
- die Schaffung eines Landes-Risikofonds, der die Umsetzung von kommunalen Wärmeprojekten absichert, damit industrielle Abwärme (z.B. von Rechenzentren) sowie Geothermie für die lokale Wärmeversorgung gezielt nutzbar gemacht werden können.

1.3. Erneuerbare Energien für alle

Die Nutzung von Wind- und Solarenergie ist in Mecklenburg-Vorpommern etabliert und ein echter Standortvorteil. Sie kann unser Land unabhängiger machen, für günstigen Strom sorgen und Wertschöpfung vor Ort schaffen.

Doch der Ausbau der erneuerbaren Energien geht noch immer zu langsam voran. Statt klarer Unterstützung gab es zu oft Unsicherheit und widersprüchliche Signale. Zu lange Verfahren, überlastete Behörden und zu wenig Beteiligung bremsen die Energiewende aus. Das hat Vertrauen und Geld gekostet.

Wenn wir das nicht ändern, bleiben wir abhängig von teuren fossilen Energien und verspielen unsere Chance auf klimafreundlichen Wohlstand. Jeder Monat Verzögerung kostet uns Arbeitsplätze, Wertschöpfung und die Chance auf dauerhaft günstigen Strom.

Das können wir besser. Wir wollen MV wieder zu einem echten Vorreiter beim Ausbau der erneuerbaren Energien machen.

Dafür treiben wir den Ausbau von Wind- und Solarenergie mit klaren und beschleunigten Verfahren voran. Zusätzliche Flächen für naturverträgliche Offshore-Windenergie in der Ostsee wollen wir sichern, Mehrfachnutzung ermöglichen und Konflikte mit Schutzgebieten vermeiden. Photovoltaik auf Dächern, öffentlichen Liegenschaften und versiegelten Flächen bauen wir deutlich aus. Gleichzeitig stärken wir Bürgerenergie und sorgen dafür, dass die Menschen vor Ort stärker an der Energiewende beteiligt werden.

Für Energieunabhängigkeit und günstigen Strom wollen wir:

- Wind- und Solarenergie durch klare, beschleunigte Genehmigungsverfahren vorantreiben, u.a. durch einen landeseinheitlichen Wind- und Solar-Erlass, verbindliche Fristen und effiziente Verfahren.
- zusätzliche Flächen für den naturverträglichen Ausbau von Offshore-Windparks in der Ostsee ausweisen und Konflikte mit Schutzgebieten vermeiden.
- Photovoltaik auf Dächern, öffentlichen Liegenschaften und Flächen zur Mehrfachnutzung, wie beispielsweise Parkplätze, Radwege und Agri-PV, durch klare Rahmensetzung fördern.
- das Förderprogramm für Balkonsolaranlagen neu auflegen und um Kleinspeicherförderung ergänzen.
- Bürgerenergie stärken, u. a. durch einen Bürgerenergiefonds und bessere Beteiligungsmöglichkeiten durch bevorzugten Zugang zu Landesflächen und mehr Transparenz über Beteiligungsmöglichkeiten im Energieatlas.
- Anwohner*innen von Wind- und Solarparks sollen künftig direkt finanziell von der Energiewende profitieren, indem wir durch die Befreiung von Netzkosten die Strompreise für sie um bis zu einem Viertel senken. Wer die Energiewende trägt, soll auch günstigeren Strom erhalten. Gleichzeitig schafft die Regelung zusätzliche Anreize für die Elektrifizierung von Wärme und Mobilität, etwa durch Wärmepumpen und E-Autos.
- Haushalte im unmittelbaren Umfeld von Windenergieanlagen (2 km Radius) sowie von Freiflächen-Photovoltaikanlagen (500 m Radius) befreien wir vollständig von den Netzentgelten auf ihren Stromverbrauch.

1.4. Netze, Speicher, Digitalisierung

Erneuerbarer Strom muss nicht nur erzeugt werden, sondern auch dort ankommen, wo er gebraucht wird. Dafür braucht es starke Netze, Speicher und ein Energiesystem, das mitdenkt. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern wird das immer wichtiger.

Doch genau hier hakt es. Netze sind überlastet, Speicher fehlen und zu viel Strom kann nicht genutzt werden, obwohl er eigentlich verfügbar ist.

Wir wollen daher unsere Energieversorgung so ausbauen, dass erneuerbarer Strom besser verteilt, gespeichert und genutzt werden kann.

Dafür modernisieren und stärken wir die Genehmigungsbehörden, bauen Speicher und flexible Großverbraucher gezielt aus und stimmen den Ausbau von Stromerzeugung, Netzen und Speichern besser aufeinander ab. Mit digitalen Lösungen wie gemeinsamen Netzanschlusspunkten wollen wir vorhandene Infrastruktur effizienter nutzen und die Netze entlasten.

Wir verteilen und nutzen erneuerbare Energie gerecht und effizient, indem wir:

- Genehmigungsbehörden modernisieren und personell stärken – mit frühzeitiger Konfliktlösung, klaren Standards, digitalisierten Verfahren sowie mehr Fachkräften und Planungskapazitäten.
- eine sog. Matching-Plattform für die gemeinsame Nutzung von Netzanschlusspunkten schaffen, damit Wind- und Solarkraft, Stromspeicher und Stromverbraucher ideal vernetzt werden.
- flexible Großverbraucher (z.B. Power-to-Heat für Wärmespeicher) gezielt ausbauen, insbesondere durch Pilotprojekte zur Erprobung und zum beschleunigten Wissenstransfer.
- den Netzausbau, Wind- und Solarausbau, aber auch den Aufbau von Speichern landesweit systematisch und vorausschauend aufeinander abstimmen, um einen bedarfsgerechten Netzausbau sicherzustellen und Engpässe beim Ausbau der Erneuerbaren zu vermeiden.
- den Ausbau von Batteriespeichern voranbringen, indem wir jedem Menschen die Möglichkeit geben sich bei ihren regionalen Energieversorgern finanziell an der Errichtung von Batteriespeichern zu beteiligen. Sie nehmen den Wind- und Solarstrom auf, wenn er nicht verbraucht wird, so dass er gewinnbringend verkauft werden kann, wenn der Bedarf wieder da ist.

1.5. Wasserstoff & fossile Energien

Fossile Energien machen uns abhängig, treiben die Preise und schaden dem Klima. Mecklenburg-Vorpommern muss deshalb raus aus Öl und Gas. Das ist gut für den Klimaschutz, stärkt unsere Energieunabhängigkeit und schützt vor steigenden Kosten.

Doch nicht alle Bereiche lassen sich sofort und einfach elektrifizieren. Gerade in der Industrie, bei Prozesswärme oder in der Schifffahrt braucht es verlässliche Alternativen.

Wenn wir den Ausstieg aus fossilen Energien nicht klar steuern, bleiben wir in teuren Abhängigkeiten stecken und verspielen Zeit beim Klimaschutz.

Wir wollen den Umstieg sozialverträglich gestalten und grünen Wasserstoff dort einsetzen, wo er wirklich gebraucht wird.

Dafür entwickeln wir eine Wasserstoffstrategie für MV, die Ziele, Bedarf, Förderung und Infrastruktur klar festlegt und eng mit dem Bund und den norddeutschen Ländern abgestimmt ist. Wir konzentrieren uns dabei auf grünen Wasserstoff und priorisieren seinen Einsatz in schwer elektrifizierbaren Bereichen. Neue Gaskraftwerke darf es nur noch geben, wenn sie wasserstofffähig sind, eine klare Umrüst-Roadmap haben und nur begrenzt zum Einsatz kommen. Gleichzeitig verankern wir eine Erneuerbare-Energien-Quote von 65 Prozent für neue Heizungen im Landesklimaschutzgesetz, damit Mieter*innen und Verbraucher*innen nicht weiter in die fossile Kostenfalle geraten.

Für einen sozialverträglichen Ausstieg aus den fossilen Energien wollen wir:

- eine Wasserstoff-Landesstrategie mit den anderen norddeutschen Bundesländern abstimmen.
- grünen Wasserstoff fördern, damit wir auch dort energieunabhängig werden, wo Strom als Energieträger noch unpraktikabel ist.
- neue Gaskraftwerke nur noch zulassen, wenn sie auf Wasserstoff umgerüstet werden können, nur begrenzte Einsatzstunden haben, dezentral verteilt werden und Abwärme nutzen.
- die erneuerbare Energiequote von 65% für neue Heizungen im Landesklimaschutzgesetz verankern, um Mieter*innen und Verbraucher*innen vor der fossilen Kostenfalle zu schützen.

1.6. Natürlicher Klimaschutz & Klimaanpassung

Moore, Wälder und gesunde Ökosysteme sind unser natürlichster Klimaschutz. Gleichzeitig spürt Mecklenburg-Vorpommern die Folgen der Klimakrise längst vor Ort: durch Hitze, Dürre, Starkregen und steigende Wasserstände. Natürlicher Klimaschutz und Klimaanpassung gehören deshalb zusammen.

Doch noch immer nutzen wir diese Chancen nicht konsequent genug. Wertvolle Kohlenstoffspeicher werden nicht ausreichend geschützt, und viele Kommunen bleiben mit den Folgen der Klimakrise zu oft allein.

Wenn wir Natur nicht besser schützen und Städte und Kommunen nicht widerstandsfähiger machen, verlieren wir Lebensqualität, Sicherheit und wirksamen Klimaschutz zugleich.

Das ändern wir: Wir wollen die natürlichen Schutzkräfte unseres Landes stärken und MV besser auf die Folgen der Klimakrise vorbereiten.

Dafür verankern wir die Wiedervernässung der Moore als natürliche Kohlenstoffspeicher besser im Landeswassergesetz und machen sie auch wirtschaftlich tragfähig, etwa durch die Förderung von Moor-Landwirtschaft (Paludikultur) und Moor-Solaranlagen. Kommunen unterstützen wir stärker bei Klimaanpassung, Hitzevorsorge und Schutz vor Starkregen und Hochwasser.

Um das klimaschädliche CO₂ besser zu speichern und uns vor Extremwetterereignissen besser zu schützen, werden wir:

- die Wiedervernässung der Moore als natürliche CO₂-Speicher im Landeswassergesetz fest verankern und zugleich deren landwirtschaftliche Nutzung fördern.
- im Landeswassergesetz die Stärkung von Feuchtgebieten stärken, denn Schwammlandschaften, die Wasser halten, tragen zur Klimavorsorge bei.
- kommunale Klimaanpassungskonzepte fördern, damit die Menschen in jedem Dorf und jeder Stadt vor Hitze und Starkregen geschützt sind.

2. Umwelt:

**Wir schützen,
was uns schützt**

Natur? Schützen!

Mecklenburg-Vorpommern lebt von seiner reichen Natur. Von außergewöhnlichen Landschaften, tausenden Seen und wilden Küsten. Von alten Wäldern, mächtigen Mooren und weiten Feldern, die Lebensraum und unsere Lebensgrundlage sind. Doch dieser Schatz ist bedroht.

Zu lange wurde Natur als Nebensache behandelt. Dabei ist sie unsere Lebensgrundlage und ein zentraler Wirtschaftsfaktor, gerade in MV. Denn wenn Gewässer kippen, Arten verschwinden und Böden erschöpfen, geht es nicht nur um Natur. Es geht um unsere Gesundheit, unsere Ernährung, um Tradition und Zukunft und auch um Wertschöpfung. Intakte Natur ist die Grundlage für unseren Tourismus und tausende Arbeitsplätze in unserem Land. Kurz: Es geht um das, wovon wir leben und die Perspektiven ganzer Regionen.

Deshalb handeln wir. Denn gute Umweltpolitik sichert Lebensqualität und Arbeitsplätze.

Wir wollen, dass die Menschen hier eine sichere Zukunft haben, mit fairen Einkommen, sauberem Wasser, gesunder Natur, lebendigen Dörfern und grünen Städten.

Wir schützen unsere Schätze: ökologisch, regional und sozial. Wir bewahren unsere Natur nicht nur, wir stärken sie und wappnen MV für die Zukunft. Nachhaltig und vielfältig.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, das auch morgen lebenswert ist, fordern wir:

- **eine saubere, lebendige Ostsee:** Dünger gehört nicht in die Ostsee. Wir reduzieren Stickstoff und Phosphor konsequent. Damit die Ostsee nicht kippt, Strände sauber bleiben und Tourismus sowie Fischerei eine Zukunft haben.
- **faire Landwirtschaft:** Wir sichern junge Höfe, indem wir Existenzgründungsfonds für Bio-Junglandwirte schaffen und so mehr regionale Lebensmittel produziert werden und unsere Landwirtschaft auch für die nächste Generation eine Zukunft hat. Damit mehr regionale Lebensmittel produziert werden und Landwirtschaft auch für die nächste Generation eine Zukunft hat.
- **grüne Orte überall:** Wir helfen Natur und Menschen in allen Orten, indem wir Klimaanpassung in den Kommunen stärken, etwa durch Trinkwasserspender, klimaresiliente Baumpflanzungen und Schwammstadt-Maßnahmen. Damit es im Sommer kühler bleibt, Wasser verfügbar ist und Orte besser mit Starkregen und Hitze klarkommen.

2.1. Umweltschutz & Klimaanpassung: Wasser und Böden sichern

Unsere Seen, unsere Flüsse und Moore, sie sind Lebensgrundlage, Wirtschaftsfaktor und Teil unserer Identität. Doch sie sind zunehmend gefährdet. Dürren und Starkregen bringen den Wasserhaushalt aus dem Gleichgewicht und die Böden verlieren ihre Fruchtbarkeit.

Wenn Gewässer krank werden und Böden ihre Kraft verlieren, sind wir alle betroffen. Denn dann stehen unsere Ernährung, unsere Gesundheit und die wirtschaftliche Zukunft des ganzen Landes auf dem Spiel.

Wir verbessern die Wasserqualität unserer Gewässer durch die konsequente Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und stärken natürliche Puffer wie Gewässerrandstreifen, Feuchtgebiete und Auen. So halten wir Wasser in der Fläche und schützen vor Dürre und Überflutung.

Der nordamerikanische Konzern CEP plante schon in der Vergangenheit Gasfracking in Vorpommern, jetzt plant man direkt an der Grenze auf polnischer Seite nach Öl und Gas zu bohren. Dies würde sowohl Schutzgebiete als auch den Tourismus auf Usedom stark betreffen. Dem Projekt muss deshalb eine klare Absage erteilt werden.

Für sauberes Wasser und gesunde Böden wollen wir:

- die Wasserrahmenrichtlinie und die Landeswasserstrategie konsequent umsetzen, insbesondere durch den Ausbau natürlicher Pufferzonen wie breiterer Gewässerrandstreifen, Feuchtgebiete und Auen, um Überflutungen abzufedern und Wasser besser in der Fläche zu halten. Die Vertiefungspläne für die Elbe-Reststrecke zwischen Dömitz und Hitzacker lehnen wir ab.
- die Wiedervernässung von Moorböden mit fairer Entschädigung vorantreiben und Maßnahmen zur moorschützenden Wasserrückhaltung fördern.
- Gas- und Ölbohrungen in der Ostsee und an Land eine klare Absage erteilen.

2.2. Ostsee schützen

Verschmutzung, Schifffahrt, Rohstoffabbau, eine nicht nachhaltige Fischerei und die Folgen der Klimakrise gefährden sensible Lebensräume und viele Fischbestände. Der heimische Schweinswal ist akut vom Aussterben bedroht.

Wir wollen die Wiederherstellung wertvoller Lebensräume wie z. B. Seegraswiesen und Stein-Riffe gezielt fördern. Diese Lebensräume verbessern die Wasserqualität, schützen Küsten vor Erosion und bieten wichtigen Lebensraum für zahlreiche Arten – darunter auch den Hering, dessen Bestände für die Ostseeökologie und die Küstenfischerei von zentraler Bedeutung sind. Den unbeabsichtigten Beifang von Schweinswalen wollen wir durch naturgerechte Fangmethoden verringern.

Meeresschutz gelingt nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort. Deshalb fördern wir regionale Netzwerke und naturverträgliche Nutzungskonzepte für Küsten und Meer.

Unser Ziel ist eine lebendige Ostsee mit gesunden Fischbeständen, widerstandsfähigen Ökosystemen und einer nachhaltigen Küstenwirtschaft. Mecklenburg-Vorpommern soll Vorreiterin für modernen Meeresschutz und eine nachhaltige Entwicklung im Ostseeraum werden.

Für einen wirksamen Meeresschutz werden wir:

- Meeresschutzgebiete effektiv vor zerstörerischen Einflüssen schützen, damit Artenvielfalt und Lebensräume dauerhaft erhalten bleiben und Fischbestände sich erholen können.
- marine Lebensräume wie Seegraswiesen und Riffe wiederherstellen.
- die heimischen Traditionsfischer finanziell bei der Umstellung auf naturverträgliche Fangmethoden unterstützen.
- die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Küstenfischerei, Naturschutzverbänden, Tourismus, Kommunen und regionalen Projekten fördern, um praxistaugliche und naturverträgliche Lösungen für den Schutz der Ostsee zu entwickeln.
- die Nährstoffeinträge und Verschmutzung durch Öl, Plastik und Mikroplastik deutlich verringern.
- Schutzmaßnahmen gegen Ölunfälle, etwa durch die marode russische Schattenflotte, deutlich ausbauen.
- eine breite Allianz zur Rettung des Schweinswals gründen, in MV und im Rahmen der Ostseeparlamentarier-Konferenz auch für die gesamte Ostsee.

2.3. Naturschutz gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickeln

Naturschutz gelingt nur mit den Menschen vor Ort. Unsere Landschaften sind Lebensraum für Tiere und Pflanzen, aber auch Arbeits- und Lebensorte für viele Menschen. Doch noch immer wird Naturschutz zu oft als Gegensatz zu den Interessen vor Ort wahrgenommen. Wenn Naturschutz spaltet, verlieren am Ende die Natur und wir alle.

Damit das verhindert wird, wollen wir Naturschutz so gestalten, dass er verbindet und vor Ort besser angenommen wird.

Dafür setzen wir auf Kooperation statt Konfrontation, bauen den Vertragsnaturschutz weiter aus und fördern regionale Naturschutzberatung. Artenvielfalt im städtischen und dörflichen Raum stärken wir mit konkreten Maßnahmen vor Ort. Schutzgebiete und das Grüne Band entwickeln wir zu einem lückenlosen Biotopverbund weiter und vernetzen sie über Ländergrenzen hinweg. In Natura-2000-Gebieten wollen wir Pestizide und chemisch-synthetische Dünger untersagen. Auch den Alleenschutz verbessern wir mit einem einheitlichen Baumkataster für Land und Kreise.

Damit Naturschutz verbindet, wollen wir:

- die Kooperation stärken, indem wir den Vertragsnaturschutz ausbauen, und zwar freiwillig und fair vergütet.
- Natur wiederherstellen und die Artenvielfalt im urbanen wie im dörflichen Lebensumfeld stärken, etwa durch Blühflächenprogramme, die Unterstützung beim Anlegen von Hecken und Feldrainen sowie den Schutz von Wiesenvögeln und Küstenlebensräumen.
- Schutzgebiete und das Grüne Band zu einem lückenlosen Biotopverbund weiterentwickeln und länderübergreifend vernetzen.
- den Einsatz von Pestiziden und chemisch-synthetischen Düngern in Natura-2000-Gebieten untersagen.
- den Alleenschutz verbessern, indem wir einen einheitlichen Baumkataster für Land und Kreise einführen.

2.4. Faire Landwirtschaft - Existenzsicherung und Umbau ermöglichen

Die Landwirtschaft prägt unsere Landschaft in Mecklenburg-Vorpommern und sorgt für unsere Ernährung und viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Doch steigende Kosten, unsichere Preise und hohe bürokratische Anforderungen erschweren den Alltag der Betriebe. Gleichzeitig ist klar: Landwirtschaft muss klima- und naturverträglicher werden. Der Umbau darf aber nicht auf dem Rücken der Betriebe stattfinden, sondern muss fair finanziert und verlässlich begleitet werden, damit er wirtschaftlich tragfähig ist.

Wenn Landwirtschaft eine Zukunft haben soll, braucht sie beides: faire Einkommen und klare Perspektiven für den ökologischen Umbau. Wir wollen den Umbau gemeinsam mit den Landwirt*innen gestalten und ihre Existenz sichern.

Dafür bauen wir Bürokratie ab, vereinfachen Förderverfahren und schaffen mehr Planungssicherheit für Investitionen, etwa in tiergerechte Ställe, Auslauf und Weidehaltung. Den Ökolandbau wollen wir stärken und gleichzeitig setzen wir uns für klare, preisdämpfende Regeln gegen Bodenspekulationen, weniger Pestizid- und Düngemitelesatz und einen besseren Schutz von Grund- und Trinkwasser ein. Auf landeseigenen Flächen wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft werden wir:

- Bürokratie abbauen, indem wir Förderanträge vereinfachen, Mehrfacheinreichungen vermeiden und vollständig digital ermöglichen.
- gemeinsam mit dem Bund den Umbau der Tierhaltung sozial absichern und Investitionshilfen für tiergerechte Ställe, Auslauf und Weidehaltung einführen.
- Landnutzung, die Natur und Umwelt erhält, Wasser schützt und CO₂ bindet, gezielt und verlässlich fördern.
- den Ökolandbau deutlich ausbauen, durch eine verlässlich finanzierte Förderung, den Aufbau von Ökomodellregionen, die stärkere Verankerung in Ausbildung und Studium sowie die Ausweitung ökologischer Produkte in Kantinen, Kitas, Schulen und Kliniken.
- das Düngerecht weiterentwickeln und wissenschaftlich sowie rechtlich fundierte Vorgaben für verursachergerechte und nachhaltige Maßnahmen zum Schutz von Grund- und Trinkwasser sowie der Ökosysteme schaffen.

2.5. Verantwortung für den Tierschutz übernehmen

Tiere zu halten heißt, Verantwortung zu übernehmen. Für ihr Wohlergehen, für gute Haltungsbedingungen und für einen Umgang, der Tierleid verhindert. Gerade in einem Land mit hohen Tierbestandsdichten in den Betrieben muss Tierschutz einen höheren Stellenwert bekommen.

Doch noch immer fehlen zu oft klare Regeln, wirksame Kontrollen und verlässliche Unterstützung. Das geht zulasten der Tiere und wird der Verantwortung von Politik und Gesellschaft nicht gerecht.

Wenn Tierschutz nicht verbindlich wird, bleibt Tierleid Teil des Systems.

Das ändern wir. Wir wollen Tierschutz in Mecklenburg-Vorpommern verbindlicher machen und endlich stärker im politischen Handeln verankern.

Dafür setzen wir uns für eine Begrenzung von Tierbeständen ein und stärken die Weidetierhaltung durch verlässliche Unterstützung beim Herdenschutz. Mit einer oder einem unabhängigen Tierschutzbeauftragten und einem Verbandsklagerecht für anerkannte Verbände wollen wir Tierschutzbelange stärker durchsetzen. Tierheime, Wildtierzentren und Tierschutzorganisationen wollen wir besser unterstützen und die anlassbezogenen Kontrollen in Tierhaltungsbetrieben ausbauen.

Für einen verantwortungsvollen Tierschutz wollen wir:

- uns für eine Obergrenze der Tierbestände pro Anlage und Region einsetzen.
- die Weidehaltung stärken, indem wir Hütehunde und Schutzzäune nicht nur in der Anschaffung, sondern auch im Unterhalt fördern.
- einen unabhängigen Tierschutzbeauftragte*n in der Landesregierung einsetzen und ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einführen.
- Tierheime und Auffangstationen für Wildtiere sowie Tierschutzorganisationen verlässlich finanziell unterstützen.
- die Einhaltung von Brandschutzvorgaben in Tierhaltungsbetrieben konsequent kontrollieren.
- eine Katzenschutzverordnung für das gesamte Land Mecklenburg-Vorpommern einführen.
- die grausame Praktik der CO2-“Betäubung” endlich beenden.

2.6. Wald für morgen: klimastabil, multifunktional, regionale Wertschöpfung

Wälder sind Lebensraum, Erholungsort, Klimaschützer und ein wichtiger Teil regionaler Wertschöpfung. Doch Trockenheit, Stürme und Schädlingsbefall setzen ihnen immer stärker zu. Wenn unsere Wälder weiter geschwächt werden, verlieren wir Schutzräume für Arten, Erholung für Menschen und einen natürlichen Helfer fürs Klima zugleich.

Wir wollen unsere Wälder so stärken, dass sie auch in Zukunft widerstandsfähig, artenreich und nutzbar bleiben.

Dafür legen wir ein Aktionsprogramm für den beschleunigten ökologischen Waldumbau vor und schützen alte und naturnahe Wälder. Die Jagd soll den Waldumbau künftig besser unterstützen und Konflikte zwischen Wildtieren sowie Land- und Forstwirtschaft verringern. Gleichzeitig fördern wir Holz als regionalen und klimafreundlichen Baustoff und stärken die regionale Wertschöpfung.

Um unsere Wälder klimaresilient und zukunftsfest zu machen, werden wir:

- ein Aktionsprogramm zum beschleunigten, ökologisch orientierten Waldumbau vorlegen.
- Naturwälder und alte Wälder als letzte Rückzugsräume erhalten.
- die Jagd so regeln, dass sie vorrangig den Waldumbau unterstützt.
- Holz als regionaler, klimafreundlicher Baustoff und dadurch die regionale Wertschöpfung fördern.

2.7. Fischerei erhalten

Die handwerkliche Fischerei gehört zu Mecklenburg-Vorpommern. Sie prägt Küstenorte, sichert regionale Wertschöpfung und ist für viele Menschen mehr als nur ein Beruf. Doch für viele Betriebe wird es immer schwerer, von der Fischerei zu leben. Schwindende Bestände, sinkende Fangquoten und wirtschaftlicher Druck setzen vor allem die kleine, handwerkliche Fischerei unter Druck. Wo Fischbestände schwinden, und kleine Betriebe untergehen, verliert die Küste Vielfalt und Identität.

Das lassen wir nicht zu. Wir wollen die Fischerei in MV nachhaltig stärken und besonders die kleinen handwerklichen Betriebe unterstützen.

Dafür setzen wir auf wissenschaftsbasierte Fangmengen, den Schutz von Laichgebieten und schonende Fangmethoden. Forschung, Entwicklung und notwendige Umrüstungen wollen wir stärker fördern. Gleichzeitig stärken wir kleine Fischereibetriebe durch regionale Wertschöpfungsketten.

Für eine Fischerei mit Zukunft werden wir:

- die kleine, handwerkliche Fischerei stärken, indem wir nachhaltige regionale Wertschöpfungsketten fördern und finanziell bei der Umstellung auf naturverträgliche Fangmethoden unterstützen, damit ungewollter Beifang reduziert wird.
- wissenschaftsbasierte Fangmengen in der Ostsee und den Schutz von Laichgebieten etablieren, damit Bestände sich erholen können.
- schonende Fangmethoden fördern, Forschung, Entwicklung und Monitoring ausbauen, deren praktische Umsetzung unterstützen und notwendige Umrüstungen finanzieren helfen.
- Fischer*innen dabei unterstützen zusätzliche Einkommensquellen zu erschließen, etwa in der Verarbeitung, im Tourismus, in der Forschung oder im Gewässerschutz.

2.8. Verbraucherschutz stärken

Ob beim Lebensmitteleinkauf oder bei der Qualität unseres Trinkwassers: Verbraucherschutz betrifft uns alle, jeden Tag. Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass Lebensmittel sicher, das Wasser sauber und dass Informationen dazu klar und transparent sind. Doch unklare Kennzeichnungen, zu wenige Kontrollen und mangelnde Transparenz schwächen dieses Vertrauen. Wenn Informationen unklar sind und Kontrollen fehlen, zahlen am Ende die Verbraucher*innen den Preis.

Das ändern wir. Wir sorgen für klare Regeln und einen Verbraucherschutz, der diesen Namen verdient.

Wir setzen die Tierhaltungskennzeichnung konsequent um und schaffen mehr Klarheit bei Lebensmitteln. Kontrollen in der Tierhaltungs-, Lebensmittel- und Produktüberwachung stärken wir gezielter. Zum Schutz von Grund- und Trinkwasser schaffen wir mehr Transparenz über den Einsatz von Pestiziden vor Ort und behalten auch Belastungen durch Arzneistoffe besser im Blick. Die Verbraucherzentralen wollen wir verlässlich absichern.

Für einen umfassenden Verbraucherschutz braucht es:

- eine konsequente Umsetzung der Tierhaltungskennzeichnung.
- die Stärkung der problemorientierten Kontrollen bei der Tierhaltung und der Lebensmittelproduktion.
- ein umfangreiches Controlling der Wasserbelastungen durch z.B. Pestizide und Arzneimittel im Grundwasser.
- eine auskömmliche Finanzierung der Verbraucherzentralen.
- Die Finanzierung eines Beratungsmobils nach dem Brandenburger Vorbild, damit alle Menschen in der Fläche in MV eine Beratung bekommen.

Foto: Stefanie Auer | human fotografie

“
**Wir sorgen für klare Regeln
und einen Verbraucherschutz,
der diesen Namen verdient.**

Claudia Müller



3. Mobilität:

**Wir vernetzen MV,
gerecht und günstig**

Mit dem Bus zum nächsten Supermarkt, mit der Straßenbahn ins Büro, mit dem Zug ans Meer: Mecklenburg-Vorpommern entdecken heißt, weite Wege zu überbrücken. Zugleich steht es für Freiheit, für eine kleine Auszeit und für Verbundenheit mit Freunden, mit Lieblingsorten und mit dem Leben.

Wir denken Mobilität in Mecklenburg-Vorpommern vom Alltag der Menschen her: Wir stehen für eine klimafreundliche Verbindung von attraktivem ÖPNV und individueller Mobilität, ob mit dem Rad, zu Fuß oder im (E-)Auto.

Lebensqualität bedeutet für uns, unabhängig vom Wohn- oder Urlaubsort schnell, kostengünstig und klimafreundlich von der Ostseeküste, durch die Mecklenburger Seenlandschaft bis an die Zugspitze zu kommen. Wir bringen attraktive ÖPNV-Verbindungen mit Bus und Bahn sowie ein starkes E-Mobilitäts-Netz voran – Energie aus Mecklenburg-Vorpommern für Mecklenburg-Vorpommern mit einer Energie- und Verkehrspolitik, die zusammen gedacht wird.

Die Mobilität der Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern ist bürgerfreundlich, klimaschonend und intelligent vernetzt. Wir denken alle Verkehrsmittel gemeinsam und fördern nachhaltige Mobilitätsformen besonders. So schaffen wir sichere Wege, schnelle Verbindungen und wenig Wartezeit. Ein gut ausgebauter ÖPNV, attraktive Bahnverbindungen, günstige und familienfreundliche Preise sind dafür ebenso entscheidend wie durchgängige Radwege und deren Instandhaltung. Das macht unser Bundesland attraktiv, das Leben leichter und reduziert klimaschädliches CO₂.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle günstig und zuverlässig von Ahlbeck bis Zarrentin kommen, fordern wir:

- **ein flächendeckendes und gut abgestimmtes ÖPNV-Netz:** auf Grundlage eines Landesverkehrsplans, der Bus und Bahn im ganzen Land zuverlässig miteinander verzahnt, damit alle auch ohne Auto bezahlbar von A nach B kommen.
- **mehr Sicherheit für den Radverkehr:** indem bei Baumaßnahmen alle Verkehrsteilnehmenden gleichberechtigt berücksichtigt werden und sichere, alltagstaugliche Wege für Kinder, Familien und Pendler entstehen.
- **ein deutlich vergünstigtes Deutschlandticket:** für Menschen mit geringem Einkommen, etwa für Seniorinnen, Auszubildende und Menschen in der Grundsicherung, sowie ein kostenfreies Ticket für alle unter 27, damit Mobilität für alle bezahlbar ist, im Alltag, in der Ausbildung und in der Freizeit.

3.1. Bus und Bahn fürs ganze Land

Mit der Bahn durch Mecklenburg-Vorpommern bedeutet fahren durch wunderschöne Landschaften, aber oft auch lange Wartezeiten. Verspätungen eines Zuges wirken sich oft auf viele weitere Verbindungen aus. Schon eine Baustelle kann ganze Regionen abhängen. Um die weiten Wege in Mecklenburg-Vorpommern schnell und komfortabel zu überwinden, brauchen wir ein attraktives Angebot mit der Bahn.

Wir machen uns deshalb stark für die Bahn, ob es versprochene zusätzliche und neue Verbindungen sind oder die Reaktivierung alter Strecken.

Dafür entwickeln wir einen Landesverkehrsplan, der sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert und verbindliche Takte vorgibt. Bahnstrecken reaktivieren und bauen wir aus, damit ein dichtes und resilientes Netz entsteht.

Für eine verlässliche Anbindung überall im Land werden wir:

- einen Landesverkehrsplan erarbeiten, der die Mobilitätsbedürfnisse der Bürger*innen abbildet und im ganzen Land mindestens einen Stundentakt verbindlich sicherstellt.
- die Reaktivierung stillgelegter sowie den Ausbau bestehender Bahnstrecken vorantreiben, um ein leistungsfähiges und robustes Netz im ganzen Land zu schaffen. Dazu zählen für uns insbesondere die Südanbindung Usedom über die Karniner Brücke, die Darßbahn und die Nord-Süd-Bahn ebenso wie die Kaiserbahn, die Friedländer Bahn und der Ausbau der Strecke zwischen Rostock und Stralsund.
- uns für den zügigen Ausbau der Vorpommern-Magistrale auf 160 km/h einsetzen.
- die Bahnstrecken für einen elektrischen und batterieelektrischen Betrieb ertüchtigen.
- den öffentlichen Nahverkehr bis 2035 barrierefrei ausbauen.

3.2. Nur sinnvoll vernetzte Busverbindungen sichern Mobilität für alle

Die Mobilitätsoffensive des Landes ist ein Schritt in die richtige Richtung, im Bahnverkehr gibt es mehr Verbindungen und zum Teil bessere Takte. Auch die Einführung der Regio- und Rufbusse ist ein Schritt nach vorn. Was fehlt ist ein Konzept für den ländlichen Raum, der Pendler*innen, Schüler*innen und Tourist*innen gute Anschlüsse sichert. Regiobusse machen nur dann Sinn, wenn sie Ober- und Mittelzentren über Landkreisgrenzen hinweg verbinden und nicht bestehende Linien ersetzen. Rufbusse müssen verlässlich und schnell abrufbar die letzte Meile übernehmen. Der Bus ist nur dann attraktiv, wenn mit ihm auch der Zug erreicht wird. Bahn und Bus müssen aufeinander abgestimmt sein, deshalb braucht es eine partnerschaftliche Kooperation mit den Kommunen.

Daran arbeiten wir und vernetzen das ganze Land:

- mit gut aufeinander abgestimmten Bus- und Bahnfahrplänen.
- mit Regiobussen, die schnelle Verbindungen über längere Strecken schaffen und Regionen besser anbinden.
- mit Rufbussen, die dort eingesetzt werden, wo ein regulärer Linienverkehr die letzte Meile nicht erreicht.
- mit Mobilitätsstationen, die einen einfachen Umstieg zwischen Bus, Bahn und weiteren Verkehrsmitteln ermöglichen, etwa durch Park and Ride, Bike and Ride und Carsharing-Angebote.

3.3. Ein ÖPNV, den sich alle leisten können

Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Denn wer nicht selbstbestimmt seine Wege zurücklegen kann, ist im gesellschaftlichen Leben eingeschränkt.

Besonders junge Menschen stehen in MV vor enormen Herausforderungen. Sie sind teilweise zu jung um weitere Wege mit einem Auto zurückzulegen und haben entweder gar kein oder nur ein geringes eigenes Einkommen und können sich ein eigenes Auto kaum leisten. Oftmals sind sie auf Familienmitglieder angewiesen um zum Freizeitclub, dem Sportverein oder einfach zu ihren Freund*innen zu gelangen. Sie sind in unserem Flächenland in ihrem Recht auf Teilhabe besonders eingeschränkt. Mobilität ist die Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, Bildung und berufliche Chancen. Wenn die Kosten für den Nahverkehr zu einer Barriere werden, schränken wir die Freiheit der nächsten Generation ein und verhindern die Entfaltung ihrer Potenziale.

Für alle Einwohner*innen Mecklenburg-Vorpommerns, die nicht regelmäßig mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind, wollen wir mit einem Verkehrsverbund für MV den Kauf eines günstigen Tickets für alle Wege in MV ermöglichen. Der Übergang von Bus zur Bahn ist dann auch bei einfachen Fahrten mit nur einem Ticket möglich.

Damit Mobilität für alle bezahlbar ist, werden wir:

- einen landesweiten Verkehrsverbund schaffen, der den ÖPNV effizienter organisiert, Fahrten kostengünstiger macht und eine einheitliche Mobilitäts-App bereitstellt.
- das Deutschlandticket für Menschen mit geringem Einkommen deutlich vergünstigen, damit sich auch Senior*innen, Auszubildende und Menschen in der Grundsicherung Mobilität leisten können.
- das Deutschlandticket für alle unter 27 kostenfrei machen, damit sie nicht nur zur Schule, Uni, Hochschule oder zum Ausbildungsplatz, sondern auch zu Freund*innen, Jugendclubs und Freizeiteinrichtungen mobil sein können.

3.4. Rad- und Fußwege für alle sicher und nutzbar machen

Egal wohin es geht, viele Wege beginnen zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Allerdings sind Geh- und Radwege oftmals in einem schlechten Zustand, enden plötzlich im Nichts oder fehlen gleich ganz. Gerade für Kinder, ältere Menschen und Berufstätige wird Mobilität so zur Herausforderung. Ohne sichere Wege wird Mobilität zum Risiko.

Das ändern wir. Wir machen Rad- und Fußverkehr deswegen sicher, attraktiv und alltagstauglich.

Wir bauen ein flächendeckendes Fuß- und Radverkehrsnetz mit sicheren, durchgehenden und komfortablen Verbindungen im ganzen Land auf. Dafür setzen wir das Landesradnetz zügig um und sorgen für eine verlässliche Finanzierung der bestehenden Infrastruktur.

So bereiten wir Radfahrer*innen und Fußgänger*innen den Weg:

- wir setzen das Landesradnetz zügig um, mit dem Ziel eines flächendeckenden Netzes aus direkten und komfortabel befahrbaren Radverbindungen in ganz Mecklenburg-Vorpommern.
- wir richten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Koordinierungsstellen für den Fuß- und Radverkehr ein.
- wir bündeln mittelfristig die Zuständigkeit für Radfernwege beim Land und bauen Radschnellwege zwischen Ober- und Mittelzentren.
- wir planen Fuß- und Radverkehr konsequent aus Bürger*innensicht. Dafür unterstützen wir einerseits Kommunen beim Aufbau von Mobilitätsstationen. Andererseits unterstützen wir die Wiederherstellung und Schaffung kurzer Fußwegeverbindungen in Stadt und Land.

3.5 Klimaneutrale Mobilität in ganz MV

Ob Pendeln zur Arbeit, die Kinder zum Sport oder die Großeltern zum Arzt fahren: Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern gehört das Auto für viele zum Alltag. Wir wollen, dass der Umstieg auf klimaneutrale Antriebe in MV nicht am fehlenden Ladeplatz, am teuren Strom, der Wohnsituation oder dem Geldbeutel scheitert.

Mecklenburg-Vorpommern produziert mehr erneuerbaren Strom, als es selbst verbraucht. Genau diesen Strom wollen wir nutzen: für Busse, für Pendler*innen und Familien, die kein Bahnnetz vor der Tür haben. Damit verbinden wir zwei der größten Stärken unseres Landes - kostengünstige Energie und einen attraktiven Wirtschaftsstandort - zu einer gemeinsamen Geschichte.

Für eine klimaneutrale Mobilität in MV wollen wir:

- ein flächendeckendes Netz öffentlicher Ladeinfrastruktur: Wir fördern regionale Anbietende und Kommunen mit mehr als 1000 Einwohner*innen, um Mobilitätsstandorte (Bahnhöfe, Park-and-Ride-Plätze, Verwaltungsparkplätze) mit PV-überdachten Schnellladestationen auszustatten.
- die klimaneutrale Umstellung der Landesflotte sowie der Fahrzeuge nachgeordneter Behörden und Landesgesellschaften bis 2031. Das Land geht voran und wird Vorreiter in E-Mobilität.
- die Elektrifizierung des Busverkehrs entlang der EU-Clean-Vehicles-Directive. Wir unterstützen Verkehrsunternehmen finanziell und logistisch bei der Beschaffung emissionsfreier Busse und beim Aufbau der nötigen Ladeinfrastruktur.
- wir verbinden und ergänzen vorhandene Förderungen für private und gewerbliche Wallboxen, insbesondere für Mieter*innen, Mehrfamilienhäuser, Handwerksbetriebe und kleine und mittelständische Unternehmen.
- wir denken Bürgerenergie und E-Mobilität zusammen: Dorf- und Bürgerenergiegenossenschaften, die Windenergie erzeugen, sollen vor Ort eigene Ladeangebote betreiben können. So wird unser Strom direkt nutzbar.
- wir bauen dafür die Aus- und Weiterbildung für E-Mobilität an unseren Berufsschulen aus, damit unsere heimischen Betriebe von der Transformation profitieren.

3.6 Unser Weg zur Vision Zero

94 Menschen sind 2025 durch Verkehrsunfälle in Mecklenburg-Vorpommern gestorben. 94 Familien, die unnötigerweise Angehörige verloren haben. 94 Fälle zu viel! Jeder Fall ist ein Grund mehr für uns, sich weiter für die Vision Zero einzusetzen - niemand soll mehr im Straßenverkehr getötet oder schwer verletzt werden.

Es sollte für alle Verkehrsteilnehmenden selbstverständlich sein, sicher in Mecklenburg-Vorpommern unterwegs zu sein. Immer noch führen überhöhte Geschwindigkeiten, fehlende Rad- oder Fußwege oder andere Gefahrensituationen zu schweren Unfällen. Sichere Verkehrsverbindungen, ob zu Fuß, mit dem Rad, dem Bus oder dem (E-)Auto, sind für uns das A und O.

Dafür gestalten wir Straßen und Wege sicherer, bauen die Infrastruktur für Rad- und Fußverkehr aus und schaffen mehr Verkehrsberuhigung in Orten und Wohngebieten. Mit ausgebauten Kreuzungen, besseren Schulwegen und angepassten Geschwindigkeiten sorgen wir dafür, dass alle Menschen sicher an ihr Ziel kommen.

Für den Weg zur Vision Zero werden wir:

- die Verkehrswege im Land so gestalten, dass schwächere Verkehrsteilnehmende sichere Wegeverbindungen haben, unter anderem durch mehr Beleuchtung, mehr „Zebrastreifen“ oder moderne Ampelanlagen.
- Einmündungen und Kreuzungen so gestalten, dass Fußgänger*innen und Radfahrende optimal unterwegs sein können. Dafür machen wir uns Erfahrungen aus anderen Ländern zunutze.
- die neuen Möglichkeiten des Straßenverkehrsrechts konsequent nutzen, um innerorts eine verbesserte Verkehrsberuhigung zu erreichen.
- Geschwindigkeitszonen an allen Bushaltestellen außerorts einführen, wo noch keine Tempo-70-Zone vorhanden ist und dort, wo keine sichere Führung für den Radverkehr besteht, auf Tempo 80 begrenzen.

4. Wirtschaft:

**Wir schaffen eine
starke Zukunft**

In Rostock erzeugen Unternehmen und Uni „Laborfleisch“, das die Fleischindustrie verwandeln kann. Auf Poel wird schon jetzt angespültes Seegras in Dämmmaterial verwandelt. Forscher*innen der Universitätsmedizin Greifswald haben eine Methode zur Herstellung von veganen Antikörpern entwickelt – und revolutionieren damit Diagnostik und Krebsforschung. Es gibt sie, die Innovationen „Made in MV“. Die großen Denker und kleinen Start-ups, die Neues wagen.

Doch das Potenzial bleibt ungenutzt.

Steigende Energiepreise, Fachkräftemangel und zu viel Bürokratie setzen viele Betriebe unter Druck. Wenn Nordex sein Rotorblattwerk in Rostock schließt, junge Lehrkräfte lieber nach Bremen ziehen, als in MV zu bleiben, und ganze Regionen den Anschluss verlieren, bremst uns das aus. In MV mahlen die Mühlen oft so langsam, dass wir den Anschluss verlieren. Wenn wir nicht noch mehr Arbeitsplätze verlieren wollen, können wir uns Stillstand nicht leisten.

Wir bringen MV (wieder) in Bewegung. Wir wollen eine Wirtschaft, die sich nachhaltig entwickelt, innovativ ist und gute Arbeit sichert - in Stadt und Land. Wir wollen zusammen mit unseren Unternehmen unsere regionalen Stärken mehr nutzen, neue Technologien voranbringen und MV unabhängig und krisenfest machen. Für uns ist klar: Ökologie und Ökonomie gehören zusammen. Wer heute klug investiert, sichert den Wohlstand von morgen. Und dabei geht es uns nicht nur um Zahlen, sondern um Zukunftsaussichten.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem es vorangeht, fordern wir:

- **die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Ansiedlung energieintensiver Industrien** wie zum Beispiel Batterieproduktionen, Rechenzentren, Metallverarbeitung und Zementherstellung. MV hat viel günstigen, grünen Strom. Ein massiver Standortvorteil für diese Branchen, der dringend genutzt werden muss.
- **dass Mecklenburg-Vorpommern zum Bioökonomieland wird:** durch eine ressortübergreifende Landesstrategie für Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft sowie die gezielte Förderung von Moornutzung, nachhaltigen Rohstoffen und Start-ups, damit Wertschöpfung im Land bleibt und zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen.
- **eine zukunftsste maritime Wirtschaft:** indem wir Zukunftstechnologien wie Offshore-Windkraft, erneuerbare Antriebe und Schiffsrecycling gezielt fördern und die maritime Forschung stärker einbinden, damit Werften verlässliche Aufträge erhalten und Arbeitsplätze langfristig gesichert werden.
- **nachhaltige Ganzjahresangebote für Tourist*innen und Einheimische:** durch den Ausbau umweltschonender Infrastruktur wie Schwimmhallen, Kultur- und Freizeitangeboten für alle Generationen, damit Tourismus ganzjährig Einkommen schafft, Orte lebendig bleiben und neue Arbeitsplätze entstehen.
- **die Metropolregion Hamburg als Zukunftschance zu nutzen:** Mecklenburg-Vorpommern soll die Zusammenarbeit mit der Metropolregion Hamburg sowie mit den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein auf Augenhöhe ausbauen, die Innovationsagentur stärken und gezielt Innovationen, nachhaltige Technologien sowie neue zukunftsfähige Arbeitsplätze insbesondere im ländlichen Raum fördern.

4.1. Heimische Wirtschaft stärken

Vom Handwerksbetrieb bis zum Industrieunternehmen: Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft ist vielfältig und regional verwurzelt. Viele Betriebe schaffen Arbeitsplätze vor Ort und halten ganze Regionen am Laufen. Doch wenn öffentliche Aufträge und Fördermittel an der heimischen Wirtschaft vorbeigehen, verlieren wir Wertschöpfung und gute Arbeit im Land.

Das ändern wir. Wir stärken regionale Unternehmen und machen Mecklenburg-Vorpommern zusammen wirtschaftlich zukunftsfest. Die Energiewende ist dabei eine der größten Chancen: für sichere, preiswerte und klimaneutrale Energie, gute Arbeitsplätze und mehr Wertschöpfung im Land. Wir sorgen dafür, dass Investitionen, etwa aus den Infrastrukturmilliarden des Bundes, doppelt wirken: Sie modernisieren MV und stärken gleichzeitig unsere heimische Wirtschaft.

Zudem fördern wir regionale Wertschöpfungsketten, unterstützen die Vermarktung heimischer Produkte und sorgen bei öffentlichen Aufträgen für faire Bedingungen. So stärken wir den Mittelstand und sichern Arbeitsplätze vor Ort.

Um unsere Wirtschaft zukunftsfest aufzustellen, braucht es:

- die stärkere Einbindung regionaler Unternehmen in die Umsetzung von Infrastrukturprojekten, insbesondere bei Investitionen aus dem Sondervermögen des Bundes.
- die gezielte Förderung regionaler Wertschöpfungsketten sowie die bessere Vermarktung heimischer Produkte über die Region hinaus.
- die konsequente Einhaltung tariflicher Standards, guter Arbeitsbedingungen und von Nachhaltigkeitskriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, um fairen Wettbewerb zu stärken.

4.2. Nachhaltig wirtschaften

Ob in der Produktion, im Handwerk oder bei Neugründungen: Immer mehr Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern beweisen, dass nachhaltiges Wirtschaften funktioniert. Sie sparen Ressourcen, entwickeln innovative Ideen und schaffen gut bezahlte Arbeitsplätze.

Doch oft fehlen die richtigen Rahmenbedingungen, damit sich diese Ansätze auch durchsetzen.

Wenn nachhaltiges Wirtschaften ausgebremst wird, verlieren wir Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Zukunftschancen.

Das ändern wir. Wir machen nachhaltiges Wirtschaften zum Standard und stärken Unternehmen auf diesem Weg.

Die Kreislaufwirtschaft ist ein wachsender Wirtschaftszweig und eine Zukunftschance für Mecklenburg-Vorpommern. Mit einer Kreislaufwirtschaftsstrategie wollen wir Abfallvermeidung, Recycling, Mehrweg, Reparatur, Wiederverwendung und kreislaufgerechtes Bauen adressieren. Die öffentliche Hand soll dabei vorangehen.

Ein landesweiter Reparaturbonus für Elektro- und Elektronikgeräte wird für alle das Reparieren einfacher und lohnender machen.

Wir fördern Innovationen und unterstützen Betriebe dabei, ressourcenschonend und klimafreundlich zu wirtschaften. Gleichzeitig sorgen wir für die Grundlagen, die Wirtschaft braucht: eine leistungsfähige Infrastruktur, gute Bildung, verlässliche Gesundheitsversorgung und eine offene Gesellschaft, die Fachkräfte anzieht und hält.

So schaffen wir eine Wirtschaft, die nachhaltig wächst und langfristig erfolgreich ist.

Für nachhaltiges Wirtschaften in MV braucht es:

- eine ressortübergreifende Landesstrategie für Bioökonomie und Kreislaufwirtschaft.
- die Einführung eines Landesförderprogramms ÖKOPROFIT MV, das Unternehmen bei der Verbesserung ihres betrieblichen Umweltmanagements unterstützt und über das Landesförderinstitut umgesetzt wird.
- ein Landesförderprogramm für sozial-ökologische Gründungen, Unternehmensnachfolgen und den nachhaltigen Umbau bestehender Betriebe.
- eine stärkere Förderung ansässiger Unternehmen bei Innovation und Umstellung auf klimaschonende Produktionsweisen.
- einen Ausbau der Fördermittel für Gründer*innen mit flexibleren Förderzeiträumen und einer besseren Verzahnung mit Bundesprogrammen.

4.3. Mittelstand und Handwerk unterstützen

Egal ob die Bäckerei nebenan oder der Handwerksbetrieb ein Dorf weiter: Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Sie schaffen Arbeitsplätze, bilden aus und sorgen für Wohlstand in der Region. Doch zu oft werden sie durch Bürokratie und komplizierte Förderstrukturen ausgebremst. Wenn der Mittelstand an Bürokratie scheitert, verlieren wir Innovation und wirtschaftliche Stärke.

Das ändern wir. Wir machen es einfacher, ein Unternehmen zu führen, zu gründen und weiterzugeben, unter anderem durch eine serviceorientierte Verwaltung und das Once-Only-Prinzip, damit Unternehmen Daten nicht doppelt einreichen müssen.

Wir bauen, im Dialog mit Wirtschaft und Verwaltung, bürokratische Hürden ab und sorgen dafür, dass Gesetze praxistauglich sind. Gleichzeitig vereinfachen wir Förderprogramme und stärken gezielt die Unternehmensnachfolge, damit Betriebe erhalten bleiben und neue entstehen können.

So sichern wir den Mittelstand, stärken das Handwerk und halten wirtschaftliche Stärke im Land.

Für einen erfolgreichen Mittelstand und zukunftsfähiges Handwerk braucht es:

- die Einführung von Praxischecks für Landesgesetze, um Bürokratie von Anfang an zu vermeiden.
- die Vereinfachung von Förderprogrammen für kleine und mittelständische Unternehmen.
- den Ausbau der Förderung für Gründungen und Unternehmensnachfolgen sowie eine bessere Vernetzung und Bündelung bestehender Angebote.

4.4. Fachkräfte sichern

In Mecklenburg-Vorpommern gibt es jede Menge gute Arbeit. Aber oft nicht genug Menschen, die sie erledigen können. Betriebe suchen händeringend Auszubildende, Fachkräfte wandern ab oder kommen gar nicht erst hierher. Gleichzeitig bleiben Potenziale ungenutzt. Wenn Fachkräfte fehlen, geraten ganze Regionen ins Stocken.

Das können wir besser. Wir sorgen dafür, dass Menschen gerne in MV leben und arbeiten.

Wir unterstützen Unternehmen dabei, Fachkräfte zu gewinnen und zu halten: mit klaren Anlaufstellen für Zuwanderung und Rückkehr, besseren Übergängen von Schule, Ausbildung und Studium in den Beruf und einer engeren Zusammenarbeit zwischen Bildung und Wirtschaft.

So machen wir Mecklenburg-Vorpommern zu einem Ort, an dem Menschen ihre Zukunft sehen – und bleiben.

Damit wir Fachkräfte in MV halten, braucht es:

- den Ausbau von One-Stop Agencies bzw. Welcome Centern zu zugewandten und serviceorientierten Zentren für Fachkräfteeinwanderung und Berufsrückkehrer*innen nach Mecklenburg-Vorpommern. Dabei müssen Angebotsumfang und -qualität landesweit auf einem hohen Niveau und vergleichbar sein. Außerdem sollen Verfahren zur Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen beschleunigt und Nachqualifikation unterstützt werden.
- ergänzende Sprach- und Integrationskurse, um Lücken in der Bundesförderung zu schließen.
- verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmen bei der Integration von Geflüchteten, insbesondere durch einen sicheren Aufenthaltsstatus während der Ausbildung. Verfahren zur Umsetzung des Spurwechsels müssen verlässlich und zeitgerecht vor Beginn der Ausbildung abgeschlossen sein.
- Patenschaften zwischen Schulen und Betrieben zur frühzeitigen Berufsorientierung.
- eine stärkere Vernetzung von Hochschulen und Fachschulen mit regionalen Unternehmen, um den Verbleib von Absolvent*innen im Land zu erhöhen.

4.5. Ausbildungsbedingungen verbessern

Mecklenburg-Vorpommern kann ein Ausbildungsort für viele junge Menschen sein. Doch oft scheitert es nicht am Willen der Azubis, sondern an den Bedingungen: lange Wege, fehlender Wohnraum oder schlecht ausgestattete Berufsschulen. Wenn Ausbildung heute unattraktiv ist, fehlen morgen die Fachkräfte.

Das ändern wir. Wir machen Ausbildung in Mecklenburg-Vorpommern wieder attraktiv und alltagstauglich.

Wir investieren in moderne und gut ausgestattete Berufsschulen und sorgen dafür, dass Auszubildende durch länderübergreifende Lösungen eine qualitativ hochwertige Ausbildung erhalten.

Gleichzeitig schaffen wir mehr bezahlbaren Wohnraum für Azubis und stärken gezielt Ausbildungen in Berufen, die dringend gebraucht werden.

So sorgen wir dafür, dass junge Menschen ihre Zukunft hier beginnen können und Unternehmen die Fachkräfte finden, die sie brauchen.

Damit Ausbildungen auch in MV wieder attraktiv sind, braucht es:

- eine bessere personelle und technische Ausstattung der Berufsschulen.
- eine stärkere länderübergreifende Beschulung von Auszubildenden, um Ausbildungsqualität und angemessene Klassengrößen zu sichern.
- den Ausbau von bezahlbarem Wohnraum für Auszubildende.
- die Ausweitung kostenfreier schulischer Ausbildungsangebote in freier Trägerschaft auf Mangelberufe.
- die Einführung eines Azubi-Start-Bonus. Hier erhalten Azubis zum Start der ersten Ausbildung ein Darlehen von zinsfreien 1.500,00 €. Wer insgesamt ein Jahr als Facharbeiter in MV gearbeitet hat, muss dieses nicht zurückzahlen.

4.6. Freiwilligendienste fördern

Freiwilligendienste wie FSJ, FÖJ und Bundesfreiwilligendienst leisten einen wichtigen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und bieten vielen jungen Menschen Orientierung für ihren weiteren Lebensweg. Viele junge Menschen wollen sich im sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich engagieren. Doch zu oft scheitert dieses Engagement an fehlenden Plätzen, unsicheren Rahmenbedingungen und einer Vergütung, die kaum zum Leben reicht.

Statt junge Menschen über Pflichtdienste in Systeme zu drängen, die häufig schon heute überlastet sind, wollen wir freiwilliges Engagement stärken und gute Bedingungen schaffen. Freiwilligendienste müssen unabhängig vom Geldbeutel möglich sein und als wertvolle Bildungs- und Orientierungszeit anerkannt werden.

Uns ist bewusst, dass sich Teile der Forderungen an den Bund richten. Dennoch möchten wir das Thema Freiwilligendienste, die Unterstützung und den Ausbau nicht außer Acht lassen. Das Thema ist zu wichtig um es nicht auf allen Ebenen mitzudenken.

Damit sich mehr junge Menschen freiwillig engagieren können, braucht es:

- den Ausbau der Plätze in FSJ, FÖJ und Bundesfreiwilligendienst.
- eine bessere finanzielle Unterstützung der Träger und Einsatzstellen.
- eine deutliche Erhöhung der Vergütung von Freiwilligendiensten, damit junge Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft einen Freiwilligendienst leisten können.
- die stärkere Anerkennung von Freiwilligendiensten als Bildungs- und Orientierungszeit.
- den Ausbau von Informations- und Beratungsangeboten zu Freiwilligendiensten an Schulen und Berufsschulen.

4.7. Maritime Stärke ausbauen

Zwischen Werften, Häfen und Forschungseinrichtungen steckt eine enorme Stärke unseres Landes. Mecklenburg-Vorpommern ist maritim geprägt und hat das Potenzial, eine Vorreiterrolle bei innovativen Technologien auf See zu übernehmen. Von Spezialschiffen bis zur Offshore-Windkraft, von Munitionsbergung bis zur Blue Economy: Die Ideen und das Know-how sind da.

Doch zu oft bleiben sie in der Schublade. Wenn Innovation nicht in Anwendung kommt, verlieren wir Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Zukunftschancen.

Das ändern wir. Wir machen die Maritime Wirtschaft zu einem Motor für Innovation, Klimaschutz und gute Arbeit.

Wir bringen Forschung und Praxis enger zusammen und unterstützen gezielt maritime Start-ups, damit neue Ideen schneller den Weg in die Anwendung finden. Gleichzeitig stärken wir unsere Werften und eröffnen neue Perspektiven, etwa durch die Förderung zukunftsfähigen Schiffsrecyclings. Auch unsere Häfen entwickeln wir weiter: mit moderner Infrastruktur, besseren Bahnverbindungen und als Knotenpunkte für klimafreundliche Schifffahrt.

So sichern wir die maritime Stärke Mecklenburg-Vorpommerns und machen sie fit für die Zukunft.

Für eine zukunftsfähige maritime Industrie braucht es:

- ein Landesförderprogramm für maritime Start-ups.
- die Ermöglichung von Schiffsrecycling, unter anderem durch gezielte Förderung und vereinfachte Genehmigungsverfahren.
- eine beschleunigte Genehmigungspraxis für die Ertüchtigung, den Ausbau und die Modernisierung von Werften, etwa durch zügige Sicherheitsüberprüfungen von Beschäftigten.
- die Unterstützung grüner Schifffahrtskorridore, um neue Technologien schneller in die Anwendung zu bringen und zugleich die Verbindungen zu unseren nordischen und baltischen Nachbarstaaten langfristig zu stärken.
- die Modernisierung und den Ausbau der Hafeninfrastruktur, einschließlich leistungsfähiger Hinterlandanbindungen per Bahn für Tourismus und Güterverkehr.

**“
Wir bringen Forschung und Praxis
enger zusammen und unterstützen gezielt
maritime Start-ups, damit Ideen schneller
den Weg in die Anwendung finden.**

4.8. Tourismus nachhaltig gestalten

Ob Ostsee, Seenplatte oder Nationalparks: Mecklenburg-Vorpommern ist wunderschön und daher eines der beliebtesten Reiseziele Deutschlands. Millionen Gäste kommen jedes Jahr zu uns und genießen ihren Urlaub dank über 50.000 Menschen, die im Tourismus arbeiten. Er ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor für unser Land. Doch der Druck wächst.

Wenn Natur zerstört wird und die Ostsee abstirbt, verliert unsere Heimat an Reiz. Wenn Strände überlaufen sind und Infrastruktur verfällt, verliert der Tourismus seine Grundlage: unsere Natur und die Menschen, die hier leben.

Das lassen wir nicht zu. Wir gestalten Tourismus nachhaltig, zukunftsfähig und im Einklang mit den Regionen. Dünger und Plastikabfall gehören nicht in die Ostsee. Wir reduzieren Plastik- und Nährstoffeinträge, damit die Ostsee nicht kippt, Algenblüten und Fischsterben keine Tourist*innen vertreiben, Strände sauber bleiben und Tourismus sowie Fischerei eine Zukunft haben.

Wir schaffen ein modernes Landestourismusgesetz, das Nachhaltigkeit und Akzeptanz ins Zentrum stellt. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass Investitionen – etwa in Seebrücken, Radwege oder den ÖPNV – gezielt vorangebracht werden und sowohl Gästen als auch Einheimischen zugutekommen. Neue Angebote im Gesundheits-, Kultur- und Wellness-tourismus helfen dabei, die Saison zu verlängern und Regionen zu entlasten.

So sichern wir Arbeitsplätze, stärken unsere Wirtschaft und bewahren, was Mecklenburg-Vorpommern so besonders macht.

Für einen ökologisch orientierten Tourismus in MV braucht es:

- einen Neustart des Landestourismusgesetzes mit klarem Fokus auf Nachhaltigkeit und Tourismusakzeptanz sowie die Unterstützung der strukturellen Weiterentwicklung der Destinationen durch die Landestourismusgesellschaft.
- die Bindung der Förderung touristischer Projekte an ökologische und sozialökonomische Kriterien.
- eine konsequente Reduktion von Plastik-, Nitrat- und Phosphoreinträgen in die Ostsee.
- die gezielte Unterstützung beim Ausbau von Ganzjahresangeboten wie Gesundheits-, Wellness- und Kulturtourismus, um die Saison zu verlängern und die Akzeptanz bei Einheimischen durch attraktive Angebote für alle zu stärken.

5. Wissenschaft & Forschung

**Wir leben
den Fortschritt**

Das Gefühl, wenn es plötzlich Klick macht, sich Zusammenhänge erschließen und man voller Stolz etwas Neues gelernt hat: Wissen bewegt uns. In Hörsälen und Laboren, in Bibliotheken und Werkstätten, in Cafés und Parks entstehen Ideen, die unser Leben besser machen. Hier wird Neues gewagt, hier werden Probleme gelöst, hier strahlen unsere Leuchttürme der Innovation. Hochschulen sind Orte des Aufbruchs – sie öffnen Horizonte, inspirieren Menschen und gestalten die Zukunft unseres Landes.

Doch die Lichter drohen zu verblassen.

Wenn ganze Fakultäten keinen eigenen Hörsaal bekommen, Bibliotheken viel zu klein sind und veraltete Bücher haben, kluge Köpfe in unsicheren Jobs arbeiten, Studierende mit ihren Belastungen allein gelassen werden und Forschende nie wissen, wie lange ihr Projekt noch läuft, schwächen wir uns selbst. Wir haben clevere Leute – aber wir vergraulen sie. Wenn wir heute nicht investieren, verlieren wir morgen den Anschluss.

Modern, fair und menschlich: Wir wollen, dass Forschung und Lehre beste Bedingungen in MV finden. Dabei setzen wir auf verlässliche Perspektiven für Beschäftigte, gute Lernbedingungen für Studierende und eine Wissenschaft, die ihre Kraft voll entfalten kann. Das ist der Schlüssel für Innovation, Fortschritt und eine gerechte Zukunft.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem gute Ideen wachsen können, fordern wir:

- **sanierte, moderne Hochschulen:** Mit uns gibt's ein mehrjähriges Investitionsprogramm für Hochschulbau und Infrastruktur, um endlich moderne Lern- und Forschungsräume zu schaffen. Damit unsere Hochschulen fit für die Zukunft werden und im Wettbewerb bestehen.
- **mehr unbefristete Stellen:** Wir bauen unbefristete Stellen an den Hochschulen aus und setzen den Grundsatz „Dauerstellen für Daueraufgaben“ konsequent um – für sichere Perspektiven und starke Forschung. Damit Wissenschaftler*innen verlässlich planen können und im Land bleiben.
- **besseren Schutz der psychischen Gesundheit:** Wir entwickeln eine landesweite Strategie zur Förderung der psychischen Gesundheit von Studierenden und stärken psychosoziale Beratungsangebote an allen Hochschulstandorten des Landes. Damit Studierende nicht allein gelassen werden, wenn der Druck zu groß wird.

5.1. *Verlässlich finanzierte Hochschulen*

Hochschulen sind Orte, an denen Zukunft entsteht. Hier werden Fachkräfte ausgebildet, neue Ideen entwickelt und Antworten auf die Fragen von morgen gesucht. Damit das gelingt, brauchen Hochschulen nicht nur kluge Köpfe, sondern auch Gebäude, Labore, Bibliotheken und eine Finanzierung, auf die Verlass ist.

Doch genau daran fehlt es oft. Steigende Kosten, marode Infrastruktur und jahrelanger Sanierungsstau setzen die Hochschulen unter Druck. Wer ständig nur den Mangel verwaltet, kann weder gute Lehre noch starke Forschung sichern.

Wenn Hochschulen auf Verschleiß fahren, verliert unser Land Innovation, Attraktivität und Zukunftskraft.

Damit „innovation“ endlich großgeschrieben wird, wollen wir die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern verlässlich finanzieren und ihnen die Sicherheit geben, die sie für ihre Entwicklung brauchen.

Für gut finanzierte Hochschulen fordern wir:

- eine dynamische Grundfinanzierung der Hochschulen, die Kostensteigerungen berücksichtigt und langfristige Planungssicherheit schafft.
- ein mehrjähriges Investitionsprogramm für Hochschulbau und Infrastruktur, um den Sanierungsstau abzubauen und moderne Lern- und Forschungsräume zu schaffen.
- langfristige Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen, die strategische Entwicklung und Planungssicherheit sichern.
- eine auskömmliche Finanzierung der Studierendenwerke, um Wohnen, Beratung und Mensabetrieb dauerhaft zu sichern, bezahlbaren Wohnraum auszubauen und die Wohnsitzprämie zu erhalten.

5.2. *Gute Studienbedingungen und faire Arbeit in der Wissenschaft*

Studieren und Forschen braucht mehr als gute Vorsätze. Es braucht faire Bedingungen, verlässliche Perspektiven und ein Umfeld, das Menschen trägt, statt sie auszubrennen. Doch davon sind wir noch zu oft entfernt. Viele Studierende bleiben mit psychischen Belastungen allein, und zu viele Wissenschaftler*innen arbeiten in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen ohne echte Perspektive. Wenn gute Arbeit und gute Studienbedingungen fehlen, verliert Wissenschaft die Menschen, die sie mit Leben erfüllen.

Das dürfen wir nicht hinnehmen. Wir wollen Hochschulen, an denen fair gearbeitet, verlässlich betreut und unter guten Bedingungen studiert werden kann.

Um die Bedingungen für Studierende und Mitarbeitende an Hochschulen zu verbessern und die Qualität von Lehre und Arbeitsbedingungen nachhaltig zu stärken, fordern wir:

- eine landesweite Strategie zur Förderung der psychischen Gesundheit von Studierenden sowie den Ausbau psychosozialer Beratungsangebote an allen Hochschulstandorten.
- die Einführung von verbindlichen Qualifizierungs- und Einarbeitungsprogrammen für Professor*innen und andere Lehrverantwortliche, insbesondere in Personalführung, Teamleitung, Konflikt- und Stressmanagement sowie in der Betreuung von Studierenden.
- mehr unbefristete Stellen im wissenschaftlichen Mittelbau nach dem Grundsatz „Dauerstellen für Daueraufgaben“.
- bessere Arbeitsbedingungen für Promovierende, insbesondere durch angemessene Beschäftigungsumfänge und verlässliche Betreuung.
- die Möglichkeit kollegialer Departmentstrukturen im Landeshochschulgesetz zu stärken, um Kooperation und gemeinsame Verantwortung in der Lehre zu fördern.

5.3. Offene Wissenschaft und digitale Infrastrukturen

Wissen wächst, wenn es geteilt wird. Forschende brauchen heute nicht nur gute Ideen, sondern auch digitale Infrastrukturen, funktionierende Datenräume und einen freien Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen. Gerade in einem großen Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern kann Zusammenarbeit so einfacher, schneller und wirksamer werden.

Doch dafür fehlen oft die richtigen Strukturen. Digitale Infrastrukturen sind vielerorts nicht ausreichend ausgebaut, und offenes wissenschaftliches Arbeiten ist noch zu selten dauerhaft abgesichert.

Wenn Wissen nicht zugänglich ist und Infrastruktur hinterherhinkt, bremst das die Forschung und Lehre.

Damit Erkenntnis wachsen kann, wollen wir die Wissenschaft in Mecklenburg-Vorpommern offener, digitaler und besser vernetzt aufstellen.

Zur Weiterentwicklung der Digitalisierung in der Wissenschaft fordern wir:

- die Weiterentwicklung der Open-Access-Strategie zu einer umfassenden Open-Science-Strategie sowie den Ausbau gemeinsamer landesweiter Infrastrukturen für Forschungsdatenmanagement.
- eine Publikations- und Dateninfrastruktur, die dauerhaft öffentlich finanziert, dafür sorgt, dass Forschung frei zugänglich und nachhaltig nutzbar ist.
- den Ausbau der digitalen Forschungs- und Lehrinfrastrukturen und die digitale Modernisierung der Hochschulverwaltung.
- zukunftsweisende Technologien wie Künstliche Intelligenz, klimaneutrale Energiesysteme oder Infektionsforschung gezielt zu fördern, bei Wahrung der Wissenschaftsfreiheit und unter verantwortungsvoller Folgenabwägung.

5.4. Internationale Hochschulen stärken, Fachkräfte gewinnen

Unsere Hochschulen sind unsere Tore zur Welt. Sie bringen Menschen zusammen, schaffen neue Perspektiven und können junge Talente für Mecklenburg-Vorpommern gewinnen. Gerade für ein Land, das Fachkräfte braucht und international sichtbar werden will, ist das eine große Chance.

Doch diese Chance wird noch nicht genug genutzt. Die Zahl der Studienanfänger*innen geht zurück, während internationale und englischsprachige Angebote noch immer zu selten sind. Wenn Hochschulen international nicht attraktiv genug sind, verliert unser Land Talente, Fachkräfte und wichtige Verbindungen nach außen.

Damit unsere Hochschulen den Anschluss nicht verlieren, wollen wir Mecklenburg-Vorpommern als internationalen Studienstandort stärken und mehr junge Menschen für ein Studium in unserem Land gewinnen.

Um MV zu einem internationalen Studienstandort zu machen, wollen wir:

- ein Landesprogramm zur Förderung internationaler und englischsprachiger Studiengänge, insbesondere in Zukunftsfeldern wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Klimaschutz.
- die gezielte Förderung binationaler Studiengänge mit Hochschulen im Ostseeraum und in Nordeuropa.
- International Offices und Welcome-Strukturen an Hochschulen stärken.
- eine aktive internationale Hochschulmarketingstrategie des Landes, um Mecklenburg-Vorpommern weltweit als Studienstandort sichtbarer zu machen.

5.5. Innovation aus dem Hörsaal an die Werkbank

An Hochschulen entstehen Ideen, die unser Land voranbringen können: für klimafreundliches Wirtschaften, nachhaltige Technologien und neue Lösungen für die Zukunft. Hochschulen und Forschungseinrichtungen können so Motoren für Innovation und Transformation in Mecklenburg-Vorpommern sein. Doch dieses Potenzial wird noch nicht überall genutzt. Forschung findet statt, aber zu oft fehlt der Weg in die Praxis. Wenn Wissen nicht in Anwendung kommt, bleiben Chancen für Innovation, Wertschöpfung und Klimaschutz liegen.

Damit aus Theorie Praxis wird, wollen wir Hochschulen stärker mit Wirtschaft, Gesellschaft und Regionen vernetzen und sie zu Vorreitern einer nachhaltigen Entwicklung machen.

Um mehr Innovation an unseren Hochschulen zu fördern, wollen wir:

- eine landesweite Transferstrategie zur stärkeren Vernetzung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wirtschaft und Gesellschaft.
- regionale Innovationscluster stärken, insbesondere in maritimen Technologien, nachhaltiger Landwirtschaft und Bioökonomie.
- bessere Rahmenbedingungen für Ausgründungen und Start-ups aus Hochschulen, insbesondere durch Beteiligungsfonds und Scale-up-Programme.
- Reallabore und Modellregionen fördern, in denen Innovationen gemeinsam mit Praxispartnern erprobt werden.
- eine Landesstrategie „klimaneutrale Hochschule“ mit dazugehörigem Investitionsprogramm entwickeln, damit Betrieb, Studium und Forschung nachhaltig ausgerichtet werden.

6. Bildung:

Wir wollen

Chancengerechtigkeit

von Anfang an



Bildung? Erstklassig!

Freundschaften beginnen im Sandkasten. In Jugendclubs werden Talente entdeckt, auf Sportplätzen wachsen Teamgeist und Selbstvertrauen. Auf Schulhöfen und in der Mensa entstehen Ideen, die die Welt verändern können.

Doch diese Chancen werden gerade verspielt.

Wenn in Kitas kaum noch Zeit für Förderung, Spielen und echte Zuwendung bleibt, die Zahl der Schulabbrüche mit über 10 Prozent wieder Rekordwerte erreicht, Schule zum Abstellgleis wird, junge Menschen den Glauben an ihren eigenen Weg verlieren und Lehramtsstudenten massenhaft hinschmeißen, verbauen wir uns unsere Zukunft. Wie wir ins Leben starten, prägt alles, was folgt – für jeden Einzelnen und für unser ganzes Land. Deshalb darf gerade in Kita und Schule nicht gespart werden – dafür sorgen wir.

Gute Kinderbetreuung in Kita und Hort sichern wir durch bessere Betreuungsschlüssel. Schüler*innen brauchen mehr Mitbestimmung und Lehrkräfte mehr Unterstützung durch multiprofessionelle Teams. Wir erschaffen neue Wege zum Wissen: zeitgemäß, fair, flexibel und lebenslang, sodass Lernen wieder Spaß macht, die Neugier zurückkehrt und gestillt wird und Eltern sich wieder darauf verlassen können, dass Betreuung und Unterricht funktionieren.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle gut lernen können, fordern wir:

- **kleinere Gruppen in der Kita:** Wir senken den Betreuungsschlüssel in Krippe, Kita und Hort konsequent. Und unsere guten Erzieher*innen wollen wir behalten, nicht entlassen. Denn Bildung muss von Anfang an unabhängig vom Geldbeutel und den Voraussetzungen im Elternhaus sein. Damit unsere Kinder die Aufmerksamkeit bekommen, die sie brauchen.
- **starke Lehrkräfte:** An allen Schulen wollen wir multiprofessionelle Teams ermöglichen: Lehrkräfte, Fachleute für Sonderpädagogik, Schulsozialarbeit und Psychologie, Assistent*innen für Verwaltungsarbeiten und Co. arbeiten künftig Hand in Hand. Damit Lehrkräfte sich wieder auf Unterricht konzentrieren können und kein Kind durchs Raster fällt.
- **mehr Mitbestimmung für Schüler*innen:** Schulen sollen wieder mehr Eigenständigkeit und Weiterentwicklung ermöglichen. Dafür muss die Schüler*innenvertretung stärker in Prozesse einbezogen werden. Damit Schüler*innen ihre Schule mitgestalten können und sehen, dass ihre Stimme zählt.

6.1. Kita-Betreuungsschlüssel senken und Qualität verbessern

Ob ein Kind morgens gern in die Kita geht, hängt oft an etwas Einfachem: Ist da jemand, der Zeit hat? Zeit zum Trösten, zum Zuhören, zum Fördern?

Doch genau diese Zeit fehlt viel zu oft. Zu große Gruppen, zu wenig Personal und Horte, die oft nur nebenher mitlaufen, gehen zulasten der Kinder und der Fachkräfte.

Wenn Kinder aufbewahrt und nicht betreut werden, belastet das die Familien jeden Tag und Kinder oft weit darüber hinaus.

Sinkende Geburtenzahlen dürfen deshalb kein Vorwand für Stellenabbau sein. Sie sind die Chance, Qualität endlich spürbar zu verbessern.

Genau das machen wir. Wir verbessern die Betreuungsschlüssel deutlich und nutzen sinkende Geburtenzahlen für kleinere Gruppen statt für Personalabbau. Wir stehen zur beitragsfreien Kita. Gute Standards und Qualität sichern wir gesetzlich ab und verzahnen sie enger mit den Bildungszielen im Land. Wir sorgen dafür, dass Inklusion in der frühkindlichen Bildung flächendeckend und verbindlich umgesetzt wird. Betreuung muss sich am Bedarf der Familien orientieren – nicht an bürokratischen Hürden. Darum treten wir auch dafür ein, dass alle Kinder das Recht auf einen vollen Ganztagsplatz erhalten. Damit entlasten wir zugleich alle Eltern von der aufwendigen Antragsbürokratie.

So schaffen wir Kitas, in denen Kinder gut aufwachsen und Fachkräfte gute Arbeit leisten können.

Damit Erzieher*innen genügend Zeit für alle Kinder haben, werden wir:

- den Betreuungsschlüssel verbessern: Wir wollen keine Erzieher*innen entlassen, sondern stattdessen mehr Qualität und kleinere Gruppen (1:4 Krippe, 1:10 Kita, 1:17 Hort)
- mit dem „Zukunftspakt“ Kita Standards und Qualität gesetzlich verankern und mit den Bildungsstandards verzahnen.
- ein Förderprogramm für gute Verpflegung aus regionaler, ökologischer Erzeugung aufsetzen. Dabei orientieren wir uns an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung.
- Kindertagespflegepersonen, die Fachstandards erfüllen, dementsprechend bezahlen.
- Horte als Bildungsorte verstehen und enger an Grundschulen anbinden.

6.2. Lehrkräfte stärken

Gute Schule kann nur funktionieren, wenn sie eine positive und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Schüler*innen und Lehrkräften ermöglicht. Doch viele Schulen arbeiten seit Jahren am Limit. Lehrkräfte sollen immer mehr auffangen, obwohl Zeit fehlt und guter Unterricht oft unter Dauerbelastung leidet. Wenn Schule nur noch irgendwie funktioniert, verlieren Schüler*innen Lebenschancen – und Lehrkräfte die Kraft für das, worauf es eigentlich ankommt.

Das ändern wir. Wir stärken Lehrkräfte so, dass sie wieder mehr Luft für guten Unterricht und gute Erziehungsarbeit haben.

Wir werden die sinkenden Schüler*innenzahlen nutzen, um endlich die Pflichtstundenzahl abzusenken, denn Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Arbeitsbelastung für Lehrkräfte. Wir wollen erreichen, dass möglichst alle offenen Stellen wieder durch vollständig ausgebildete Lehrkräfte besetzt werden können. Dafür erhöhen wir die Zahl der Lehramts-Absolvent*innen gezielt. Schulen sollen keine Orte für Einzelkämpfer*innen sein. Wir setzen auf multiprofessionelle Teams, in denen Fachleute aus Schulpsychologie und Sonderpädagogik wirklich zusammenarbeiten und nicht nebeneinander agieren.

Um bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, wollen wir:

- Lehrkräfte entlasten: Sinkende Schüler*innenzahlen ermöglichen die überfällige Absenkung der Pflichtstunden; zugleich reduzieren wir Abordnungen und Verwaltungsaufgaben, denn guter Unterricht braucht Zeit.
- offene Stellen wieder verstärkt mit vollständig ausgebildeten Lehrkräften besetzen.
- die Abbruchquoten im Lehramtsstudium senken, indem wir das Studium praxisnäher gestalten und die Qualität der Betreuung im Vorbereitungsdienst verbessern.
- ein Stipendienprogramm für Lehramtsstudierende in Mangelfächern (z. B. Mathematik, Physik) auflegen.
- Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams stärken: Fachkräfte aus Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Sonderpädagogik und Inklusionshilfe arbeiten eng mit Lehrkräften und Schüler*innen zusammen.

**“
Wir setzen auf multiprofessionelle Teams,
in denen Fachleute wirklich zusammenarbeiten
und nicht nur nebeneinander agieren.**

6.3. Zeitgemäßes Lernen ermöglichen

Schule ist mehr als ein Gebäude oder Stundenplan. Sie ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche wachsen, Neues entdecken und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten entwickeln. Dabei steht Schule vor großen Herausforderungen. In einer Welt, die sich immer schneller wandelt, muss sie Bildungsstandards sichern und zugleich offen und bereit sein für neue Entwicklungen und Erkenntnisse. Steigende Schulabbruchquoten von über 10 Prozent zeigen, dass die rot-rote Koalition dafür keine ausreichenden Voraussetzungen geschaffen hat. Darum müssen wir jetzt handeln!

Wir sind überzeugt: Es existieren viele Wege zu guter Schule und die Schulen wissen oft selbst am besten, was sie zu einem guten Lernort macht. Darum wollen wir den Schulen wieder mehr Eigenständigkeit ermöglichen und dafür sorgen, dass sie dafür bessere Rahmenbedingungen haben. Gemeinsam mit Schüler*innen und Eltern sollen Schulen noch mehr Schwerpunkte setzen und speziellere Angebote schaffen können. Wir wollen Rahmenpläne entschlacken, fächerübergreifendes Lernen erleichtern und mehr Wahlfreiheit bei Bewertungsmethoden geben. Häufige Schulwechsel sind laut Studien nachteilig für den Bildungserfolg. Das gemeinsame Lernen bis Klasse 6 soll künftig möglichst an einem Schulstandort erfolgen. Das Abitur soll wahlweise in 12 oder 13 Jahren absolviert werden. Wir treten weiterhin dafür ein, dass Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf zusammen die Schule besuchen können und wenden uns gegen die Antilinklusionskampagnen anderer Parteien. Wir wollen stärker von erfolgreichen Schulmodellen lernen. So schaffen wir Schulen, die fördern, begeistern und echte Chancen eröffnen.

Um bestmögliche Wege zum Bildungserfolg zu ermöglichen, werden wir:

- Schulen mehr Eigenständigkeit geben und ihre fachliche sowie pädagogische Profilbildung stärken und dies auch an Regionalschulen erleichtern.
- die MINT-Bildung mit einer Landesstrategie ausbauen, außerschulische Lernorte der Begabtenförderung stärken und die Digitalisierung inklusive verlässlichem technischem Support vor Ort weiter voranbringen.
- vernetztes Lernen fördern, die Stundentafel entschlacken, die Fächerzahl reduzieren und Verbundfächer unterstützen.
- außerschulische Lernorte und externe Partner, von Gedenkstätten über Forschungseinrichtungen und Museen bis hin zu Unternehmen, systematisch einbinden.
- längeres gemeinsames Lernen bis zur 6. Klasse ermöglichen sowie flexible Schulausgangsphasen mit Wahlmöglichkeiten zwischen Abitur nach 12 oder 13 Jahren schaffen.
- bessere Rahmenbedingungen für Inklusion durch mehr Personal sowie eine angemessene bauliche und technische Ausstattung schaffen.
- den Austausch zwischen staatlichen und freien Schulen stärken, um gegenseitig von Best-Practice-Beispielen zu profitieren.

6.4. Mitbestimmung ausbauen, gesundes Lernklima fördern

Schule ist nicht nur der Ort, an dem junge Menschen Mathe, Deutsch oder Geschichte lernen, sondern auch Demokratie erleben. Sie erfahren jeden Tag, ob ihre Stimme zählt, und ob sie Mitsprache haben.

Doch davon ist Schule meist weit entfernt. Vieles wird von oben vorgegeben. Schüler*innen erleben Schule oft nicht als Ort, den sie mitgestalten können. Wer Demokratie nie erlebt, lernt auch nicht, Verantwortung zu übernehmen und sich einzumischen.

Zugleich leiden immer mehr junge Menschen an mentalen Problemen. Schule ist dafür nicht immer die Ursache, aber sie muss ein Ort sein, in dem die mentale Gesundheit geschützt und unterstützt wird. Auch dafür ist Mitbestimmung wichtig: Je mehr Schüler*innen zugehört wird, desto eher finden sich Ursachen und Lösungsmöglichkeiten.

Wir wollen die Mitbestimmung der Schüler*innen verbindlich ausbauen und ein gesünderes Lernklima schaffen. Dafür geben wir Schulen wieder mehr Eigenständigkeit, ermöglichen unterschiedliche Wege zum Lernen und stärken die Schulkonferenzen als echte Entscheidungsgremien. Mit einem eigenen Schulbudget schaffen wir außerdem konkrete demokratische Gestaltungsspielräume vor Ort. Gemeinsam mit den Schüler*innen sollen gezielt Programme und Maßnahmen für die Schule entwickelt werden, um die mentale Gesundheit zu unterstützen. Und wir stärken die Medienbildung für Lehrkräfte, damit Schule besser auf Mobbing im Netz, Desinformation und den souveränen Umgang mit digitalen Medien reagieren kann.

So machen wir unsere Schulen zu Orten, an denen Demokratie nicht nur gelernt, sondern gelebt wird.

Für eine demokratischere Schule und ein gesundes Lernklima wollen wir:

- Demokratiebildung als Querschnittsaufgabe sowie Medienkompetenz verbindlich in der pädagogischen Ausbildung und in den Lehrplänen verankern, insbesondere im Umgang mit Desinformation, Cybermobbing und digitaler Mündigkeit.
- demokratische Prozesse in Schulen stärken: Schüler*innen stärker an Entscheidungen beteiligen und Schulkonferenzen als transparente, verbindliche Gremien ausbauen.
- eigene Schulbudgets (1.000-4.000 € je nach Schulgröße) einführen, über deren Verwendung die Schüler*innen in demokratischen Prozessen selbst bestimmen.
- psychosoziale Beratung an den Schulen ermöglichen und Programme zur Förderung der mentalen Gesundheit von Schüler*innen ausbauen.
- das Land an den Kosten einer qualitativ hochwertigen DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.)- zertifizierten Kita- und Schulverpflegung beteiligen und entlasten damit Familien. Den Ausbau von Schulküchen fördern wir, damit Kinder frisch zubereitete, warme Mahlzeiten erhalten. Die Ernährungsbildung bauen wir als festen Bestandteil in Kitas und Schulen weiter aus.
- Bildungs- und Klassenfahrten wieder regelmäßig ermöglichen.
- Schule für alle Kinder: Wir ändern das Schulgesetz des Landes, sodass Kinder in den Erstaufnahmeeinrichtungen endlich ein Recht auf Schulbesuch erhalten.

7. Digitalisierung:

**Wir machen's einfach,
sicher und smart**



Einfach? Online!

Papa bucht in der Bahn ganz bequem den Friseurtermin am Handy, Mama verlängert online schnell die Leihfrist in der Bibliothek, Jana macht Hausaufgaben im Lernportal ihrer Schule und Oma sucht im Internet, welche Konzerte und Ausstellungen sie am Wochenende besuchen möchte. Mecklenburg-Vorpommern vernetzt sich zunehmend virtuell. Vom digitalen Klassenzimmer bis zum Online-Shop: Überall entstehen neue Möglichkeiten. Technik macht unser Leben immer einfacher – wenn sie zuverlässig funktioniert.

Doch oft versandet der Fortschritt in alten Strukturen.

Wenn Behörden wichtige Infos hinter komplizierten Antragsverfahren verstecken, Krankenhäuser Opfer von Cyber-Angriffen werden, IT-Systeme völlig veraltet sind, überlastete Mitarbeiter*innen mit unklaren Zuständigkeiten konfrontiert sind, herrscht pures Chaos. Das können wir uns nicht mehr leisten.

Wir verstehen Digitalisierung als Dienstleistung, nicht als Hürdenlauf. Wir wollen die Bürger*innen schützen und unterstützen, Unternehmen Planungssicherheit geben und die öffentliche Verwaltung handlungsfähig machen. Die Digitalisierung gestalten wir effizient, bürgernah und klimagerecht – denn Fortschritt muss immer im Einklang mit der Natur stehen.

Für ein souveränes, gut vernetztes Mecklenburg-Vorpommern fordern wir:

- **das „Einfach-Amt“ für Alle.** Wir wollen eine öffentliche Verwaltung, die verständlich, barrierefrei und bürgernah ist – ob beim Online-Antrag oder persönlich vor Ort. Wichtige Informationen, Anträge und Formulare müssen verständlich und für alle zugänglich sein. Anliegen sollen schnell, medienbruchfrei und lösungsorientiert bearbeitet werden können.
- **Barrierefreiheit für digitale Angebote der öffentlichen Verwaltung:** Wir wollen ein Land, in dem niemand zurückbleibt – ob beim Online-Antrag, im Amt oder bei der Nutzung öffentlicher Dienstleistungen. Wichtige Informationen, Anträge und Formulare müssen endlich verständlich und für alle zugänglich sein. Damit alle ihre Anliegen einfach und ohne Hürden erledigen können.
- **eine gemeinsame IT-Strategie für das Land und die Kommunen:** Wir beschleunigen die Bereitstellung digitaler Bürgerdienste, damit Leistungen von Land und Kommunen schneller und flächendeckend online verfügbar sind. So profitieren auch kleinere Kommunen von moderner IT-Infrastruktur und Doppelstrukturen werden vermieden. Damit man in MV alles Wichtige einfach online erledigen kann – egal wo man wohnt.
- **weniger Abhängigkeit von globalen Tech-Konzernen:** Für uns ist klar: Der Fokus liegt auf Open Source, offenen Standards und digitaler Souveränität. Damit unsere Daten geschützt und wir selbstbestimmt online sind.

7.1. Klare Strukturen, starke Partnerschaften: Eine Digitalstrategie mit Weitblick

Nicht selten scheitert Digitalisierung an unklaren Zuständigkeiten, unterschiedlichen Systemen oder fehlender Abstimmung zwischen Land und Kommunen. So entstehen statt einfacher Lösungen immer wieder neue Hürden, die den Fortschritt in MV ausbremsen. Wenn jede Behörde ihr eigenes Süppchen kocht, ist Digitalisierung ineffizient und teuer.

Das können wir besser. Wir schaffen klare Strukturen und arbeiten gemeinsam an einer modernen Verwaltung.

Wir entwickeln eine verbindliche Digitalstrategie für das ganze Land, die Ziele, Zuständigkeiten und Qualitätsstandards festlegt und gleichzeitig flexibel bleibt. Land und Kommunen arbeiten dabei eng zusammen, damit überall im Land gleichwertige digitale Angebote entstehen, auch in kleineren Kommunen.

Um eine Digitalstrategie mit Weitblick zu etablieren, schaffen wir:

- eine verbindliche landesweite Strategie zur Digitalisierung der Verwaltung, die Ziele, Zuständigkeiten und Qualitätsstandards festlegt und gleichzeitig flexibel genug ist, um auf technologische und gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren.
- die gezielte Stärkung des landeseigenen IT-Dienstleisters als zentralen Digitalisierungspartner und mit klaren Aufgaben, ausreichend Handlungsspielraum und den nötigen Ressourcen, um die Verwaltung zukunftsfest weiterzuentwickeln sowie hochwertige Arbeitsplätze zu fördern.
- starke Kooperationen zwischen Land und Kommunen, damit auch kleinere Kommunen von moderner IT-Infrastruktur profitieren und ein landesweit einheitliches digitales Angebot entsteht.
- landesweit kompatible, sichere und modulare IT-Lösungen, die offene Schnittstellen nutzen und historisch gewachsene Insellösungen zügig ablösen.
- Digitalisierung nach Bedarf statt nach Prestige und eine Priorisierung von Projekten, die echten Nutzen für Bürger*innen und Beschäftigte und Unternehmen schaffen.

7.2. Datenschutz, Informationssicherheit & Digitale Souveränität

Ohne Vertrauen kann Digitalisierung nicht gelingen. Doch immer wieder führen uns Cyberangriffe, unsichere Systeme und Datenpannen vor Augen, wie verwundbar die digitale Infrastruktur Mecklenburg-Vorpommerns ist. Darüber hinaus sind öffentliche Verwaltungen abhängig von einzelnen Anbietern, wodurch ihre Arbeit unflexibel, unsicher und teuer wird.

Das können wir besser. Wir schaffen mehr digitale Unabhängigkeit, hohe IT-Sicherheit und effizienten Datenschutz.

Wir machen unsere IT-Infrastruktur widerstandsfähiger: durch mehr Personal, gezielte Schulungen und regelmäßige Notfallübungen. Gleichzeitig setzen wir konsequent auf Open-Source-Software und offene Standards, um Abhängigkeiten zu reduzieren und die digitale Souveränität des Landes zu stärken.

Um Datenschutz und digitale Souveränität zu gewährleisten, werden wir:

- eine landesweite Open-Source-Strategie mit konkreten Umsetzungsschritten und Zeitplänen entwickeln und durch einen Innovationsfonds die Entwicklung und Anpassung freier Software für die Verwaltung gezielt fördern.
- konsequent auf Open-Source-Software und offene Standards setzen, um Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu reduzieren und die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung zu stärken, orientiert am Vorbild Schleswig-Holsteins.
- die eigenständige landeseigene Datenschutzaufsicht erhalten und einer Zentralisierung auf Bundesebene entgegenzutreten, damit praxisnaher Datenschutz gewährleistet bleibt und Bürger*innen, Unternehmen sowie Verwaltungen weiterhin eine kompetente Anlaufstelle vor Ort haben.
- das Informationssicherheitsgesetz evaluieren und praxistauglich machen. Es braucht klare Standards und ausreichende personelle und finanzielle Untersetzung, um IT-Sicherheit in allen Ebenen der Verwaltung sicherzustellen.
- das Landes-CERT personell deutlich stärken, regelmäßige Notfallübungen durchführen und ein flächendeckendes Schulungsprogramm etablieren, um die Verwaltung besser gegen Cyberangriffe zu schützen.

7.3. Digitalisierung ökologisch gestalten: nachhaltige Verwaltung

Wird Digitalisierung nicht vorausschauend umgesetzt, kostet sie Unmengen an Ressourcen. Server und Rechenzentren verbrauchen schon heute viel Strom und treiben den Energieverbrauch weiter in die Höhe. Wenn Digitalisierung nicht nachhaltig gestaltet wird, werden Probleme verschoben statt gelöst.

Das machen wir grundlegend anders. Wir verbinden digitalen Fortschritt mit ökologischem Verantwortungsbewusstsein.

Bei jedem Digitalisierungsprojekt soll künftig von Anfang an Nachhaltigkeit verbindlich mitgedacht werden. So achten wir darauf, Rebound-Effekte frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Im selben Atemzug reduzieren wir den Papierverbrauch in der Verwaltung konsequent: durch digitale Prozesse, rechtssichere elektronische Signaturen und nutzerfreundliche Online-Dienste.

Für eine Digitalisierung, die unsere Ressourcen schont, wollen wir:

- bei allen Digitalisierungsprojekten von Anfang an Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen, auch um Rebound-Effekte frühzeitig zu erkennen und zu minimieren.
- eine bedarfsgerechte Digitalisierung vorantreiben, die technologische Möglichkeiten sinnvoll nutzt und Künstliche Intelligenz nur dort und so einsetzt, wo sie nachweislich Mehrwert schafft und ressourceneffizient arbeitet.
- den Papierverbrauch in Behörden durch konsequente Digitalisierung von Prozessen, rechtssichere elektronische Signaturen und nutzerfreundliche Online-Dienste deutlich reduzieren.
- längere Nutzungszyklen für IT-Hardware etablieren und die Förderung von Repair-Cafés ausbauen.

7.4. Digitale Behördengänge barrierefrei machen

Digitalisierung muss für alle funktionieren. Aber Formulare sind oft kompliziert, Webseiten unübersichtlich und wichtige Informationen nur schwer verständlich. Dadurch werden digitale Angebote für Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen oder Menschen mit geringen Sprachkenntnissen zu einem Buch mit sieben Siegeln.

Das ändern wir. Wir machen digitale Angebote für alle zugänglich. Denn wenn Menschen ausgeschlossen werden, verfehlt Digitalisierung ihr Ziel.

Wir sorgen dafür, dass Informationen, Online-Anträge und Formulare verständlich und barrierefrei gestaltet werden – in Leichter Sprache und in MV gängigen Fremdsprachen. Darüber hinaus wird Barrierefreiheit zum Standard: bei der Entwicklung, bei Vergaben und bei allen neuen Anwendungen.

Für eine Digitalisierung, von der alle etwas haben, wollen wir:

- Medienhelfer*innen als ehrenamtliche, schulische oder bei den Bibliotheken angesiedelte Hauptamtliche etablieren, um bei der Digitalisierung niemanden zu verlieren und Doppelstrukturen konsequent zu vermeiden.
- sicherstellen, dass digitale Angebote für alle Menschen unabhängig von Behinderung und Alter zugänglich sind, indem Anwendungen verbindliche Barrierefreiheitsstandards erfüllen und unter Einbeziehung unterschiedlicher Nutzergruppen entwickelt und getestet werden.
- wichtige Informationen, Online-Anträge und Formulare in Leichter Sprache sowie neben Deutsch auch in den wichtigsten in Mecklenburg-Vorpommern gesprochenen Fremdsprachen bereitstellen.
- Barrierefreiheit als verbindliches Kriterium bei allen Vergaben verankern, Fortschritte regelmäßig überprüfen und transparent machen sowie ab 2028 ausschließlich vollständig barrierefreie Neu- und Weiterentwicklungen von Landessoftware zulassen.

**“
Wir sorgen dafür, dass Informationen,
Online-Anträge und Formulare verständlich
und barrierefrei gestaltet werden.**

8. Wohnraum:

***Wir machen Mieten
wieder bezahlbar***



Wohnraum? Schaffen!

Bunte Giebelhäuser in den Hansestädten, die 3-Raumwohnung in der Platte, das schöne Bürgerhaus in der Kleinstadt, der alte Dreiseitenhof zwischen Seen und Feldern, krumme Fachwerkhäuser, Stimmengewirr auf Marktplätzen: Wohnen in Mecklenburg-Vorpommern ist mehr als nur vier Wände und ein Dach über den Kopf. Es bedeutet Heimat, Rückzugsort, Familie und Nachbarschaft. Unsere Wohnung ist der Ort, an dem wir unser Leben gestalten.

Doch wer kann sich eine passende Wohnung heute noch leisten?

Wenn Mieten explodieren und Familien, Alleinerziehende, Auszubildende, oder Senior*innen sich kaum noch eine passende Wohnung leisten können, läuft etwas völlig falsch. Städte spalten sich entlang der Einkommen, Kleinstädte und Dörfer verlieren Menschen, und Wohnraum wird inzwischen oft zum Luxus. Das stoppen wir.

Wir handeln, damit MV ein Land bleibt, in dem alle ihren passenden Platz finden. Wir wollen, dass Menschen hier ein sicheres, bezahlbares und erfüllendes Zuhause finden, in Stadt und Land, an der Küste und im Binnenland. Wohnen ist kein Luxusgut, sondern ein Grundrecht. MV ist für alle da, nicht nur für Besserverdienende, Hotels, Ferienwohnungen oder Büros. Wir denken Wohnen gemeinwohlorientiert neu, damit MV sozial, gerecht und bezahlbar bleibt.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem wir gut leben können, fordern wir:

- **mehr bezahlbaren Wohnraum:** Wir stocken das Landeswohnraumprogramm „Wohnungsbau sozial“ spürbar auf. Damit alle Menschen wieder eine Wohnung finden, die sie sich leisten können.
- **eine Mietpreisbremse:** Wir werden die Mietpreisbremse und das Mietrecht konsequenter durchsetzen. Damit die Mieten in den Uni-Städten, aber auch in den Küsten- und Tourismusregionen nicht weiter explodieren.
- **einen Landesbodenfonds:** Wir geben den Kommunen durch ein Landesdarlehen die Handlungsfähigkeit, Grundstücke und Gebäude zu erwerben. Damit schneller und günstiger Wohnungen gebaut werden können; auch dort, wo der Markt versagt.

8.1. Beschleunigung im Planungs- und Baurecht

Bezahlbarer Wohnraum entsteht nicht von selbst. Viel zu oft scheitert Bauen an langen Verfahren, komplizierten Regelungen, übertriebenen Vorgaben und unzureichender Koordination. Im Resultat wird weniger gebaut als möglich und zu selten die Gebäude genutzt, die schon da sind. Wenn Planung, Genehmigung und Bau zu lange dauern, verschärft sich die Wohnungsnot immer weiter.

Das ändern wir. Wir wollen Genehmigungen vereinfachen und beschleunigen, schnelleres Bauen ermöglichen und vorhandenen Wohnraum besser nutzen.

Dafür beschleunigen wir Planungs- und Bauverfahren durch schlankere Bebauungsplanverfahren und digitale Bauanträge. Dachaufstockungen, An- und Ausbauten sowie die Umwandlung leerstehender Gebäude in Wohnraum wollen wir erleichtern. Standardisierte Gebäudetypen und serielle Bauweisen sollen einfacher und schneller zugelassen werden. Zusätzlich wollen wir Leerstand aktiver managen. In der Summe werden diese Maßnahmen den Wohnungsbau im Land gezielt voranbringen.

Für mehr Tempo bei der Schaffung von Wohnraum wollen wir:

- den digitalen Bauantrag flächendeckend und zügig einführen.
- ausreichende Personalkapazitäten in den Bauämtern sicherstellen.
- den „Bauturbo“ des Bundes insbesondere für Innenentwicklung, Nachverdichtung und vereinfachtes Bauen im Bestand nutzen, um langwierige Bauleitplanungsverfahren, hohe Erschließungskosten und zusätzlichen Flächenverbrauch auf der grünen Wiese zu vermeiden.
- den Gebäudebestand und die vorhandene Infrastruktur effizienter nutzen, etwa durch erleichterte Dachaufstockungen und -ausbauten sowie die Umwandlung leerstehender Gewerberäume in Wohnraum.
- Bauzeiten verkürzen, indem standardisierte Gebäudetypen und serielle Bauweisen einfacher zugelassen und landesweit anerkannt werden.
- Leerstand aktiv managen, etwa durch kommunales Leerstands- und Brachflächenmanagement sowie die Förderung temporärer Zwischennutzungen.

8.2. Soziale Wohnraumförderung ausbauen

Bezahlbarer Wohnraum scheitert oft am Geld. Hohe Baukosten, fehlender Zugriff auf Grundstücke, komplizierte Förderwege und Finanzierungshürden bremsen vielerorts Neubau, Umbau und Sanierung. Gleichzeitig fehlen in vielen Kommunen die Mittel, um leerstehende Gebäude zu erwerben, zu sanieren und so Dorfkerne wiederzubeleben. Wenn bezahlbares Wohnen am fehlenden Geld scheitert, verlieren wir beides: Wohnraum und lebendige Orte.

Damit alle gut leben können, wollen wir bezahlbares Wohnen gezielter fördern und Kommunen stärker dabei unterstützen, vorhandenen Wohnraum zu erhalten, wieder zu aktivieren und gegebenenfalls auch sozial nachhaltigen Wohnraum neu zu schaffen.

Wir reformieren und stärken die Wohnungsbauförderung im Land mit zinsgünstigen Darlehen, attraktiven Tilgungszuschüssen für Sozialwohnungen. Mit Programmen wie „Neuer Schwung für

alte Orte“ und „Jung kauft Alt“ wollen wir Dorfkerne beleben, bestehende Gebäude sanieren und untergenutzten Wohnraum erschließen. Gleichzeitig fördern wir Wohnraumanpassungen im Alter, damit Menschen im Alter möglichst lange in ihrem vertrauten Umfeld wohnen bleiben können.

Wir fördern bezahlbares Wohnen, indem wir:

- ein Landesprogramm „Neuer Schwung für alte Orte“ sowie „Jung kauft Alt“ aufsetzen, um Bestandsimmobilien für junge Familien zu erschließen, Dorfkerne zu beleben und die Sanierung alter Gebäude zu unterstützen.
- das Landeswohnraumförderprogramm „Wohnungsbau Sozial“ aufstocken und reformieren, unter anderem durch zinsgünstigere Darlehen und höhere Tilgungszuschüsse für Sozialwohnungen, eine möglichst lange Mietpreisbindung sowie die Einführung neuer Fördersparten für altersgerechte, bezahlbare Wohnformen und die Aktivierung von Leerstand in zentralen Ortslagen.
- mit einem Aktionsprogramm des Landes neuen Schwung in den Wohnungsmarkt bringen. Im Laufe der Jahre verändern sich Lebensumstände, und irgendwann entspricht die Wohnung nicht mehr den eigenen Bedürfnissen. Familien suchen mehr Platz, ältere oder alleinstehende Menschen wünschen sich häufig kleinere, besser passende Wohnungen. Doch hohe Mieten und hohe Wechselkosten verhindern oft, dass solche Umzüge stattfinden. Dafür braucht es ein vom Land finanziertes Beratungs- und Vernetzungsprogramm. Wir nennen das „Aktionsprogramm Wohnungstauschbörse MV“ – AWT-MV. Damit werden Anlaufstellen für Beratungen und Netzwerker finanziert und das Beratungsangebot sichtbar gemacht.
- den Umbau von Bestandsgebäuden und den Neubau für innovative Seniorenwohnformen in zentralen Ortslagen fördern. Damit können Großwohnungen und Einfamilienhäuser frei werden für junge Familien und gleichzeitig erhalten die zentralen Ortslagen neues Leben. So organisieren wir eine Win-Win-Situation, von der alle etwas haben.
- das Mehrgenerationenwohnen stärker ermöglichen, fördern und publik machen. So senken wir Wohnkosten, erhöhen die Lebensqualität und verzögern das Einsetzen von Pflegebedürftigkeit.

8.3. Kommunale Bodenpolitik stärken

Ohne Bauland oder die Reaktivierung von Brachflächen und Leerstand entsteht kein Wohnraum. Doch vielerorts fehlt es entweder an verfügbaren Flächen oder diese sind so teuer, dass bezahlbares Wohnen kaum noch möglich ist. Wenn Boden zum Spekulationsobjekt wird, wird Wohnen unbezahlbar.

Wir holen daher den Boden zurück in öffentliche Hand und steuern damit z. B. den sozialen Wohnungsbau sowie die Neunutzung von brachliegenden Flächen oder leerstehenden Gebäuden in zentralen Ortslagen.

Wir unterstützen deshalb von Landesseite eine aktive Bodenpolitik der Kommunen, durch die Einrichtung eines Landesbodenfonds. Durch günstige Landeskredite aus dem Fonds ermöglichen wir den Kommunen die langfristige Zwischenfinanzierung des strategischen Ankaufs von Grund-

stücken und Immobilien und stärken die kommunale Bodenvorratspolitik. Damit ermöglichen wir den Kommunen die Steuerung von sozialen und gemeinwohlorientierten Projektentwicklungen zum Beispiel im Wohnungsbau und gleichzeitig die Stärkung ihrer zentralen Ortslagen.

Öffentliche Flächen vergeben wir zukünftig vorrangig im Erbbaurecht, statt sie durch Verkauf zu privatisieren. Damit wirken wir der überhandnehmenden Bodenspekulation entgegen.

Für gemeinwohlorientierte Bodenpolitik und Wohnraumentwicklung wollen wir:

- einen Landesbodenfonds einrichten, um Kommunen zu befähigen, Flächen strategisch anzukaufen und die soziale Wohnraumentwicklung durch kommunale Bodenbevorratung wieder stärker selbst zu steuern.
- Immobilien und Flächen in öffentlichem Besitz künftig vorrangig im Erbbaurecht vergeben, um Bodenspekulation zu begrenzen und langfristig Einnahmen für die öffentliche Hand zu sichern.
- durch eine strategische Bodenpolitik bezahlbares Wohnen mit der Wiederbelebung zentraler Ortslagen verbinden.

8.4. Miet- und Sozialpolitik zusammen denken

Wohnen darf kein Luxus sein. Doch die Mieten steigen besonders in den Städten und Tourismusregionen so sehr, dass Familien, Auszubildende, Studierende und Senior*innen dort kaum noch bezahlbare Wohnungen finden.

Das nehmen wir nicht hin. Wir sorgen dafür, dass Mieten für alle bezahlbar bleiben.

Daher führen wir die Mietpreisbremse in angespannten Wohnungsmärkten konsequent ein und ergänzen sie durch ein wirksames Zweckentfremdungsverbot. Parallel dazu stärken wir den sozialen und barrierefreien Wohnungsbau mit höheren Sozialwohnungsquoten, der Entfristung der Sozialbindung und gezielter Förderung von Genossenschaften und anderen sozial-innovativen Wohnformen. Auch Wohnangebote für Studierende und Auszubildende, Senior*innen, Menschen mit Behinderungen und betreute Wohngruppen bauen wir in angespannten Wohnungsmärkten aus. Wohnungslosigkeit bekämpfen wir mit dem Housing-First-Prinzip: Zuerst eine eigene Wohnung, denn stabile Wohnverhältnisse sind die Grundlage für soziale Teilhabe, Gesundheit und gesellschaftliche Integration.

Damit Mieten für alle bezahlbar bleiben, fordern wir:

- die konsequente Anwendung der Mietpreisbremse in Universitätsstädten sowie in Küsten- und Tourismusregionen und die wirksame Kontrolle des Zweckentfremdungsverbots.
- die Erhöhung der Sozialwohnungsquote bei Neubauten.
- eine möglichst lange Mietpreisbindung für Sozialwohnungen.
- die gezielte Stärkung von Genossenschaften und anderen gemeinnützigen Wohnformen sowie die Förderung von Wohnangeboten für Auszubildende, Studierende, Senior*innen und betreute Wohngruppen.
- die landesweite Förderung von Housing-First-Modellen zur nachhaltigen Bekämpfung von Wohnungslosigkeit.
- die Bereitstellung von dauerhaftem Wohnraum für wohnungslose Menschen in Kooperation mit Kommunen, Wohnungsunternehmen und sozialen Trägern.

8.5. Baukosten reduzieren

Hohe Baukosten treiben Mieten nach oben und bremsen den Wohnungsbau aus. Zu komplizierte Regeln, langwierige Verfahren und übertriebene Standards machen das Bauen vielerorts teurer, als es sein müsste. Teuer bauen verhindert aber bezahlbaren Wohnraum.

Das ändern wir. Wir wollen Baukosten senken, ohne Qualität und Sicherheit aus dem Blick zu verlieren.

Dafür vereinfachen wir die Landesbauordnung, überprüfen technische Standards konsequent auf ihre Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit. Wir reduzieren Vorgaben wie z. B. die Stellplatzpflicht dort, wo sie den Wohnungsbau unnötig verteuern. Gleichzeitig fördern wir serielle und modulare Bauweisen, um schneller und günstiger bauen zu können.

Um Baukosten zu senken, wollen wir:

- die Landesbauordnung vereinfachen, indem Vorschriften auf ihren Nutzen hin überprüft und das Bauen im Bestand erleichtert wird.
- die Stellplatzpflicht für Autos flexibilisieren und reduzieren.
- die serielle und modulare Bauweise stärker fördern.
- das Bauen mit vereinfachten technischen Standards erleichtern.

9. Gesundheit:

**Wir sind füreinander
da, überall**

Im Trebeltal sitzt eine ältere Frau frühmorgens am Küchentisch, den Arzttermin vor Augen – und weiß, dass sie stundenlang unterwegs sein wird. In einem Dorf bei Crivitz macht sich eine Familie Sorgen, weil ihr Kind keinen Facharzttermin bekommt. Und überall in MV schaffen es pflegende Angehörige kaum noch, ihren Beruf mit der Pflege ihrer Liebsten zu vereinbaren, weil sie Versorgungslücken ausgleichen müssen, für die kein ausreichendes professionelles Angebot bereitsteht. Doch die Versorgung kränkt.

Wenn Wege zu Ärzt*innen immer länger werden, Termine beim Hautarzt kaum zu bekommen sind und Versorgung vom Wohnort abhängt, entstehen Unsicherheit und ein Ungleichgewicht in der Bevölkerung. Gesundheit darf aber kein Glück sein. Sie muss überall da und für alle verlässlich sein.

Wir wollen ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle Menschen gut versorgt sind; unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben. Praxis? Nah! Das ist unser Grundsatz. Dafür verbinden wir Nähe mit Innovation, stärken die Versorgung vor Ort und denken Gesundheit neu: vernetzt, solidarisch und für alle erreichbar.

Für eine gute Gesundheitsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern fordern wir:

- **regionale Gesundheitsnetzwerke:** Wir entwickeln auf regionalen Gesundheitskonferenzen die wohnortnahe medizinische Versorgung weiter – mit dem Aufbau eines flächendeckenden Netzes von regionalen Gesundheitszentren mit interdisziplinären Teams aus (Fach-)Ärzt*innen, Pflegekräften und Therapeut*innen in jeder mittelgroßen Stadt. Damit der Weg zur Ärztin oder zum Arzt nicht immer länger wird.
- **Krankenhausreform vorantreiben:** Durch die sektorenübergreifende medizinische Versorgung, die bedarfsgerechte Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Leistungen im ländlichen Raum sowie durch eine angemessene Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser stellen wir die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung sicher.
- **die Schaffung innovativer Versorgungsangebote:** Indem wir mobile Praxen, Telemedizin, Gesundheitskioske und die Mobilität des medizinischen Personals fördern, stärken wir vor allem unterversorgte Gebiete. Die ambulante und stationäre Versorgung denken wir dabei immer zusammen. Damit medizinische Hilfe auch dort ankommt, wo sie heute fehlt.
- **Gemeindeschwestern wieder stärken:** Wir wollen flächendeckend „Community Health Nurses“ (Gemeindeschwestern) etablieren, um die gesundheitliche Versorgung vor Ort zu verbessern und sicherzustellen, dass Menschen wohnortnah Unterstützung erhalten.

9.1. Gesundheits- und Pflegeberufe aufwerten

Pflegekräfte, Ärzt*innen, Therapeut*innen und viele weitere Fachkräfte sichern täglich die medizinische Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern – in Praxen, Kliniken, Pflegeeinrichtungen und bei den Menschen zu Hause. Doch ihre Arbeit ist oft von Personalmangel, hoher Belastung und zu wenig Zeit für die eigentliche Versorgung geprägt. Viele verlassen den Beruf, während gleichzeitig zu wenige nachkommen. Wenn die Arbeitsbedingungen nicht stimmen, gerät die Versorgung insgesamt unter Druck.

Das ändern wir. Wir verbessern die Arbeitsbedingungen durch verlässliche Personalbemessung, planbare Dienste und spürbare Entlastung im Alltag. Gleichzeitig stärken wir die Ausbildung: durch bessere Bedingungen, mehr Flexibilität und eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Praxis. So sorgen wir dafür, dass mehr Menschen den Beruf ergreifen und langfristig in der Pflege bleiben.

So sorgen wir für gute Arbeitsbedingungen und eine Versorgung, auf die Verlass ist.

Für gute Arbeitsbedingungen werden wir:

- die Arbeitsbedingungen in den Gesundheits- und Pflegeberufen strukturell verbessern und die Beschäftigten vor Gewalt und Belästigung schützen.
- die digitale Vermittlung von Ausbildungsinhalten ausbauen und erleichtern.
- eine zentrale Koordinierungsstelle „Pflegeausbildung“ einrichten, um Pflegeschulen, Träger der praktischen Ausbildung und Praxisanleiter*innen besser zu vernetzen.
- Teilzeit- und berufsbegleitende Ausbildungswege stärken und eine echte Durchlässigkeit von der Assistenz bis zur akademischen Ausbildung schaffen.

9.2. Fachkräftemangel beseitigen

Termine werden knapper, Stationen schließen, Wartezeiten steigen. Der Fachkräftemangel im Gesundheitswesen ist längst Realität.

Dabei liegt das Problem nicht am fehlenden Engagement der Beschäftigten, sondern an den Rahmenbedingungen. Zu wenige Ausbildungsplätze, zu lange Anerkennungsverfahren und zu wenig Unterstützung im Arbeitsalltag bremsen das System aus. Wenn Fachkräfte fehlen, bleibt Versorgung auf der Strecke.

Das können wir nicht akzeptieren. Wir machen Mecklenburg-Vorpommern zu einem Gesundheitsland mit starken Fachkräften.

Wir gewinnen mehr Menschen für Pflege- und Gesundheitsberufe durch bessere Ausbildungs- und Studienbedingungen, faire Bezahlung und moderne Arbeitsstrukturen. Dazu gehört auch, internationale Fachkräfte schneller zu integrieren. Gleichzeitig stärken wir multiprofessionelle Teams und nutzen digitale Unterstützung, um die Arbeit im Alltag spürbar zu entlasten.

So sichern wir die Versorgung im ganzen Land.

Wir sorgen für mehr Fachkräfte, indem wir:

- das Praktische Jahr im Medizinstudium einheitlich auf Grundlage des aktuellen BAföG-Höchstsatzes vergüten.
- Anerkennungsverfahren für ausländische Berufsabschlüsse beschleunigen und verbessern.
- die Zahl der Medizinstudienplätze an beiden Landesuniversitäten erhöhen.
- die Digitalisierung in der Pflege fördern, insbesondere durch telemedizinische Unterstützung, digitale Dokumentation und Assistenzsysteme für die häusliche Pflege.

9.3. Seelische Gesundheit erhalten

In psychischer Not wochenlang auf eine psychosoziale Beratung oder einen Therapieplatz warten. Allein bleiben mit Sorgen, die immer größer werden. Für viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ist das die bittere Realität. Dabei sind psychische Erkrankungen keine Randerscheinung. Sie betreffen Menschen jeden Alters und aus allen Lebensbereichen.

Auch bei psychischen Erkrankungen muss Unterstützung für alle erreichbar und verfügbar sein, damit Hilfe nicht zu spät kommt und die Erkrankung schnell behandelt wird.

Wir bauen psychotherapeutische und psychiatrische Angebote aus und verkürzen so Wartezeiten. Gleichzeitig stärken wir Prävention und Beratung.

Auch neurodivergente Menschen behalten wir im Blick: Wir verbessern und steigern die Kapazität von Diagnostik, Beratung und Behandlung für neurodivergente Menschen und beziehen ihre Bedürfnisse stärker in die Versorgung ein.

Und wir fangen früh an: Mentale Gesundheit gehört in Schulen. Mit Aufklärung, geschultem Personal und verlässlicher Unterstützung sorgen wir dafür, dass junge Menschen nicht allein gelassen und sensibilisiert werden.

So schaffen wir ein Land, in dem seelische Gesundheit ernst genommen und Stigmatisierung von psychisch Erkrankten verringert wird.

Für eine moderne Politik zum Erhalt der seelischen Gesundheit setzen wir auf:

- den Abbau von Wartezeiten durch einen bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer und psychotherapeutischer Angebote für alle Altersgruppen, insbesondere für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, auch im ländlichen Raum.
- eine stärkere regionale Vernetzung von ambulanter und stationärer Versorgung, psychosozialer Beratung und Eingliederungshilfe, um Brüche in der Versorgung zu vermeiden.
- den flächendeckenden Aufbau von Krisendiensten für schnelle und niedrigschwellige Hilfe in akuten Situationen.
- den Ausbau von Wohn- und Betreuungsangeboten für Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen, die Vermeidung von Entlassungen in Obdachlosigkeit sowie die stärkere Einbindung von Erfahrungsexpert*innen.

- die Sicherung und Weiterentwicklung der Suchtberatung, eine verlässliche Präventionsstrategie sowie den Ausbau niedrigschwelliger Hilfsangebote einschließlich Drugchecking.
- den Abbau von Stigmatisierung, die Stärkung der Teilhabe, die bessere Unterstützung neurodivergenter Menschen sowie die Förderung mentaler Gesundheit in Schulen durch Prävention, Beratung und ausreichend Schulsozialarbeit.

9.4. Gesund und gut beraten in jedem Alter

Wir alle kennen die Situation: Der nächste Arzttermin liegt Wochen entfernt, die richtige Anlaufstelle bleibt unklar und Unterstützung ist kaum zu finden. Besonders im ländlichen Raum oder in schwierigen Lebenslagen wird die Suche nach Unterstützung schnell zu einer großen und zusätzlichen Belastung. Deshalb muss für Menschen jeden Alters und in jeder Lebenslage ein verlässliches, leicht erreichbares Beratungsnetzwerk entstehen.

Wir setzen uns für ein dichtes Netz wohnortnaher Beratungsangebote ein, das landesweit gleichermaßen verfügbar ist. Durch den Ausbau von Beratungsstellen und die Förderung lokaler Selbsthilfegruppen schaffen wir Orientierungspunkte, an die sich jede Person sofort wenden kann.

Gesundheitslots*innen sollen in sozialen Brennpunkten und ländlichen Gemeinden ausgebildet werden, um Menschen insbesondere in ländlichen Kommunen und sozialen Brennpunkten kompetent durch das komplexe Gesundheitssystem zu führen.

Um allen Altersgruppen ein sicheres Umfeld zu bieten, bauen wir Angebote zur Suchtberatung und sexuellen Gesundheit konsequent aus. Unabhängige Ansprechpersonen sollen in jeder Region erreichbar sein, damit niemand allein bleibt.

Um Menschen jeden Alters und in jeder Lebenslage Zugang zum Gesundheitssystem zu ermöglichen, werden wir:

- wohnortnahe Beratungsangebote stärken und Selbsthilfegruppen sowie Patient*innenorganisationen flächendeckend unterstützen.
- die Ausbildung von Gesundheitslots*innen in sozialen Brennpunkten und ländlichen Regionen fördern.
- Beratungsangebote zu Suchterkrankungen und sexueller Gesundheit ausbauen und unabhängige Ansprechpersonen in allen Regionen stärken.
- unabhängige Patient*innenbeauftragte in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt etablieren, angebunden an die Gesundheitsämter.
- die Beratung zu genderspezifischen Gesundheitsangeboten gezielt fördern.

9.5. Älterwerden und Pflege würdig gestalten

Pflege wird in Mecklenburg-Vorpommern für viele Familien zur täglichen Herausforderung. Angehörige übernehmen Verantwortung, während professionelle Pflegekräfte unter hohem Zeitdruck arbeiten und Angebote vor Ort fehlen – besonders im ländlichen Raum. Zu viel Bürokratie, zu wenig Personal und lange Wege erschweren eine verlässliche Versorgung.

Wir handeln, damit Pflege wieder verlässlich organisiert ist: mit mehr Fachkräften, besseren Ausbildungsbedingungen und weniger bürokratischen Hürden. Gleichzeitig stärken wir regionale Pflegeangebote, mobile Teams und die Zusammenarbeit von Pflege, Medizin und Angehörigen. So sorgen wir dafür, dass Menschen auch im Alter oder bei Pflegebedarf gut versorgt werden – in der Stadt wie auf dem Land.

Für eine professionelle Pflege und ein würdiges Lebensende wollen wir:

- die Arbeit multiprofessioneller Teams aus Pflegefachpersonal, Ärzt*innen und weiteren Gesundheitsberufen unter Einbeziehung von Angehörigen stärken.
- die akademische und schulische Pflegeausbildung weiterentwickeln, Hochschulkapazitäten ausbauen und die berufliche Ausbildung durch einen höheren Praxisanteil stärken.
- Pflegeangebote in unterversorgten Regionen gezielt fördern und mit nachbarschaftlichen Unterstützungsstrukturen sowie Wohn- und Pflegeformen wie Pflege-WGs, Servicewohnen und Tagespflege sinnvoll verzahnen.
- mehr Zeit für die Versorgung und weniger Bürokratie in der Langzeitpflege ermöglichen, indem Doppelprüfungen vermieden, Informationen gebündelt und klare Standards bei Qualitätsprüfungen eingeführt werden.
- die bestehenden 19 Pflegestützpunkte in MV zu einem Pflege-Netzwerk mit mobilen Teams ausbauen, das präventive Hausbesuche, Beratung und Koordination von Pflegeleistungen auch im ländlichen Raum sicherstellt.
- Barrierefreiheit im Gesundheits- und Pflegebereich konsequent ausbauen, insbesondere in Einrichtungen der Versorgung.
- die Aufhebung des Friedhofszwangs und ein modernes Bestattungswesen, das die Wünsche und die Würde der Menschen berücksichtigt.

**“
Wir handeln, damit Pflege wieder verlässlich
organisiert ist: mit mehr Fachkräften, besseren
Ausbildungsbedingungen und weniger
bürokratischen Hürden.**

10. Zusammenleben:

Wir bekämpfen

Armut strukturell



Zusammen? Stark!

In Banzkow sitzt man gemeinsam bei Getränken zu Vereinspreisen am Osterfeuer, in Kühlungsborn feiern alle Familien gemeinsam beim Sommerspektakel und kommen am Abend mit Bus oder Fahrgemeinschaft günstig nach Hause. In der Gemeinschaft liegt die Kraft, diese finden wir beim Sport, über den Gartenzaun, bei der Lernhilfe, im Jugendtreff oder im Seniorencafé - hier entsteht Zusammenhalt.

Doch dieses Gefühl, das unsere Gesellschaft zusammenhält geht immer mehr verloren.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, Kinder gehen hungrig in die Schule, manche Familien müssen jeden Euro zweimal umdrehen und das trotz Vollzeitarbeit.

Dieser Zustand, die wachsende Armut in unserem Bundesland muss benannt und strukturell bekämpft werden. Wir wollen ein Land gestalten, in dem alle Menschen kulturell, sozial, wirtschaftlich und gesellschaftlich teilnehmen können und niemand Existenzängste hat.

Dazu schaffen wir verlässliche, niedrighschwellige Zugänge zu Bildung, Kultur, Sport und sozialen Angeboten in allen Regionen. Wir stärken die öffentliche Infrastruktur, sichern bezahlbaren Wohnraum und bauen Beratungs- und Unterstützungsangebote aus, wohnortnah und bedarfsgerecht. Bei Armutsbekämpfung geht es nicht um individuelles Versagen, sondern um strukturelle Ungleichheit. Wir setzen vor allem auf langfristige, strukturelle Lösungen, um Teilhabe in allen Lebensphasen zu sichern.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle gut leben können, fordern wir:

- **Armut strukturell zu bekämpfen**, um den Kreislauf zu durchbrechen. Dafür braucht es zunächst einen regelmäßig evaluierten Landesarmuts- und Reichtumsbericht. Auf dessen Datengrundlage leiten wir gezielte regionale und strukturelle Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Wohnen, Bildung, Arbeit, Ernährung und Energie ab, um Armut nachhaltig zu reduzieren.
- **eine Beteiligung des Landes** an den Kosten einer qualitativ hochwertigen DGE (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V) zertifizierten Kita- und Schulverpflegung und entlasten damit Familien. Den Ausbau von Schulküchen fördern wir, damit Kinder frisch zubereitete, warme Mahlzeiten erhalten. Die Ernährungsbildung bauen wir als festen Bestandteil in Kitas und Schulen weiter aus.
- **Sprachunterricht von Anfang an:** Wir ermöglichen frühzeitig und verbindlich Zugang zu Sprachförderung. So schaffen wir besonders für Menschen mit Migrationsgeschichte einen besseren Zugang zu unserer Gesellschaft und zum Arbeitsmarkt. Damit alle von Anfang an mitkommen und Integration wirklich gelingt.
- **in jeder Kommune und jedem Stadtteil ein Ort der Gemeinschaft:** Diese Nachbarschaftstreffs bieten Raum für Veranstaltungen, Geselligkeit und gemeinsames Arbeiten. Für Menschen unter 25 und über 65 sind Veranstaltungen kostenlos. Vereine sollen diese Räumlichkeiten gegen eine minimale Gebühr nutzen können.

10.1. Kinderschutz und Jugendpolitik

Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zu einem Bundesland machen, in dem alle Kinder und jungen Menschen sicher aufwachsen, gehört werden und echte Chancen auf Entwicklung und Teilhabe haben. Dazu bauen wir den präventiven Kinderschutz aus und sorgen für gut erreichbare Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, junge Menschen und Familien. Junge Menschen brauchen Räume, in denen sie sich entfalten können. Deshalb fördern wir offene Kinder- und Jugendarbeit, schaffen sichere Treffpunkte und beteiligen junge Menschen stärker an politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen.

Für eine unbeschwerte Kindheit und Jugend wollen wir:

- die Kinderrechte in der Landesverfassung verankern sowie die politische Teilhabe junger Menschen in Kinder- und Jugendparlamenten stärken.
- ein „Childhood-Haus“ in jedem Landgerichtsbezirk schaffen, damit Kinder und junge Menschen, die Opfer von körperlicher und sexualisierter Gewalt geworden sind, in einem geschützten Umfeld interdisziplinär betreut werden und Hilfen aus einer Hand erhalten können.
- ein flächendeckendes und niedrighschwelliges Angebot an Jugendclubs, Vereinen, Kultur-, Musik- und Sportstätten unterstützen.
- Jugendkultur zur Verhinderung von Abwanderung in den Fokus nehmen. Wir richten eine Stabsstelle in der Staatskanzlei ein, die Landesliegenschaften werden auf Doppelnutzung untersucht und Jugendkultur soll auf Landesebene sowie in den Kommunen ausreichend finanziert werden.

10.2. Familien stärken

Für uns ist klar: Nur ein familienfreundliches Mecklenburg-Vorpommern ist auch zukunftsfähig. Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern zum Familienland wird. Doch steigende Lebenshaltungskosten und unsichere Einkommen setzen viele unter Druck. Armut gefährdet Teilhabe und Zukunftschancen – das nehmen wir nicht hin. Wir stärken Familien gezielt und bauen dafür die soziale Infrastruktur aus, sichern Beratungsangebote flächendeckend und unterstützen sie durch Entlastungen in der Kita- und Schulverpflegung.

Um Familien zu stärken, wollen wir:

- einen Kinder- und Jugendbericht in den Armuts- und Reichtumsbericht integrieren.
- die Tarifbindung in sozialen Einrichtungen stärken.
- Selbsthilfe gezielt unterstützen, indem wir eine Landeskoordinierungsstelle einrichten und Kontaktstellen für Selbsthilfegruppen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen.
- die Beratungslandschaft sichern und ausbauen, indem unter anderem die Sozial-, Schuldner-, Sucht- und psychosoziale Beratung flächendeckend und auskömmlich finanziert sowie digitale Angebote ermöglicht werden.
- Eltern stärken, indem wir die bestehenden 16 Modellzentren für Kinder und Familien langfristig sichern und schrittweise flächendeckend ausbauen.

10.3. Arbeitsmarkt und soziale Teilhabe

Arbeit ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe, eröffnet neue Perspektiven und sichert regelmäßiges Einkommen. Doch die Chancen auf gute Arbeit sind nicht für alle Menschen in unserem Land gleich. Sprachbarrieren, befristete Beschäftigung, Behinderung und fehlende Unterstützung beim Einstieg oder Wiedereinstieg sind große Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt.

Wenn Arbeitsplätze unsicher bleiben und der Niedriglohnsektor vorherrscht, steigt das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Dem wollen wir entgegentreten.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, Hürden beim Zugang zum Arbeitsmarkt abzubauen, unter anderem durch einen frühzeitigen und verlässlichen Zugang zu Sprachförderung und durch Maßnahmen, die faire Zugänge zum Arbeitsmarkt stärken. Gleichzeitig stärken wir Qualifizierung, Wiedereinstieg und Quereinstieg, damit mehr Menschen den Zugang zu Arbeit finden und dauerhaft am Erwerbsleben teilnehmen können. Damit alle schnell in Arbeit kommen.

Für eine faire Arbeitswelt für alle Menschen in MV braucht es:

- einen frühzeitigen und verbindlichen Zugang zu Sprachförderung als Grundlage für einen diskriminierungsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt.
- eine Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes, insbesondere durch den Verzicht auf sachgrundlose Befristungen.
- ein Landesarbeitsmarktprogramm zur Förderung von Langzeiterwerbslosen.
- gezielte Programme für Einstieg, Qualifizierung, Wiedereinstieg und Quereinstieg von Menschen mit und ohne Behinderung in den Arbeitsmarkt.
- unseren Einsatz für einen armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn auch in Werkstätten für behinderte Menschen und eine strukturelle Reform der Bezahlung.

11. Demokratie:

**Wir geben allen
eine Stimme**



Miteinander? Wachsen!

Am Küchentisch wird abgewogen, für welche Schule man sich entscheidet. Bei WhatsApp teilt der Freund aus dem Turnverein eine Petition gegen das Fällen alter Alleebäume. Die Stadtvertreter diskutieren über Gratis-Nahverkehr in Schwerin. Wenn wir einander zuhören, Ideen teilen, gemeinsam Lösungen finden, dann entsteht das, was unser Land stark macht: Zusammenhalt, Vertrauen und der Mut, Zukunft zu gestalten. Demokratie lebt davon, dass Menschen mitreden.

Doch viele Stimmen verhallen ungehört.

Wenn Jugendliche keine Mitsprache für ihre Zukunft bekommen, wenn es in der gesamten Chefetage keine Frau gibt, wenn Kommunen Spielplätze in Bauland umwandeln und verkaufen, wenn man im Amt keinen Termin bekommt und wenn politische Prozesse zu kompliziert sind, dann verliert unsere Demokratie ihre Stärke. Dann fühlen sich Menschen abgehängt, werden wütend, enttäuscht und frustriert. Das schwächt nicht nur das Vertrauen, sondern unser gemeinsames Fundament.

Unsere Gesellschaft lebt vom Miteinander – doch vielerorts fehlen die Mittel, dieses Miteinander überhaupt noch zu organisieren. Dorffeste sind keine Nebensache: Sie halten Gemeinschaft zusammen, machen Traditionen lebendig und geben den ländlichen Räumen ihr Gesicht. Wenn sie verschwinden, verliert nicht nur ein Ort seine Feierkultur, sondern ein Stück sozialen Kitt.

Wir wollen ein MV, in dem alle Menschen mitreden, mitentscheiden und mitgestalten können. Eine Demokratie, die näher dran ist an den Leuten im Land, die so vielfältig ist wie die Passant*innen an einem Samstag in der Einkaufsstraße. Wir trauen jungen Menschen zu, Verantwortung zu übernehmen, wir stärken das Dorfleben, wir wollen die Bürger*innen direkt einbinden. Beteiligung ist für uns kein Extra, sondern der Kern einer lebendigen Demokratie.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle Stimmen gehört werden, fordern wir:

- **Bürger*innenräte:** Wir stärken die Einbeziehung der Bürger*innen auf Landes- und Kommunalebene, für Entscheidungen, die gemeinsam getragen werden. Damit mehr Menschen mitentscheiden können und gemeinsam Lösungen entstehen.
- **wählbar ab 16:** Bei Kommunalwahlen ermöglichen wir bereits ab 16 Jahren eine Kandidatur in Gemeindevertretungen und Kreistagen, weil wir damit jungen Menschen den Weg in die Kommunalpolitik eröffnen und zugleich neue Perspektiven gewinnen. Damit junge Menschen früh Verantwortung übernehmen können und neue Ideen in die Politik kommen.
- **ein Dorffest-Programm:** Wir wollen unkompliziert Dorfgemeinschaften wieder zusammenbringen und beispielsweise Dorffeste wieder aufleben lassen. Dafür führen wir ein Landes-Dorffest-Programm ein und unterstützen dörfliche Veranstaltungen jährlich mit bis zu 5.000 Euro. Damit unsere Dörfer lebendig bleiben und das Miteinander wieder wächst.

11.1. Bürgerschaftliches Engagement fördern

Demokratie ist weit mehr als der Gang zur Wahlurne. Sie wird getragen von tausenden engagierten Menschen vor Ort, die in Vereinen, Initiativen oder der Kommunalpolitik Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Doch das Leben wird ihnen unnötig schwer gemacht. Oftmals fehlt es an Zeit, Unterstützung und echten Mitwirkungsmöglichkeiten.

Wenn Engagement erschwert wird, geht unserer Demokratie die Puste aus.

Das können wir besser. Wir stärken bürgerschaftliches Engagement und schaffen bessere Bedingungen für politische Beteiligung.

Wir führen Bürger*innenräte auf Landes- und Kommunalebene ein. Darüber hinaus schaffen wir bessere Möglichkeiten zur Freistellung, um ehrenamtliches Engagement zu erleichtern.

Besonders wichtig ist uns die Beteiligung junger Menschen: Wir gestalten ihre Mitwirkungsrechte verbindlich aus und stärken Kinder- und Jugendbeiräte im ganzen Land.

So machen wir Engagement einfacher, wirksamer und sichtbarer.

Wir stärken ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches Engagement und politische Teilhabe, indem wir:

- eine Rechtsgrundlage für die Einsetzung von Bürger*innenräten auf Landes- und Kommunalebene schaffen.
- uns bei den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen EU-Haushalt dafür einsetzen, dass Mittel für Bürgerbeteiligungsformate fest verankert werden, und dafür geeignete Verwaltungsstrukturen zur aktiven Beteiligung aufbauen.
- Beteiligungs- und Anhörungsrechte gesetzlich verankern und die Bildung von Kinder- und Jugendbeiräten zu allen jugendpolitisch relevanten Fragen – wie z. B. Klima oder Bildung – unterstützen sowie diesen das Antragsrecht in den zuständigen Fachausschüssen der Gemeindevertretungen ermöglichen.
- das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ gesetzlich verankern und das Demokratiefördergesetz gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiterentwickeln.
- die Inanspruchnahme von Bildungsfreistellungen erleichtern und einen Anspruch auf Freistellung für weitere ehrenamtliche Tätigkeiten prüfen.
- Dorffeste und lokale Begegnungsformate durch ein eigenes, niedrigschwelliges Förderprogramm unterstützen.

11.2. Direkte Demokratie ausbauen

Das Herz der Demokratie ist die Mitwirkung ihrer Bürger*innen. Doch scheitert direkte Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern oft an komplizierten Verfahren und hohen formalen Hürden. So verlaufen viele spannende Initiativen einfach im Sand.

Wenn Beteiligung zu hohe Hürden hat, wird sie zur Ausnahme statt zur Regel.

Das können wir besser. Wir machen direkte Demokratie einfacher und verbindlicher.

Wir sorgen dafür, dass frühzeitig Rechtssicherheit über die Zulässigkeit von Bürger- und Volksbegehren besteht und vereinfachen außerdem die Verfahren auf Landes- und kommunaler Ebene. Gleichzeitig stärken wir ihre Wirkung: Erfolgreiche Begehren haben automatisch eine aufschiebende Wirkung. So stellen wir sicher, dass erfolgreiche Initiativen auch wirklich in politische Entscheidungen einfließen.

Um mehr direkte Demokratie zu ermöglichen, wollen wir:

- die rechtliche Zulässigkeit von Volks- und Bürgerbegehren bereits vor Beginn der Unterschriftensammlung verbindlich prüfen lassen.
- sicherstellen, dass erfolgreiche Volks- und Bürgerbegehren eine automatisch aufschiebende Wirkung haben, sodass entsprechende Beschlüsse bis zur Entscheidung nicht weiter umgesetzt werden.
- Bürgerbegehren auf kommunaler Ebene und Volksbegehren auf Landesebene vereinfachen, insbesondere durch die Reduzierung von Themenausschlüssen.

11.3. Wahlrecht reformieren

In einer lebendigen Demokratie müssen möglichst viele Menschen die Möglichkeit zur Mitbestimmung haben. Leider sind noch immer viele Bewohner*innen Mecklenburg-Vorpommerns von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen, sei es aufgrund ihres Alters oder ihrer Herkunft.

Wenn Menschen dauerhaft in MV leben, aber nicht mitbestimmen dürfen, entsteht ein Demokratiedefizit.

Das ändern wir. Wir erweitern das Wahlrecht und sorgen für mehr Repräsentation.

Wir senken das Mindestalter für die Wählbarkeit auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre und stärken so die politische Teilhabe junger Menschen. Gleichzeitig ermöglichen wir Menschen ohne EU-Staatsbürgerschaft, die seit vielen Jahren hier leben, das Kommunalwahlrecht.

Mehr Menschen mitbestimmen zu lassen, heißt für uns:

- das Landes- und Kommunalwahlgesetz so zu ändern, dass das Mindestalter für die Wählbarkeit in Gemeindevertretungen und Kreistagen auf 16 Jahre abgesenkt wird.
- das Landes- und Kommunalwahlgesetz so zu ändern, dass auch Nicht-EU-Bürger*innen das Kommunalwahlrecht erhalten, wenn sie länger als 5 Jahre in Deutschland leben.
- die geschlechterparitätische Besetzung von Kandidat*innenlisten bei Kommunal- und Landtagswahlen zu fördern.

11.4. Staatliches Handeln transparent machen

In einer Demokratie muss staatliches Handeln nachvollziehbar sein. Doch Politik findet oft hinter verschlossenen Türen statt und es bleibt unklar, wie Entscheidungen zustande kommen und wer Einfluss nimmt.

Wenn Politik im Verborgenen gemacht wird, verlieren die Menschen das Vertrauen in die Demokratie.

Das ändern wir. Wir machen staatliches Handeln transparent und nachvollziehbar.

Wir verpflichten Behörden, ihre Informationen proaktiv, kostenfrei und barrierefrei bereitzustellen. Gleichzeitig öffnen wir den Politikbetrieb für alle: Landtagsausschüsse sollen grundsätzlich öffentlich tagen, und mit einem legislativen Fußabdruck machen wir sichtbar, wer an Gesetzen mitgewirkt hat.

Zudem sorgen wir dafür, dass Gesetze regelmäßig überprüft werden und nur dann fortgelten, wenn sie sich bewährt haben. So stärken wir Transparenz, Kontrolle und Vertrauen in die Politik.

Wir wollen die Landespolitik transparenter machen, indem wir:

- ein Transparenzgesetz in den Landtag einbringen, das sich an die Vorlage der Initiative für Transparenz in Politik und Verwaltung anlehnt: So erleichtern wir den Zugang zu Informationen des Landes und schaffen digitalen Zugang zu Daten wie Gutachten, Verträgen und Gebühren.
- Landtagsausschüsse grundsätzlich öffentlich tagen lassen.
- einen legislativen Fußabdruck einführen, der Politiker*innen dazu verpflichtet, transparent zu machen, mit wem sie bei der Erarbeitung des Gesetzes gesprochen bzw. zusammengearbeitet haben.
- verstärkt die Möglichkeit nutzen, die Geltungsdauer von Gesetzen zu begrenzen und ihre Wirkung vor Weitergeltung zu evaluieren.

11.5. Aus der Geschichte lernen. Demokratie schützen.

Das Kerzendenkmal in Waren, friedliche Demonstrationen auf den Straßen von Rostock, mutige Menschen in Greifswald, die für Freiheit und Mitbestimmung einstanden, die runden Tische in Schwerin – die Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns ist auch eine Geschichte des Aufbruchs. Aus der Bürgerrechtsbewegung heraus entstand Bündnis 90 – getragen von Menschen, die sich gegen Unrecht stellten und für Demokratie kämpften.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist nicht abgeschlossen. Viele Erfahrungen von Repression, Überwachung und Unrecht wirken bis heute nach – in Biografien, Familien und unserer Gesellschaft. Gleichzeitig wächst eine Generation heran, für die die DDR nur noch Geschichte ist. Wenn Erinnerung verblasst, wird Demokratie angreifbar.

Dem stellen wir uns entgegen.

Wir setzen uns dafür ein, die Aufarbeitung der SED-Diktatur konsequent zu stärken und ihre Vermittlung fest in Bildung und politischer Kultur zu verankern, statt Mittel zu kürzen. Die Auseinandersetzung mit Unrecht, Repression und Widerstand muss Teil des Alltags werden – in Schulen, in der politischen Bildung und an außerschulischen Lernorten.

Dabei ist uns wichtig: Erinnerung darf nicht selektiv sein. Die Verbrechen des Nationalsozialismus und der Holocaust sind und bleiben singulär. Gleichzeitig gehört auch die Aufarbeitung der SED-Diktatur zu einer ehrlichen und vollständigen Erinnerungskultur. Beides zusammen schafft ein klares Verständnis dafür, wie Demokratie zerstört wird – und warum wir sie schützen müssen.

Denn Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit.

Wenn staatliche Macht nicht kontrolliert wird, wenn Menschen eingeschüchtert werden oder wenn Meinungsfreiheit eingeschränkt wird, beginnt der Verlust von Freiheit oft schleichend. Wer die Mechanismen von Diktatur versteht, kann Demokratie im Hier und Jetzt besser verteidigen.

Wir stärken Erinnerung, Bildung und Bürgerrechte, indem wir:

- Gedenkstätten, Archive und Initiativen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sichern und durch langfristige Finanzierung stützen.
- die Auseinandersetzung mit SED-Diktatur, Nationalsozialismus und Holocaust verbindlich in Schulen verankern und moderne Bildungsformate für junge Menschen in Zusammenarbeit mit regionalen Erinnerungsorten entwickeln.
- Projekte fördern, die persönliche Erfahrungen von Unrecht und Widerstand weitergeben, analog und digital.



12. Bürgerrechte:

**Wir sichern Freiheit
und Gerechtigkeit**

Recht? Sicher!

In Greifswald wartet eine Familie monatelang auf eine Gerichtsentscheidung, die ihr Leben endlich klären soll – und wird immer wieder getröstet. In Schwerin fragt ein Journalist nach Informationen aus einer Behörde und stößt auf Schweigen. Und in unseren Städten wächst die Sorge, dass neue Überwachungstechnologien eingesetzt werden, ohne dass klar ist, ob sie wirklich schützen. Bürgerrechte zeigen sich nicht allein im Grundgesetz – sondern im Alltag der Menschen. Sie schützen uns und geben Sicherheit.

Doch das Vertrauen schwindet.

Wenn Gerichte gelähmt sind, weil Personal fehlt, Bürger*innen verzweifeln, wenn sie Infos im Stadtportal suchen, und wenn verfassungsfeindliche Kräfte immer lauter werden, gerät das Vertrauen in den Staat ins Wanken. Dann müssen wir dringend stärker werden. Sonst wird aus Recht Unsicherheit und aus Freiheit Misstrauen – und das können wir uns als Demokratie nicht leisten.

Wir handeln entschlossen und bringen MV voran, damit Recht wieder schnell und verlässlich durchgesetzt wird und unsere Freiheit geschützt bleibt. Wir sorgen für einen Staat, der nicht blind auf Überwachung setzt, sondern der transparent arbeitet und Informationen so bereitstellt, dass alle Menschen sie nicht nur finden, sondern auch verstehen können. Für uns ist klar: Sicherheit und Freiheit gehören zusammen.

Eine starke Demokratie schützt beides – konsequent und ohne Kompromisse.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem es gerecht zugeht, fordern wir:

- **Jura wieder an der Uni Rostock einzuführen:** Weil wir dringend mehr Richter*innen, Anwält*innen usw. im Land brauchen, führen wir an der Universität Rostock wieder einen Jura-Studiengang mit dem Abschluss des Ersten Staatsexamens ein. Damit unser Rechtsstaat funktioniert und Verfahren bald nicht mehr ewig dauern.
- **keine Totalüberwachung öffentlicher Räume:** Überwachungsmaßnahmen müssen unabhängig geprüft werden. Neue Technologien kommen bei uns nur zum Einsatz, wenn sie nachweislich Sicherheit erhöhen – und nicht nur ein Gefühl davon erzeugen. Damit Sicherheit nicht auf Kosten von Freiheit geht.

12.1. Schluss mit der Überwachungsillusion: Evidenz statt Angstmache

Mit dem Versprechen von mehr Sicherheit gehen immer neue Überwachungsmaßnahmen einher. Aber: Mehr Überwachung schafft nicht automatisch mehr Sicherheit. Oft ist der tatsächliche Nutzen nicht nachgewiesen, während Bürger*innen immer gläserner werden. Statt Sicherheit schaffen Technologien wie biometrische Überwachung vor allem eines: ein Gefühl permanenter Kontrolle.

Wenn Menschen sich beobachtet fühlen, verändert das ihr Verhalten. Und das gefährdet unsere Freiheit.

Damit finden wir uns nicht ab. Sicherheit darf nicht auf Kosten von Grundrechten erkaufte werden. Statt pauschaler Datensammlung setzen wir auf gezielte und wirksame Maßnahmen.

Wir setzen uns für ein Moratorium für biometrische Überwachung im öffentlichen Raum ein und lehnen die Zusammenarbeit mit intransparenten Anbietern konsequent ab. Statt auf immer mehr Technik setzen wir auf Prävention und Präsenz vor Ort.

Damit Überwachung keine Bürgerrechte gefährdet, fordern wir:

- ein sofortiges Moratorium für den Einsatz biometrischer Überwachung im öffentlichen Raum.
- keine Zusammenarbeit mit Unternehmen wie Palantir Technologies, die unsere Sicherheitsbehörden in intransparente Abhängigkeiten führen.
- eine unabhängige und transparente Evaluierung bestehender und geplanter Überwachungsmaßnahmen, bei der ihr tatsächlicher Nutzen für die Sicherheit nachvollziehbar belegt werden muss.
- eine Stärkung von Prävention und Präsenz im öffentlichen Raum statt mehr digitaler Überwachung, um Konflikte zu entschärfen, bevor sie eskalieren.
- eine transparente Überwachungsgesamtrechnung, die die Gesamtheit der Maßnahmen bewertet, damit Eingriffe in Grundrechte verhältnismäßig bleiben und nicht schleichend zunehmen.

12.2. KI und Algorithmen: Transparenz statt Black Box

Algorithmen erhalten immer mehr Einfluss auf unser aller Leben. Doch oft ist völlig unbekannt, wie diese Systeme funktionieren und nach welchen Kriterien sie urteilen.

Wenn Maschinen über Menschen entscheiden, drohen Diskriminierung und Ungerechtigkeit. Niemand darf von undurchsichtigen Algorithmen benachteiligt werden.

Entscheidungen über Menschen gehören in menschliche Hände. Wir stellen sicher, dass in sensiblen Bereichen wie Sozialhilfe oder Strafverfolgung immer Menschen die letzte Entscheidung treffen. Wo Algorithmen eingesetzt werden, schaffen wir volle Transparenz über ihre Funktionsweise und die verwendeten Daten.

Damit Entscheidungen weiterhin von Menschen getroffen werden, fordern wir:

- dass Entscheidungen in sensiblen Bereichen wie Sozialhilfe oder Strafverfolgung nicht automatisiert erfolgen dürfen. Die letzte Entscheidung muss immer von Menschen getroffen werden.
- ein Algorithmen-Transparenzgesetz für die öffentliche Verwaltung, damit automatisierte Entscheidungs- und Bewertungssysteme nur transparent, nachvollziehbar, diskriminierungsfrei und mit klarer menschlicher Verantwortung eingesetzt werden.
- ein Verbot von „Predictive Policing“ und anderen diskriminierenden KI-Anwendungen in Sicherheitsbehörden.

12.3. Datenschutz stärken – aber richtig!

Unsere Daten gehören zu unserer Privatsphäre. Doch im digitalen Alltag werden sie oft gesammelt, ausgewertet und weitergegeben, ohne dass wir es überhaupt merken oder kontrollieren können. Große Plattformen verdienen Milliarden mit Informationen über uns alle, während der Schutz der Bürger*innen dem eigenen Profit untergeordnet wird.

Wenn Menschen die Kontrolle über ihre Daten verlieren, verlieren sie ihre Selbstbestimmung. Nicht mit uns! Wir geben den Menschen die Kontrolle über ihre Daten zurück.

Wir stärken die digitale Selbstverteidigung und schaffen niedrigschwellige Angebote, damit alle lernen können, sich im Netz zu schützen.

Für einen starken Schutz unserer Daten werden wir:

- uns für „digitale Selbstverteidigung“ einsetzen. Wir werden kostenlose Workshops in Bibliotheken und Volkshochschulen einführen, die zeigen, wie man sich vor Datenklau schützt.
- unabhängige, datensparsame IT-Infrastrukturen ausbauen, mit öffentlichen bzw. europäischen Cloud-Angeboten ohne Tracking und einem klaren Vorrang für Open Source.
- bestehende Weiterbildungsangebote für die Öffentlichkeit sowie für Beschäftigte im öffentlichen Dienst gezielt weiterentwickeln, um die Nutzung von Open-Source-Software und datensparsamen Alternativen zu fördern.

12.4. Sicherheit neu denken: Prävention statt Überwachung

Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung, sondern im alltäglichen Miteinander, durch starke Gemeinschaften und funktionierende soziale Strukturen. Viel zu oft setzt Politik nur auf neue Technik, statt auf Prävention.

Wenn Probleme erst erkannt werden, wenn sie eskalieren, ist es zu spät. Sicherheit entsteht durch Prävention, Vertrauen und funktionierende Strukturen, nicht durch immer mehr Überwachung.

Wir investieren gezielt in soziale Angebote vor Ort: in Streetwork, Jugendclubs, Suchtberatung und psychologische Unterstützung. Gleichzeitig stärken wir die Präsenz von Polizist*innen im Alltag als Ansprechpartner*innen, die im direkten Austausch mit den Anwohner*innen stehen.

Für ein sicheres MV wollen wir:

- soziale Präventionsarbeit in den Kommunen gezielt finanziell stärken, etwa in den Bereichen Streetwork, Jugendclubs, Suchtberatung und psychologische Betreuung, unter anderem durch die Umwidmung ineffektiver Überwachungsausgaben.
- eine „Bürger*innen-Polizei“ nach skandinavischem Vorbild stärken, mit mehr Präsenz vor Ort, etwa durch Beamt*innen zu Fuß in den Quartieren und im direkten Dialog mit den Menschen.

12.5. Demokratie braucht Transparenz: Wissen für alle

Demokratie lebt davon, dass Menschen mitbestimmen und Entscheidungen nachvollziehen können. Doch viel zu oft bleiben politische Prozesse intransparent und externe Einflussnahmen im Verborgenen.

Wenn Transparenz fehlt, entsteht Misstrauen.

Das darf nicht sein. Wir machen staatliches Handeln für alle nachvollziehbar.

Wir stellen öffentliche Daten grundsätzlich frei, kostenlos und verständlich zur Verfügung. So schaffen wir die Grundlage für Journalismus, Forschung und zivilgesellschaftliches Engagement. Darüber hinaus etablieren wir strengere Regeln im Umgang mit Lobbyismus und machen Kontakte zwischen Politik und Interessenvertreter*innen öffentlich einsehbar.

Damit Politik transparent wird, wollen wir:

- Open Data zum Standard machen, indem alle nicht personenbezogenen öffentlichen Daten zentral, kostenfrei und maschinenlesbar bereitgestellt sowie verständlich aufbereitet werden, damit sie für Analysen, Journalismus und zivilgesellschaftliche Projekte nutzbar sind.
- die Wirksamkeit staatlichen Handelns überprüfbar machen, indem wir die Voraussetzungen schaffen, dass Bürger*innen und Wissenschaft Programme etwa im Klima- oder Sozialbereich auf Basis offener Daten nachvollziehen und bewerten können.
- Rechtssicherheit für Nutzer*innen schaffen, damit die Weiterverarbeitung nicht personenbezogener Daten zu gemeinnützigen Zwecken, etwa für Apps oder Recherchen, ohne rechtliche Risiken möglich ist.
- Transparenz über Lobbykontakte herstellen, indem Treffen und Austausch zwischen Regierung, Ministerien, Landtagsmitgliedern und Interessenvertreter*innen öffentlich dokumentiert werden.
- Whistleblower*innen, die auf Rechtsverstöße hinweisen, wirksam vor Nachteilen schützen.

12.6. Demokratie braucht bürger*innennahe Polizei

Eine funktionierende Gesellschaft braucht eine gut ausgestattete Polizei, die auf der Grundlage eines rechtsstaatlichen Polizeigesetzes agiert, professionell ausgebildet und nah an den Menschen ist. Doch vielerorts fehlen ihr Personal und moderne Ausrüstung. Wenn die Polizei nicht richtig ausgestattet ist, wenn Polizist*innen nicht gut unterstützt werden, leidet ihre Gesundheit und ihre Arbeitsfähigkeit genauso wie das Vertrauen der Bürger*innen in den Staat.

Das ändern wir. Wir sorgen für ausreichend Personal, unterstützen bei mentaler Belastung und modernisieren die Aus- und Fortbildung, damit Polizist*innen besser auf unterschiedliche Einsatzlagen vorbereitet sind. Eine unabhängige Anlaufstelle, an die sich Bürger*innen und Polizeibeamt*innen gleichermaßen mit Hinweisen und Beschwerden wenden können, stiftet Vertrauen.

Für eine bürger*innennahe Polizei wollen wir:

- ausreichende Neueinstellungen und eine Reform der Aus- und Fortbildung der Landespolizei, die einen höheren Anteil an politischer Bildung vorsieht sowie besser auf Einsatzsituationen mit Menschen in psychischen Ausnahmeständen vorbereitet und die Beamt*innen auch bei mentaler Belastung besser unterstützt.
- ein Polizeigesetz, das für intensive Grundrechtseingriffe hohe Hürden aufstellt, Vorkehrungen gegen Racial Profiling trifft, den verpflichtenden Einsatz von Bodycams bei der Androhung und Anwendung körperlicher Gewalt vorsieht sowie auf überflüssige Überwachungsmaßnahmen wie Online-Durchsuchung oder Quellen-Telekommunikationsüberwachung verzichtet.
- ein*n unabhängige*n Polizeibeauftragte*n, an den/die sich nicht nur Polizeibeamt*innen, sondern auch alle Bürger*innen mit Hinweisen und Beschwerden wenden können.
- eine wissenschaftliche Längsschnittstudie, die, als Reaktion auf rechts-extremistische Vorkommnisse bei der Landespolizei, Motivationsveränderungen bei den Beamt*innen untersucht.
- einen periodischen Sicherheitsbericht, der die Kriminalstatistik unter Einbeziehung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft allgemeinverständlich ergänzt und auch gruppenbezogene Hasskriminalität sichtbar macht.

12.7. Friedliche Demonstrationen garantieren

Die Demonstrationsfreiheit ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Doch immer wieder überschreiten Einsatzkräfte ihre Grenzen und wenden Maßnahmen an, die Grundrechte während Demonstrationen einschränken.

Wenn friedlicher Protest eingeschränkt wird, verlieren die Menschen ihre Stimme.

Nicht mit uns! Wir schützen das Recht auf Versammlung konsequent.

Sitzblockaden erkennen wir als legitime Form des zivilen Protests an. Wir beenden anlassloses Filmen von Demonstrierenden und weiten die Kennzeichnungspflicht auf alle Einsatzlagen aus. So stärken wir die Rechte der Demonstrierenden und sorgen für eine bessere Nachvollziehbarkeit polizeilichen Handelns.

Wir garantieren friedliche Demonstrationen und fordern:

- die numerische Kennzeichnungspflicht auf alle Einsatzlagen und alle eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamte auszuweiten.
- Sitzblockaden als legitimes Mittel des passiven Widerstandes anzuerkennen und nicht länger als Straftat zu erfassen.
- Proteste der Klimaschutzbewegung nicht zu kriminalisieren.
- das anlasslose Abfilmen von Teilnehmenden bei Demonstrationen durch die Polizei zu beenden.

12.8. Unabhängigkeit der Justiz sichern

Unsere Demokratie braucht einen funktionierenden, unabhängigen Rechtsstaat, auf den die Bürger*innen vertrauen können. Jeder Mensch muss sich darauf verlassen können, fair behandelt zu werden. Doch lange Verfahren und Personalmangel belasten viele Gerichte in Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig gilt: Recht darf nicht von politischem Einfluss abhängen. Gerichte müssen frei von Druck durch die Regierung entscheiden können.

Wenn Gerichte überlastet sind oder Zweifel an ihrer Unabhängigkeit entstehen, gerät der Rechtsstaat ins Wanken.

Das nehmen wir nicht hin. Wir stärken die Justiz und sichern ihre Unabhängigkeit konsequent.

Wir sorgen für ausreichend Personal und eine gute Ausstattung, damit Verfahren zügig und fair geführt werden können. Zudem bauen wir die Selbstverwaltung der Justiz aus und begrenzen politische Einflussmöglichkeiten, damit Entscheidungen allein nach Recht und Gesetz getroffen werden.

Für eine unabhängige Justiz werden wir:

- für den Ausgleich der Altersabgänge deutlich mehr Richter*innen, Staatsanwält*innen und Justizbedienstete einstellen und angemessen bezahlen.
- an der Universität Rostock wieder einen Studiengang Jura mit dem Abschluss des Ersten juristischen Staatsexamens einführen.
- die Selbstverwaltung der Justiz ermöglichen und damit den Einfluss der Exekutive auf die Richterschaft beseitigen.
- die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft im Einzelfall einschränken.

12.9. Strafvollzug modernisieren

Strafvollzug endet nicht hinter Gefängnismauern. Entscheidend ist, wie es danach weitergeht. Noch immer erhalten viele Gefangene keine Chance auf einen echten Neuanfang. Ohne Ausbildung, Perspektive und Unterstützung ist ein erneutes Abrutschen in die Kriminalität fast schon vorprogrammiert.

Wenn Resozialisierung nicht gelingt, gefährdet das unser aller Sicherheit.

Das ändern wir. Wir richten den Strafvollzug konsequent auf Resozialisierung und gesellschaftliche Teilhabe aus.

Wir ermöglichen Gefangenen, Berufsabschlüsse zu erwerben, zu studieren und für ihre Arbeit angemessen entlohnt zu werden. Gleichzeitig stärken wir den offenen und den Wohngruppenvollzug, um Verantwortung und soziale Kompetenzen zu fördern.

Damit Strafgefangene nach ihrer Entlassung ihre kriminelle Vergangenheit hinter sich lassen können, werden wir:

- die Möglichkeit ausbauen, im Strafvollzug Berufsabschlüsse zu erwerben und Studiengänge bis zum Abschluss zu absolvieren sowie geleistete Arbeit angemessen zu vergüten.
- geeignete Gefangene verstärkt im Wohngruppenvollzug unterbringen und diesen verbindlich regeln.
- den offenen Vollzug als Regelvollzugsform stärken und alle geeigneten Gefangenen dort unterbringen, sofern keine Flucht- oder Missbrauchsgefahr besteht.
- ein verbessertes Monitoring bei der Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen sicherstellen.
- die Behandlung psychiatrisch erkrankter Gefangener in vollzugsexternen psychiatrischen Anstalten ermöglichen.

12.10. Verfassungsschutz neu aufstellen

Der Verfassungsschutz soll unsere Demokratie schützen. Doch fiel er in der Vergangenheit häufiger mit Skandalen und vor allem fehlender demokratischer Kontrolle auf. So schwindet das Vertrauen in die Arbeit der Behörde zwangsläufig. Das wird den Ansprüchen einer freiheitlichen Demokratie nicht gerecht.

Wenn ein Geheimdienst sich der Kontrolle entzieht, wird er selbst zum Risiko für die Demokratie.

Das darf nicht sein! Wir richten den Verfassungsschutz konsequent auf seinen eigentlichen Auftrag aus: den Schutz unserer freiheitlichen Grundordnung.

Dafür bauen wir die unabhängige Kontrolle deutlich aus und sorgen für mehr Transparenz über die Arbeit der Behörde. Gleichzeitig stärken wir die wissenschaftliche Analyse demokratiefeindlicher Entwicklungen, indem wir eine unabhängige Forschungsstelle „Demokratie“ einrichten, die ihre Erkenntnisse öffentlich zugänglich macht. So schaffen wir einen Verfassungsschutz, der schützt, ohne sich selbst zu entziehen.

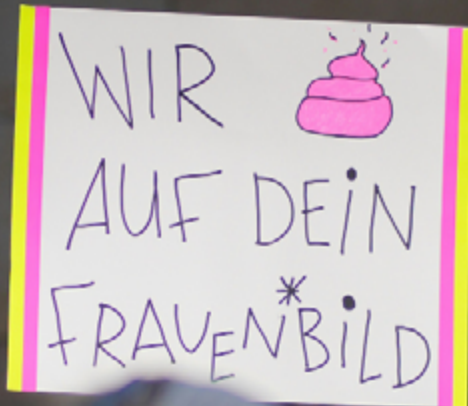
Für einen Verfassungsschutz, der die Verfassung schützt, werden wir:

- eine wirksame unabhängige Kontrolle des Verfassungsschutzes weiter ausbauen, insbesondere, indem wir besonders eingriffsintensive Maßnahmen einer richterlichen Vorabkontrolle unterwerfen.
- den Umgang mit V-Leuten so regeln, dass die zur Verfügung gestellten Ressourcen nicht als Strukturhilfe für die extremistische Szene missbraucht werden.
- eine unabhängige Forschungsstelle „Demokratie“ einrichten, die wissenschaftliche Analysen demokratiefeindlicher und -gefährdender Bestrebungen erarbeitet, der Öffentlichkeit durch Publikationen und Bildungsangebote zugänglich macht und somit auch dem Verfassungsschutz eine wissenschaftsbasierte Grundlage für seine Aufgaben bietet.

13. Frauen, Kinder und FLINTA*:

Für eine gerechte

und sichere Gesellschaft



Gleichstellung? Jetzt!

Frauen* tragen an vielen Stellen Verantwortung und das oft gleichzeitig und häufig ohne ausreichende Sichtbarkeit oder angemessene Bezahlung. Ob im Beruf, in der Pflege, im Ehrenamt oder zu Hause: Vieles funktioniert, weil sie da sind. Und doch ist ihre Sicherheit nicht selbstverständlich. Der Heimweg bleibt ein Abwägen, gesundheitliche Versorgung hängt vom Wohnort ab und Respekt ist noch zu oft keine Selbstverständlichkeit.

Wenn gleichzeitig alte Rollenbilder wieder an Einfluss gewinnen, Belästigungen im Alltag zunehmen und wichtige Versorgungsstrukturen wie Geburtsstationen wegfallen, zeigt sich: Es geht nicht um Einzelfälle, sondern um die Frage, wie gerecht unser Land wirklich ist.

Wir schützen und stärken Frauen* – also Frauen und alle im Patriarchat benachteiligten Menschen, etwa Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, trans und agender Personen. Denn Ungleichheit besteht fort: Frauen verdienen in Deutschland weiterhin deutlich weniger als Männer, übernehmen häufiger unbezahlte Sorgearbeit und sind stärker von Gewalt und Bedrohungen betroffen.

Unser Ziel ist klar: Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Frauen* frei, sicher und selbstbestimmt leben können.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem Frauen* fair behandelt werden, fordern wir:

- **besseren Schutz:** Wir sichern das Beratungs- und Hilfenetz gegen geschlechtsspezifische Gewalt – einschließlich Frauenhäusern und Beratungsstellen – dauerhaft. Personell und finanziell. Damit Frauen und Kinder geschützt sind und im Notfall schnell Hilfe bekommen.
- **eine Stärkung der Prävention:** Durch eine auskömmliche und dauerhafte Finanzierung des Landesfrauenrats. Damit Gleichstellung nicht am fehlenden Geld scheitert.
- **Eine einfache Familienplanung:** Durch eine wohnortnahe und ausreichende Versorgung der Geburtshilfe geben wir werdenden Müttern Sicherheit.
- **reproduktive Selbstbestimmung:** Zudem schaffen wir flächendeckend Angebote für Schwangerschaftsabbrüche. Denn jede Frau soll selbst entscheiden, ob und wann sie Mutter werden möchte. Damit Frauen überall im Land die Versorgung bekommen, die sie brauchen.

13.1. Schutz vor Gewalt: Prävention, Hilfen und Konsequenzen

Catcalling beim Joggen, ein ungutes Gefühl im eigenen Zuhause oder abwertende Nachrichten oder sogar Deepfakes im Netz – für zu viele Frauen* ist das bittere Realität. Gewalt hat viele Formen, aber immer die gleiche Wirkung: Sie nimmt Sicherheit, Freiheit und Selbstbestimmung.

Solange Frauen* nicht sicher sind, gibt es keine Gleichberechtigung.

Das nehmen wir nicht hin! Wir sorgen dafür, dass der Schutz vor Gewalt nicht dem Zufall überlassen wird, sondern verlässlich funktioniert.

Wir stärken Beratungsstellen, Frauenhäuser und mobile Hilfsangebote und sichern ihre Finanzierung dauerhaft ab. Gleichzeitig bekämpfen wir Gewalt, bevor sie passiert: mit Prävention in Schulen, Hochschulen und Betrieben und mit besser geschultem Personal bei Polizei, Justiz und im Gesundheitswesen.

Wir fordern eine konsequente Durchsetzung bestehender Gesetze, um die Strafverfolgung im digitalen Raum nachhaltig zu stärken. Um geschlechtsspezifische Gewalt sowie politisch motivierten Straftaten und Bedrohungen im digitalen Raum effektiv zu bekämpfen, müssen Polizeien und Staatsanwaltschaften personell und technisch modern ausgestattet werden.

So schaffen wir ein Land, in dem Frauen sicher leben können.

Wir schützen Frauen* vor Gewalt durch:

- eine langfristige und auskömmliche Finanzierung und damit dauerhafte personelle und strukturelle Absicherung des Beratungs- und Hilfenetzes gegen geschlechtsspezifische Gewalt, einschließlich Frauenhäusern, Beratungsstellen, mobiler Angebote und Täter*innenarbeit im ganzen Land.
- den Ausbau zusätzlicher Personalressourcen zur langfristigen Absicherung in der Kinder- und Jugendberatung in Frauenhäusern.
- verpflichtende Fortbildungen für Polizei, Justiz und Gesundheitspersonal zu Trauma, Gewalt und geschlechtsspezifischen Verzerrungen (Bias).
- die verbindliche Einbindung qualifizierter Psycholog*innen in Verfahren zu häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie in familiengerichtliche Entscheidungen.
- Präventionskonzepte gegen sexualisierte und digitale Gewalt an Schulen, Hochschulen und am Arbeitsplatz.
- eine einheitliche Definition von Femiziden und eine systematische statistische Erfassung geschlechtsspezifischer Tötungsdelikte in Mecklenburg-Vorpommern einführen. Polizei und Staatsanwaltschaften sollen verpflichtet werden, entsprechende Fälle nach einheitlichen Kriterien zu dokumentieren und auszuwerten.

13.2. Gesundheitsversorgung und Selbstbestimmung

Viele Frauen* kennen die Problematik, mit ihren Symptomen beim Arzt nicht ernst genommen zu werden; Sich während der Schwangerschaft über die Entfernung zur nächsten Entbindungsstation und die Nachbetreuung in Wochenbett und Stillzeit Sorgen zu machen. Gleichzeitig fühlen sich viele bei einem möglichen Schwangerschaftsabbruch allein gelassen.

Das ist kein individuelles Problem. Es ist strukturelle Ungleichbehandlung.

Solange die Medizin bereits in Studium und Forschung nicht auch explizit auf Frauen* ausgerichtet ist, wird die Gesundheit von Frauen* nicht ernst genommen.

Das ändern wir. Wir sorgen dafür, dass Frauen* überall im Land gut versorgt sind – von der Geburt bis zur spezialisierten Behandlung.

Wir sichern eine wohnortnahe Geburtshilfe und stärken Hebammen, Geburtshäuser und neue Versorgungsformen. Gleichzeitig verbessern wir Angebote für Schwangerschaftsabbrüche und die medizinische Versorgung bei spezifischen Erkrankungen.

So wollen wir sicherstellen, dass Frauen* überall in unserem Land gut versorgt sind.

Für eine geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung wollen wir:

- eine wohnortnahe, ausreichende Versorgung der Geburtshilfe sowie zeitnahe Termine und Erreichbarkeit für Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen.
- die Stärkung der Geburtshilfe: d. h. hebammengeleitete Kreißsäle, den Ausbau von Geburtshäusern und mobilen Hebammenangeboten.
- ein Landeskonzept für ein flächendeckendes, qualitätsgesichertes und sektorenübergreifendes Versorgungsnetz rund um die Geburt.
- eine landesweite Endometriose-Strategie, um Versorgung, Aufklärung und Teilhabe von Menschen mit Endometriose systematisch zu verbessern.
- spezialisierte Zentren für Frauen*-spezifische Erkrankungen an den Unikliniken des Landes.
- Gendermedizin an den Landesuniversitäten fest verankern.

13.3. Care-Arbeit stärken: Entlastung, Anerkennung und faire Zugänge

Der Job, die Kinder, die Pflege von Angehörigen – und kaum Zeit zum Durchatmen. Care-Arbeit hält unsere Gesellschaft zusammen, bleibt aber oft unsichtbar und ist ungleich verteilt. Doch das ist kein Privatproblem. Care-Arbeit ist eine zentrale Aufgabe unserer Gesellschaft. Wird Care-Arbeit nicht fair verteilt und ausreichend unterstützt, gibt es keine Gleichberechtigung.

Das ändern wir. Wir sorgen dafür, dass Sorgearbeit besser organisiert, anerkannt und entlastet wird.

Wir schaffen wohnortnahe Anlaufstellen, die Familien bei Betreuung, Pflege und Unterstützung im Alltag helfen. Außerdem verbessern wir die Bedingungen: durch bessere Betreuungsschlüssel in Kitas, familienfreundlichere Arbeitsmodelle und gezielte Unterstützung für Familien in besonders belastenden Phasen.

So schaffen wir Strukturen, die entlasten – und mehr Zeit zum Durchatmen geben.

Um Care-Arbeit zu erleichtern, wollen wir:

- Einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung für Geschwisterkinder während der Mutterschutzfrist sicherstellen.
- Familienfreundliche Arbeitsmodelle im öffentlichen Dienst stärken, etwa durch flexible Arbeitszeiten und Rückkehrprogramme nach der Elternzeit, und die Landesförderung von Unternehmen an Gleichstellungsstandards knüpfen.
- Ein landesweites Modellprojekt umsetzen, das junge Eltern durch flexible Kinderbetreuung dabei unterstützt, ihre Erwerbsarbeit an ihre Lebenssituation anzupassen, und zwar so, wie sie es wollen.

13.4. Gleichstellung und Selbstbestimmung von Anfang an mitdenken und stärken

Kinder und Jugendliche brauchen verlässliche, altersgerechte Bildungsangebote, in denen sie Fragen zu Körper, Beziehungen und persönlicher Entwicklung stellen können. Noch immer hängt Aufklärung zu stark vom Elternhaus ab. Dabei ist sie eine Voraussetzung für Selbstbestimmung und ein glückliches Leben. Und sie ist ein zentraler Bestandteil von Bildung und Kinderschutz. Wer gut informiert ist, kann Grenzen erkennen, benennen und sich vor Übergriffen besser schützen.

Wir stärken altersgerechte, fachlich fundierte Aufklärung und verlässliche Strukturen in Bildung und Jugendarbeit. Dabei steht immer der Schutz, die Entwicklung und das Wohl von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt. Fachkräfte unterstützen wir gezielt, damit sie junge Menschen kompetent und verantwortungsvoll begleiten können.

So schaffen wir Wissen, das schützt.

Um Gleichstellung und Selbstbestimmung von Anfang an mitzudenken und zu stärken, wollen wir:

- eine altersgerechte Aufklärung in Kitas.
- fachlich fundierte sexualpädagogische Angebote in Schulen, Jugendarbeit und Einrichtungen für Menschen mit Behinderung entsprechend der Bildungskonzeption MV stärken.
- Kinder-Folgenabstimmung: Wir wollen die Perspektiven und Rechte von Kindern und Jugendlichen in politischen Entscheidungen systematisch berücksichtigen. Dafür wollen wir eine Kinder-Folgenabschätzung in den politischen Ressorts einführen. Zukünftig soll geprüft werden, welche Auswirkungen politische Entscheidungen auf die Lebensrealität, Entwicklungschancen und Rechte von Kindern und Jugendlichen haben.
- alle Fachkräfte durch gezielte Fortbildungen unterstützen, damit sie Kinder und Jugendliche sicher, verantwortungsvoll und schutzorientiert begleiten können.

13.5. Gleichstellung konsequent verankern

Gleiche Rechte auf dem Papier, aber ungleiche Chancen im Alltag: Frauen* sind in Führungspositionen unterrepräsentiert, verdienen weniger und stoßen immer wieder an unsichtbare Grenzen. Gleichstellung fällt nicht vom Himmel. Sie muss erkämpft werden. So lange Macht, Geld und Chancen ungleich verteilt sind, bleibt Gleichberechtigung nur ein Versprechen.

Das ändern wir. Wir verankern Gleichstellung verbindlich in allen Bereichen und machen Fortschritte messbar. Mit Instrumenten wie Gender-Budgeting im Landeshaushalt sorgen wir dafür, dass politische Entscheidungen ihre Auswirkungen auf Geschlechtergerechtigkeit systematisch berücksichtigen. Auch in Zukunftsbranchen wie der IT treiben wir Gleichstellung gezielt voran und schaffen verbindliche Rahmenbedingungen für mehr Parität und bessere Arbeitsbedingungen. Gleichzeitig stärken wir Frauen* gezielt auf ihrem Weg in Führungspositionen und sorgen für mehr Parität in öffentlichen Unternehmen.

So schaffen wir echte Chancengleichheit, die im Alltag spürbar ist.

Für konsequente Gleichstellung werden wir:

- eine umfassende Gleichstellungsstrategie für Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten und verbindlich umsetzen. Sie soll ressortübergreifend Ziele, Maßnahmen und Zuständigkeiten bündeln - von Arbeitsmarkt und Bildung über Gesundheit und Gewaltschutz bis zu politischer Teilhabe.
- auf Gender-Budgeting als verbindliches Instrument im Landeshaushalt setzen.
- Stadt- und Dorfplanung gendersensibel gestalten: mit kurzen Wegen, sicheren Übergängen, guter Beleuchtung, barrierefreier Infrastruktur und einer Planung, die unterschiedliche Lebensrealitäten mitdenkt.
- konsequent Frauen*-Führungskräfte durch gezielte Mentoring-Programme fördern.
- Führungspositionen in Landesbetrieben und Beteiligungen mindestens zur Hälfte mit Frauen* besetzen.
- paritätische Besetzung auch in landeseigenen und kommunalen IT-Unternehmen voranbringen und durch klare gesetzliche Vorgaben mit Zwischenzielen und Sanktionsmechanismen, transparente Berichterstattung sowie eine moderne, familienfreundliche Arbeitskultur absichern.
- Mädchen früh für MINT-Fächer begeistern und mit landesweiten Kampagnen sichtbare Vorbilder schaffen.

13.6. Intersektionale Antidiskriminierung

Diskriminierung hat viele Gesichter. Wer mehrfach benachteiligt wird – etwa als Frau* of Color, als Mensch mit Behinderung oder in prekären Lebenslagen – erlebt Ausgrenzung oft besonders stark. Doch diese Realität bleibt häufig unsichtbar. Wenn Diskriminierung nicht erkannt wird, kann sie nicht bekämpft werden.

Nicht mit uns! Wir machen Diskriminierung sichtbar und bekämpfen sie konsequent.

Wir bauen unabhängige Beratungs- und Unterstützungsstrukturen im ganzen Land aus und sichern ihre Finanzierung langfristig ab. Gleichzeitig sorgen wir für eine bessere Datengrundlage, um Diskriminierung gezielt anzugehen.

So schaffen wir eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Chancen haben.

Für konsequente intersektionale Antidiskriminierung wollen wir:

- eine systematische Datenerfassung, um Diskriminierung sichtbar zu machen und wirksam zu bekämpfen.
- unabhängige Antidiskriminierungsberatungsstellen im ganzen Bundesland nicht nur erhalten, sondern ausbauen und langfristig durch das Land finanzieren.
- zielgerichtete Unterstützungsangebote für Frauen* of Color, Frauen* mit Behinderung und Menschen in prekären Lebenslagen.

13.7. Flucht & Migration: Schutz für geflüchtete Frauen*

Flucht bedeutet für viele Frauen* mehr als ihre Heimat zu verlassen. Sie geht einher mit Gefahr, fehlender Privatsphäre und mangelndem Schutz. Wenn geflüchtete Frauen* nicht sicher sind, bleibt das Recht auf Schutz ein Versprechen.

Das ändern wir. Wir sorgen dafür, dass Schutz auch im Alltag ankommt.

Wir schaffen sichere Unterkünfte mit geschützten Rückzugsräumen und ausreichend Privatsphäre. Gleichzeitig stellen wir sicher, dass Personal entsprechend geschult ist und Betroffene Zugang zu spezialisierter Beratung und rechtlicher Unterstützung erhalten. Im Aufenthaltsrecht werden wir die Istanbul-Konvention konsequent umsetzen.

So schaffen wir Bedingungen, in denen Schutz nicht nur versprochen, sondern tatsächlich gewährleistet wird.

Um geflüchtete Frauen* besser zu schützen, wollen wir:

- geschützte Einrichtungen und Rückzugsmöglichkeiten für besonders schutzbedürftige alleinreisende Frauen* und gefährdete Minderheiten.
- Sprach- und Integrationskurse mit verlässlicher Kinderbetreuung ausbauen sowie Bildungsangebote stärken, die FLINTA*-spezifische Bedarfe berücksichtigen.
- getrennte Schutzräume und Frauen*-sensibel geschultes Personal in Erstaufnahmeeinrichtungen und kommunalen Gemeinschaftsunterkünften.
- spezialisierte Beratung, Unterstützung und rechtliche Begleitung für Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden.

13.8. Queerfeminismus

Queere Menschen sind ein Teil Mecklenburg-Vorpommerns. Sie gehören zu unserem Alltag, in Schulen, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Leben. Doch viele erleben noch immer Ausgrenzung, Unsicherheit und fehlende Unterstützung. Wenn Menschen nicht sie selbst sein können, ist unsere Gesellschaft nicht frei.

Das ändern wir. Wir stärken queeres Leben und setzen uns für echte Gleichberechtigung und die Überwindung patriarchaler Strukturen ein.

Wir bauen Beratungs- und Unterstützungsangebote langfristig aus und sorgen dafür, dass sie auch im ländlichen Raum erreichbar sind. Gleichzeitig machen wir queere Lebensrealitäten sichtbarer und verankern sie in Bildung, Ausbildung und öffentlichem Leben. Fachkräfte werden gezielt geschult, um Diskriminierung entgegenzuwirken und Vielfalt aktiv zu unterstützen.

So schaffen wir ein Land, in dem alle Menschen frei und selbstbestimmt leben können.

Um Queerfeminismus zu fördern:

- schaffen wir längere Förderzeiten für Beratungsangebote und Hilfestellen im gesamten Bundesland mit jährlichen Inflationsangleichungen der Mittel. Dies soll alle bereits existierenden Projekte im Bereich Gesundheit, Leben, Aufklärung und psychologischer Unterstützung beinhalten.
- müssen TINA* (trans*, inter, nicht-binäre, agender) Menschen in allen Formen an der Gesellschaft teilnehmen können. Insbesondere im Bereich Gesundheit, Sicherheit, Sichtbarkeit, in der Schule und im Sport verpflichten wir uns, ihnen Verbündete zu sein.
- führen wir verpflichtende Weiterbildungen für Pädagog*innen, Sozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen und für Polizist*innen ein, um Mehrfachdiskriminierung von queeren Personen zu verhindern.

14. Vielfalt:

Wir denken

an alle



Der Postbote an der Tür, die Bedienung am Imbissstand, die Fachärztin in der Notaufnahme, der Stürmer bei Hansa Rostock: Hier leben Menschen verschiedenster Herkunft, Lebensentwürfe und Fähigkeiten Tür an Tür. Sie alle bringen ganz unterschiedliche Ideen, Erfahrungen, Traditionen und Geschichten mit, die unser Leben bereichern.

Doch nicht alle können frei und sicher leben.

Wenn Menschen wegen ihres Geschlechts, ihrer Religion, einer Behinderung oder weil sie queer sind, bedroht, diskriminiert oder ausgegrenzt werden, dann schwächt das nicht nur sie. Es zermürt unser Zusammenleben und begrenzt unsere Gesellschaft. Niemand in MV darf Angst haben, er oder sie selbst zu sein.

Wir sorgen dafür, dass unsere Vielfalt geschützt wird. Wir wollen allen Menschen hier die gleichen Chancen bieten – denn so verstehen wir Teilhabe. Wir achten darauf, dass niemand zurückgelassen wird und Barrieren abgebaut werden – sowohl physische als auch rechtliche. Wir helfen mit, eine vielfältige Gesellschaft zu gestalten – gemeinsam mit euch allen.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle sicher sind, fordern wir:

- **ein starkes Hilfenetz:** Wir bauen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Opfer von Gewalt und Hassverbrechen. Mit zusätzlichen finanziellen Mitteln stellen wir mehr Anlaufstellen und mehr Personal bereit. Damit Betroffene schnell Hilfe bekommen und nicht allein bleiben.
- **eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle:** Wir schaffen eine zentrale Stelle nach Landesgesetz, die Diskriminierung bekämpft und die Beauftragten für jüdisches Leben, Antisemitismus und Integration einbezieht. Damit alle Menschen fair behandelt werden, egal wer sie sind oder woher sie kommen.
- **echte Inklusion von Menschen mit Behinderung:** Wir setzen das Landesbehinderten-gleichstellungsgesetz konsequent um, benennen eine Landesbeauftragte für Inklusion und arbeiten mit Kommunen an barrierefreien Städten und Gemeinden. Damit Barrieren verschwinden, im Alltag, im Kopf und in unseren Städten.

14.1. Hass keinen Raum lassen

Hass, Hetze und Gewalt haben in Mecklenburg-Vorpommern keinen Platz. Trotzdem besteht der Alltag vieler unserer Mitmenschen aus Anfeindungen, Bedrohungen oder Diskriminierung – online wie offline. Oft trifft es ausgerechnet diejenigen, die ohnehin besonders verletzlich sind.

Wenn Menschen Angst haben müssen „sie selbst zu sein“, ist unser Zusammenhalt in Gefahr.

Das nehmen wir nicht hin! Wir schützen deshalb Betroffene und stellen uns denen entgegen, die spalten. Wir schöpfen die zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mittel aus, um gegen eine weitere Ausbreitung und die fortschreitende Radikalisierung der rechtsextremen Szene vorzugehen.

Wir bauen Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene von Gewalt und Diskriminierung konsequent aus und sichern ihre Finanzierung dauerhaft ab. Gleichzeitig stärken wir Demokratiebildung, von der Schule bis in Ausbildung und Beruf. Mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz sichern wir die bestehenden und durch Land und Bund geförderten Beratungsstellen rechtlich und dauerhaft finanziell ab und setzen einen Landesrahmen für Diskriminierungstatbestände und machen diese damit beklagbar.

Für eine Gesellschaft ohne Hass und ohne Hetze werden wir:

- die Sicherheitsbehörden befähigen, rechtsextreme Netzwerke und Strukturen schneller zu erkennen, sie umfassend zu analysieren und konsequent aufzulösen.
- die Beratungs- und Unterstützungsangebote für Opfer von Bedrohungen und Angriffen weiter ausbauen und das Beratungs- und Hilfenetz für Opfer sexueller und häuslicher Gewalt auskömmlich finanzieren.
- die Landeszentrale für politische Bildung auf eine gesetzliche Grundlage stellen sowie die Regionalzentren für Demokratie stärken und Demokratiebildung in pädagogischen Ausbildungen fest verankern.
- mit einem Landes-Antidiskriminierungsgesetz die bestehenden Beratungsstellen rechtlich und finanziell dauerhaft absichern sowie einen Landesrahmen für Diskriminierungstatbestände setzen und damit diese beklagbar machen. Die Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus sowie die Integrationsbeauftragten des Landes bei einer koordinierenden Anti-Diskriminierungsstelle verorten.

14.2. Integration

Integration ist kein Selbstläufer. Sie braucht Geduld, Unterstützung und Orte, an denen Menschen sich begegnen. Leider fehlt es oft genau daran: an verlässlicher Finanzierung, an Sprachangeboten und an Strukturen, die Teilhabe ermöglichen. Das Land verschärft die Lage mit den Kürzungen sehr und schafft Unsicherheit und nachhaltigen Schaden bei Betroffenen, Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen. Das werden wir wieder ändern.

Wenn Integration nicht gelingt, entstehen Parallelwelten statt Zusammenhalt.

Das lassen wir nicht zu. Wir schaffen die Voraussetzungen für eine Kultur des Miteinanders.

Wir sichern die Integrationsarbeit im Land dauerhaft und verlässlich ab – von Sprachkursen über psychosoziale Angebote bis hin zu migrantischen Selbstorganisationen. Gleichzeitig stärken wir Begegnungsorte und Beteiligungsmöglichkeiten, damit Menschen sich einbringen und mitgestalten können.

Mit einer verbindlichen Integrationspolitik sorgen wir dafür, dass Integration nicht dem Zufall überlassen bleibt, sondern aktiv gestaltet wird. Die öffentliche Verwaltung soll die Vielfalt einer modernen Gesellschaft widerspiegeln. Wir werden dazu die Landesverwaltung interkulturell öffnen. Organisationsstrukturen und Verwaltungsabläufe sollen so gestaltet werden, dass die angebotenen Verwaltungsleistungen für alle Einwohner*innen unabhängig von ihrer Herkunft zugänglich sind.

Für eine gelingende Integration werden wir:

- Integrationsarbeit verlässlich finanzieren. Zusätzlich zu staatlichen Organisationen und ergänzenden Sprachkursen auch jene der migrantischen Selbstorganisationen, von Dolmetscherpools, psychosoziale Zentren sowie sonstigen Integrationsakteur*innen in die Finanzierung einschließen.
- Integrationspolitik verbindlich weiterentwickeln, ausreichend finanzieren und wirksam umsetzen – durch eine Überarbeitung des Integrations- und Teilhabe-gesetzes und den Beschluss eines Antidiskriminierungsgesetzes, das einen Ausbau von Antidiskriminierungsstrukturen, die Stärkung von Teilhabe und Mitbestimmung von Migrant*innen sowie die Sicherung und Aufstockung von Mitteln für Integrationsarbeit und zivilgesellschaftliche Begegnungsorten umfasst.

14.3. Flucht und Asyl

Flucht und Asyl sind Fragen von Menschlichkeit. Es geht darum, wie wir Menschen begegnen, die Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen und oft alles hinter sich lassen mussten.

Die Realität ist jedoch oft geprägt von bürokratischen Hürden, unsicheren Perspektiven und Unterkünften, die eher abschrecken als willkommen heißen. Das hat mit einem würdevollen Umgang wenig zu tun.

Wenn Geflüchtete wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden, ist das mit unserer Vorstellung von Menschenwürde nicht vereinbar.

Wir ändern das. Wir gestalten Asylpolitik menschlich, verlässlich und gerecht.

Wir schaffen die Bezahlkarte ab und ermöglichen allen Geflüchteten einen selbstbestimmten Alltag. Gleichzeitig stärken wir faire Verfahren durch unabhängige Beratung und transparente Entscheidungen.

Auch bei der Unterbringung setzen wir auf einen Neuanfang: weniger Sammelunterkünfte, mehr dezentrales Wohnen, bessere Unterstützung für besonders Schutzbedürftige und verbindlicher Gewaltschutz. Wir werden die UN-Kinderrechts- und die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent auch für Geflüchtete umsetzen.

So schaffen wir Bedingungen, unter denen Menschen ankommen können und nicht nur verwaltet werden.

Für eine humane Asylpolitik werden wir:

- die Bezahlkarte abschaffen und allen Geflüchteten stattdessen den Zugang zu einem eigenen Konto inklusive Debitkarte ohne Limits für Auszahlung und Abhebung von Bargeld oder regionalen Einschränkungen ermöglichen.
- die Asylpolitik human, rechtsstaatlich und unabhängig gestalten, durch eine eigenständige Härtefallkommission, flächendeckende behördenunabhängige Beratung und den konsequenten Schutz der Menschenwürde; Abschiebungen aus Schutzräumen wie Schulen, Krankenhäusern, Kirchen sowie solche, die Familien auseinanderreißen, lehnen wir ab.
- Abschiebungen von Geflüchteten in Gebiete, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit wegen ihrer Religion, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, politischen Überzeugungen, Geschlechtsidentität, oder sexuellen Identität bedroht sind, lehnen wir gemäß der Genfer Konvention ab. Auf Landesebene setzen wir uns daher für einen konsequenten Abschiebestopp von Afghan*innen, Iraner*innen und Jesid*innen ein.
- die Unterbringung von Geflüchteten menschenwürdig reformieren, indem wir Gemeinschaftsunterkünfte reduzieren, dezentrales Wohnen stärken, besonders Schutzbedürftige gezielt unterstützen, verbindlichen Gewaltschutz einführen und gewährleisten, gesetzliche Standards der Unterbringung und der Betreuung verbessern sowie Geflüchtete und zivilgesellschaftliche Organisationen stärker einbinden und fördern.

14.4. Inklusion leben

Eine inklusive Gesellschaft erkennt man nicht an großen Worten, sondern daran, ob alle Menschen selbstverständlich am Alltag teilhaben können. Doch für viele Menschen mit Behinderungen ist genau das noch immer nicht der Fall. Barrieren im öffentlichen Raum, komplizierte Verfahren und fehlende Unterstützung stehen einem selbstbestimmten Leben im Weg.

Wenn Teilhabe vom Zufall abhängt, ist sie keine echte Teilhabe.

Das ändern wir. Wir machen Inklusion zum Maßstab politischen Handelns.

Durch die Gründung eines „Landeskompetenzzentrums Bedarfsermittlung“ schaffen wir klare und einheitliche Standards für die Eingliederungshilfe und sorgen dafür, dass Menschen mit Behinderungen überall im Land die gleichen Chancen haben. Darüber hinaus stärken wir ihre Rechte, indem wir die bestehenden Strukturen personell ausreichend finanzieren und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention konsequent vorantreiben.

Auch im Alltag bauen wir Barrieren ab: durch mehr Verständlichkeit in Behörden, Angebote in Leichter Sprache und mehr Sichtbarkeit – etwa durch Gebärdensprachdolmetsch*innen bei Landtagssitzungen.

So wird aus dem Anspruch auf Teilhabe gelebte Realität.

Für eine barrierefreie Gesellschaft werden wir:

- ein „Landeskompetenzzentrum Bedarfsermittlung“ samt Beirat gründen, das die Schaffung einheitlicher Standards für die kommunale Eingliederungshilfe und gleiche Teilhabe für alle Menschen mit Behinderungen sicherstellt.
- für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes werden wir die Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten für MV schaffen und gemeinsam mit den Kommunen auf inklusive Städte hinarbeiten.
- Landtagssitzungen in Gebärdensprache dolmetschen und für den Umgang mit Behörden Hilfestellungen in leichter Sprache anbieten.

15. Kultur:

**Wir lassen Kultur
überall aufblühen**

Kultur? Überall!

Beim Kleinen Fest im großen Park ist Ludwigslust erfüllt von Musik, Farben, Freude und Menschen, die sich begegnen. In Greifswald schafft das Kulturzentrum STRAZE Raum für verschiedene Kulturformen für einen breiten Teil der Gesellschaft. Im Warener Müritzeum kann man hautnah die heimische Flora und Fauna erleben. All diese Orte, Feste und Momente verbinden uns und machen unser Leben reicher.

Doch diese Vielfalt ist bedroht.

Wenn Künstlerhäuser um ihre Finanzierung bangen, Proberäume für Bands fehlen, kleine Theater geschlossen werden und Kinos und Musikschulen ums Überleben kämpfen, verlieren Menschen nicht nur Inspiration, sondern Zugänge zu Bildung und Begegnung. Dann werden ganze Regionen ärmer an Ideen, Identität und Gemeinschaft.

Für uns ist Kultur kein Luxus, sondern das, was unser Land und Leben lebendig macht. Sie lässt Orte aufblühen, bringt Menschen zusammen und gibt Ideen eine Bühne. Wir kämpfen für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem Kreativität sichtbar ist, Vielfalt hörbar wird und jede Region Zugang zu Kunst und Kultur hat. Das gibt Halt, neue Impulse und schafft Lebensqualität für alle Generationen.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem Kunst und Kultur leben, fordern wir:

- **Kultur als Pflichtaufgabe:** Wir wollen die Ziele aus den kulturpolitischen Leitlinien des Landes auch gesetzlich verankern und so unsere Kulturräume und ihre Vielfalt langfristig und verbindlich absichern. Damit Kulturangebote überall im Land erhalten bleiben, nicht nur in den Städten.
- **mehr Geld für Festivals, Konzerte und Ausstellungen:** Wir wollen eine lebendige Kulturszene und mehr kulturellen Austausch. Durch eine bessere Landesförderung unterstützen wir Künstler*innen und Kulturschaffende. Damit Kunst und Kultur sichtbar bleiben und die Menschen von ihrer Arbeit auch leben können.
- **Kulturorte sind abzusichern:** Kulturelle Bildungs- und Begegnungsorte erhalten wir – und öffnen sie. Kinos, Bibliotheken, Musik- und Kunstschulen, Kunstvereine sowie soziokulturelle Einrichtungen müssen insbesondere in den ländlichen Regionen gesichert werden – als kulturelle Grundversorgung, aber auch als Treffpunkte und Orte des Austauschs. Damit Orte der Begegnung erhalten bleiben und nicht verschwinden.

15.1. Kultur als Pflichtaufgabe

Ob Theater, Festival, Musikschule oder soziokulturelles Zentrum: Kultur entsteht nicht von selbst. Sie braucht Orte, Menschen und vor allem Verlässlichkeit. Gerade im ländlichen Raum sind kulturelle Angebote oft das, was Regionen lebendig macht.

Doch genau diese Verlässlichkeit fehlt vielerorts. Einrichtungen hangeln sich von Förderbescheid zu Förderbescheid und langfristige Planung wird fast unmöglich.

Wenn Kultur dauerhaft auf Kante genäht ist, verschwinden nicht nur einzelne Angebote. Dann verliert das Land Orte der Begegnung, der Kreativität und des Zusammenhalts.

Nicht mit uns. Wir wollen Kultur in Mecklenburg-Vorpommern verlässlich absichern und als öffentliche Aufgabe ernst nehmen.

Dafür verankern wir Kultur als Pflichtaufgabe und sichern eine stabile Grundversorgung in allen Regionen.

Fördermittel müssen sich schneller an steigende Kosten anpassen und über längere Zeiträume Planungssicherheit geben. Gleichzeitig erhalten und stärken wir Förderangebote, die kulturelle Vielfalt möglich machen. So sichern wir kulturelle Ausstrahlung, Qualität und gute Arbeitsbedingungen auch über die großen Zentren hinaus.

Damit unsere Kultur die Unterstützung erhält, die sie braucht, werden wir:

- auf Basis der kulturpolitischen Leitlinien gemeinsam mit Kulturschaffenden ein Kulturgesetz entwickeln, das für verlässliche Förderung, starke Regionen und einen Ausgleich steigender Kosten sorgt.
- eine institutionelle Förderung der soziokulturellen Begegnungs- und Bildungsorte auflegen, damit sie erhalten bleiben und unabhängig und frei wirken können. Dafür braucht es auch einen Eigenmittel- und Liquiditätsfonds zur Unterstützung der Einwerbung von Fördermitteln.
- spartenübergreifende Veranstaltungen (wie zum Beispiel Konzerte, Festivals, Workshops, kulturelle Bildung, Netzwerkveranstaltungen) durch Förderung von Personalstellen unterstützen.

15.2. Lebendige Kulturszene

Viele Menschen machen Kultur möglich, ohne selbst je auf der sicheren Seite zu stehen. Sie organisieren Workshops, stehen auf Bühnen, halten Begegnungsorte am Laufen und bringen Leben in Städte und Dörfer. Doch gerade die, die unsere Kulturszene tragen, arbeiten oft unter Bedingungen, die auf Dauer nicht tragen.

Wenn Honorare die Kosten nicht decken, soziale Absicherung fehlt und Kulturorte immer wieder um ihre Finanzierung kämpfen müssen, wird kulturelle Vielfalt schnell fragil. Dann geht nicht nur Kunst verloren, sondern auch Raum für Begegnung, Bildung und gemeinsames Erleben.

Das lassen wir nicht zu! Wir wollen eine Kulturszene, die frei, lebendig und verlässlich arbeiten kann.

Um Scheinselbstständigkeit nach dem Herrenberg-Urteil zu vermeiden, beenden wir prekäre Beschäftigungsverhältnisse und unterstützen die Musik- und Kunstschulen kurzfristig mit Landeszuschüssen zur Abdeckung der steigenden Sozialversicherungskosten und Mobilitätspauschalen.

Kulturelle Begegnungsorte müssen bei der Stadtplanung und -entwicklung von Anfang an mitgedacht werden.

So schaffen wir eine Umgebung, in der sich Kulturschaffende frei entfalten können, ohne um ihre Existenz bangen zu müssen.

Damit unsere Kulturszene lebendig bleibt, fordern wir:

- dass durch Landeszuschüsse die Musik- und Kunstschulen unterstützt werden, um besonders nach dem Herrenberg-Urteil, die Sozialversicherungsmehrkosten und Mobilitätspauschalen ihrer angestellten Lehrkräfte finanzieren zu können.
- einen verbindlichen Leitfaden unter Einbeziehung der Träger und Verbände, der festlegt, wie echte Selbstständigkeit aussieht, Honorarverträge formuliert und organisatorische Punkte freiberuflich gestaltet sein müssen.
- bei Stadtentwicklungsplanungen schon multikulturelle, interdisziplinäre Begegnungsorte mitzudenken, wie z. B. beim Neubau einer Schule oder eines Schulcampus.

15.3. Kultureinrichtungen

Bibliotheken, Theater und Kulturhäuser sind mehr als nur Gebäude. Sie sind Orte, an denen Menschen zusammenkommen, Geschichten entdecken und Kultur gemeinsam erleben. Gerade für Kinder und Jugendliche sind sie oft der erste Zugang zu Kunst und Teilhabe.

Doch viele dieser Orte stehen unter Druck. Steigende Kosten und unsichere Finanzierung gefährden genau die Einrichtungen, die unser Land kulturell zusammenhalten.

Wenn Kultureinrichtungen verschwinden, verlieren wir Orte der Begegnung, der Bildung und des gemeinsamen Erlebens.

Das ändern wir. Wir wollen Kultureinrichtungen erhalten und so stärken, dass sie auch in Zukunft verlässlich für die Menschen da sind. In öffentlich geförderten Häusern müssen faire Arbeitsbedingungen - Mitbestimmung und Vereinbarkeit von Beruf und privatem Leben - gesichert sein.

Dafür entwickeln wir Bibliotheken zu offenen Orten der Begegnung weiter, mit besseren Zeiten, neuen Angeboten und engerer Zusammenarbeit mit Schulen und Kultureinrichtungen. Den Theaterpakt schreiben wir fort und passen ihn so an, dass Inflation und Tarifsteigerungen wirklich ausgeglichen werden und faire Arbeitsbedingungen gesichert sind. Die Deutsche Tanzkompanie Neustrelitz und die Vorpommersche Landesbühne Anklam wollen wir dabei aufnehmen. Und mit einem Kulturmobil bringen wir Kultur auch dorthin, wo Wege weit und Angebote rar sind.

Um unsere Kultureinrichtungen zu erhalten, werden wir:

- Bibliotheken als Kultur- und Begegnungsorte insbesondere für Kinder und Jugendliche stärken und länger öffnen. Wir unterstützen Bibliotheken überall dabei, ihr Dienstleistungsangebot um interaktive und soziokulturelle Angebote zur Förderung der Lese- und Medienkompetenz sowie der kulturellen Bildung zu erweitern.
- den Theaterpakt fortschreiben und updaten. Darin wird über eine echte Dynamisierung die Förderung an Inflation und Tarifsteigerungen angepasst, um den Häusern und den Künstler*innen und Angestellten Perspektiven und Planungssicherheit zu geben.
- die Deutsche Tanzkompanie Neustrelitz und die Vorpommersche Landesbühne Anklam in den Theaterpakt aufnehmen.
- als Pilotprojekt ein Kulturmobil für den ländlichen Raum auf die Straße bringen. Aufsuchende Kulturarbeit wollen wir durch gezielte Förderung verwirklichen.

15.4. Kulturwirtschaft

Clubs, Festivals, Games, Filmprojekte: Kultur ist auch Arbeit, Wertschöpfung und ein Teil der kreativen Identität unseres Landes.

Doch viele Bereiche der Kulturwirtschaft arbeiten unter unsicheren Bedingungen. Förderstrukturen sind lückenhaft und wichtige Akteure kämpfen eher ums Überleben als um neue Ideen.

Wenn kreative Arbeit keine verlässlichen Bedingungen hat, verliert Mecklenburg-Vorpommern nicht nur wirtschaftliche Chancen. Dann verliert das Land auch Anziehungskraft, Innovation und kulturelle Vielfalt.

Das ändern wir. Wir wollen die Kulturwirtschaft im Land gezielt stärken und besser sichtbar machen.

Dafür setzen wir ein eigenes Förderprogramm für Games auf, stärken Festivals und Clubs verlässlich in ihrer Arbeit und stellen FILMLAND MV neu auf. Gleichzeitig modernisieren wir das Kulturportal des Landes, damit die Vielfalt der Kulturakteur*innen und Kulturangebote in Mecklenburg-Vorpommern endlich sichtbar wird.

Um die Kulturwirtschaft zu fördern, werden wir:

- ein Finanzierungsprogramm in Höhe von 1 Mio. Euro zur Förderung von Spielentwicklung, Qualifizierungsmaßnahmen und Netzwerkaufbau aufsetzen, inkl. Games-Beauftragte*n als zentrale Ansprechperson und Koordinator*in für Netzwerkarbeit.
- kulturelle Festivals und Clubs im Land aktiv stärken durch eine Verbesserung und Verstetigung der landesseitigen Förderung, insbesondere von Personalkosten.
- eine tragfähige Neuaufstellung der FILMLAND MV gGmbH in die Wege leiten.
- das Kulturportal www.kultur-mv.de modernisieren, um die Vielfalt der Kulturakteur*innen und -angebote MVs sichtbar zu machen.

15.5. Denkmalpflege

Alte Gutshäuser, Backsteinkirchen, Speicher oder historische Ortskerne prägen unser Land. Sie erzählen die Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns und geben vielen Orten ihr Gesicht. Denkmäler sind deshalb nicht nur Zeugnisse der Vergangenheit, sondern Teil unserer gemeinsamen Identität.

Doch viele dieser Gebäude und Orte sind gefährdet. Sanierung ist oft teuer, die weitere Nutzung unklar und Unterstützung gerade für Kommunen oder private Eigentümer*innen schwer zugänglich.

Wenn Denkmäler verfallen, verlieren wir mehr als alte Mauern. Dann verschwinden Geschichte, Identität und ein Stück Heimat.

Das ändern wir. Wir wollen unsere Denkmäler erhalten, besser erschließen und ihre Nutzung langfristig sichern.

Dafür entwickeln wir eine umfassende Denkmalstrategie, die auch unsere Industriegeschichte mitdenkt und wissenschaftlich begleitet wird und Pflege, tragfähige Konzepte und Nutzung sowie digitale und museale Zugänge zusammendenkt. Und wir erleichtern es Bauherr*innen und Kommunen, ortsbildende Gebäude zu erhalten und zu sanieren, auch durch bessere Unterstützung.

Für unsere Denkmäler werden wir:

- eine umfassende, wissenschaftlich begleitete und personell sowie finanziell untersetzte Denkmalstrategie des Landes entwickeln. Geschichtsträchtige Orte sollen durch Pflege- und Nutzungskonzepte, aber auch digitale und museale Angebote für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- es Bauherr*innen, insbesondere auch Kommunen, erleichtern, ortsbildende Gebäude zu erhalten und zu sanieren und sie dabei (auch finanziell) unterstützen, z. B. durch schnelle Entscheidungen.
- den Reaktorblock 6 des ehemaligen Kernkraftwerkes Lubmin erhalten, damit künftige Generationen sich über die Technik und Geschichte der Kernenergienutzung in der DDR informieren können.

**“
Wir wollen unsere Denkmäler erhalten,
besser erschließen und ihre
Nutzung langfristig sichern.**

16. Finanzen:

**Wir machen Geld
zum Werkzeug,
nicht zum Hindernis**



Investieren? Klug!

Gingst bekommt eine neue Regionalschule, die den Kindern auf Rügen mehr Platz und neue Möglichkeiten bietet. In Neubrandenburg wird die kaputte Oberbachbrücke saniert, damit alle wieder sicher über die Bundesstraße 104 kommen. In Neubukow wird ein neuer Jugendtreff eröffnet, der den Kindern und Jugendlichen der Region eine neue Perspektive bietet. Es gibt die kleinen und großen Investitionen in jedem Dorf, in jeder Stadt Mecklenburg-Vorpommerns. Sie stärken das Miteinander und machen das Leben der Menschen spürbar besser.

Gleichzeitig sind die Spielräume im Landeshaushalt begrenzt. Umso wichtiger ist es, klare Prioritäten zu setzen und gezielt in die Zukunft zu investieren, statt nur kurzfristig Lücken zu schließen. Dazu gehört auch, Bundesmittel konsequent für unsere Städte und Gemeinden abzurufen und wirksam einzusetzen.

Wenn Fördermittel in komplizierten Programmen gebunden sind, Entscheidungen zu lange dauern oder Steuerbetrug die Gemeinschaft belastet, dann wird Fortschritt ausgebremst. Dabei stehen wir vor großen Aufgaben: Investitionen in Bildung, Infrastruktur, Klimaschutz und eine leistungsfähige Verwaltung sind entscheidend für die Zukunft unseres Landes.

Gute Finanzpolitik sorgt dafür, dass unser Land handlungsfähig bleibt. Sie stellt sicher, dass Schulen funktionieren, Busse fahren und die gesundheitliche Versorgung erreichbar ist. Dafür braucht es klare Strukturen, verlässliche Prozesse und einen effizienten Einsatz öffentlicher Mittel.

Mit uns werden Finanzen klar, wirksam und gerecht. Gelder sollen dort ankommen, wo sie gebraucht werden – zuverlässig, transparent und ohne unnötige Hürden. Gleichzeitig stärken wir Aufsicht und Transparenz, um Missbrauch und Ungerechtigkeit wirksam zu verhindern.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, in dem Finanzpolitik hilft statt blockiert, fordern wir:

- **mehr Gelder für die Kommunen:** Mittel des Bundes wollen wir direkt an die Kommunen weiterreichen. So machen wir Schluss mit komplizierten Landesförderprogrammen und endlosen Antragsverfahren. Damit das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird.
- **mehr Kampf gegen Finanzkriminalität:** Steuergerechtigkeit gibt es nur, wenn alle ihren Beitrag zahlen. Wir setzen daher auf gut ausgestattete Finanzämter, Steuerfahnder und Staatsanwaltschaften, um Steuerbetrug und Finanzkriminalität nachhaltig zu bekämpfen. Damit Betrug sich nicht lohnt und die Gemeinschaft nicht die Kosten dafür tragen muss.
- **unser Eigentum zu sichern:** Wir lehnen den Verkauf landeseigener Grundstücke ab und setzen stattdessen auf Erbbaurecht – so sichern wir langfristig planbare Einnahmen und eine nachhaltige Nutzung der Flächen. Damit unser Land langfristig handlungsfähig bleibt.

16.1. Nachhaltig und transparent investieren

Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz sind Investitionen in die Zukunft. Unser Land muss heute so investieren, dass wir morgen etwas davon haben. Öffentliche Mittel sollen nicht Löcher stopfen, sondern Mecklenburg-Vorpommern stärker machen.

Doch zu oft fehlt eine klare Linie dafür, wie Geld eingesetzt wird und wem es am Ende nutzt. Wenn Investitionen nicht nachhaltig geplant werden und nicht transparent ist, wie öffentliche Mittel eingesetzt werden, verfehlt Geld seine Wirkung.

Wird Geld heute falsch eingesetzt, fehlt es morgen für das, was unser Land in die Zukunft trägt.

Das ändern wir. Wir wollen öffentliche Investitionen ermöglichen, nachhaltig ausrichten und für die Menschen besser nachvollziehbar machen.

Dafür nutzen wir neue finanzielle Spielräume gezielt für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Verkehr, Umwelt- und Klimaschutz statt für laufende Ausgaben. Für Investitionen aus Sondervermögen führen wir ein Nachhaltigkeitscontrolling ein und setzen auch bei den Landesfinanzen auf nachhaltige Anlagestrategien. Gleichzeitig bauen wir die Berichterstattung zur Mittelverwendung aus und sichern das Eigentum des Landes, statt öffentliche Flächen kurzfristig zu verkaufen.

Für nachhaltige Investitionen werden wir:

- die durch Änderungen an der Schuldenbremse gewonnenen Möglichkeiten für nachhaltige Zukunftsinvestitionen nutzen. Für Bildung, Verkehr, Umwelt- und Klimaschutz. Kredite zur Finanzierung von laufenden konsumtiven Einmalausgaben lehnen wir ab.
- für die aus dem Sondervermögen der Bundesregierung finanzierten Investitionen ein Nachhaltigkeitscontrolling einführen.
- auf nachhaltige Anlagestrategien der Landesfinanzen setzen, zum Beispiel beim Versorgungsfonds.
- die unterjährige Berichterstattung zur Mittelverwendung im Landeshaushalt ausbauen, sowohl für den Landtag als auch für die Öffentlichkeit.
- das Eigentum des Landes sichern. Einen Verkauf landeseigener Grundstücke lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir auf Erbbaurecht, um langfristig planbare Einnahmen und eine nachhaltige Nutzung der Flächen zu gewährleisten.

16.2. Steuergerechtigkeit sicherstellen

Steuern finanzieren Schulen, Straßen und Kitas. Deshalb kommt es darauf an, dass alle ihren fairen Beitrag leisten und sich niemand aus der Verantwortung stiehlt.

Doch genau das passiert viel zu oft. Steuerhinterziehung und Geldwäsche schaden nicht nur dem Staat. Sie sind unfair gegenüber allen, die ihren Beitrag ehrlich leisten. Darüber hinaus entziehen sie dem Gemeinwesen Geld, das an anderer Stelle dringend benötigt wird.

Wenn sich einige aus der Verantwortung ziehen, müssen am Ende alle anderen dafür zahlen.

Nicht mit uns. Wir wollen Steuerhinterziehung und Geldwäsche konsequenter bekämpfen und unsere Behörden dafür besser aufstellen.

Dafür stärken wir Steuerverwaltung, Ermittlungsbehörden und Justiz mit guter Bezahlung, gezielter Nachwuchsförderung und moderner digitaler Ausstattung. Zugleich bauen wir die Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns mit den Finanzbehörden anderer Länder und dem Bund aus, um Geldwäsche und Steuerbetrug wirksamer zu bekämpfen.

Wir stellen Steuergerechtigkeit sicher, indem wir:

- durch gute Bezahlung, gezielte Nachwuchsförderung und moderne digitale Ausstattung die Steuerverwaltung, Ermittlungsbehörden und die Justiz stärken, um Steuerhinterziehung zu bekämpfen.
- die Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommerns mit den Finanzbehörden anderer Bundesländer sowie dem Bund stärken, z. B. mit der „Financial Intelligence Unit“ (FIU), um Geldwäsche aufzuklären.

**“
Wir wollen Steuerhinterziehung und
Geldwäsche konsequenter bekämpfen.**

16.3. Kommunen handlungsfähig ausstatten

Ob Busverbindung, Schwimmbad, Jugendclub oder kaputte Straße: Vieles, was unseren Alltag prägt, hängt an handlungsfähigen Kommunen, denn vor Ort entscheidet sich, ob Politik funktioniert. Städte und Kommunen müssen gestalten, nicht nur verwalten. Doch genau daran fehlt es oft. Zu viele Mittel sind an komplizierte Programme geknüpft, Anträge kosten Zeit und Kraft, und neue Aufgaben werden übertragen, ohne sie ausreichend zu finanzieren. Wenn Kommunen ständig auf Lücke fahren, bröckelt das, was das Leben der Menschen zusammenhält.

Das ändern wir. Wir wollen Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben dauerhaft, verlässlich erfüllen und wieder mehr gestalten können.

Dafür stärken wir die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen durch mehr direkte Zuweisungen statt immer neuer Förderprogramme. Und wir sorgen endlich dafür, dass zwischen Land und Kommunen gilt: Wer bestellt, muss auch bezahlen.

Bei der Lösung der Klimakrise spielen Landkreise, Städte und Gemeinden eine Schlüsselrolle. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Kommunen einen Klimapakt für Mecklenburg-Vorpommern schließen. Kommunen, die sich auf den Weg zur Energiewende machen, unterstützen wir mit Beratung, verlässlicher Förderung und konkretem Fachwissen.

Damit gute Projekte nicht am fehlenden Startkapital scheitern, richten wir einen Klimafonds ein. Kommunen sollen daraus bis zu 300.000 Euro für Machbarkeitsstudien, Wärmeplanung oder Effizienzmaßnahmen erhalten können. Besonders dort, wo klassische Förderprogramme noch nicht greifen oder eine angespannte Haushaltslage die Aufbringung von Eigenmitteln verhindert. Finanziert werden soll der Fonds aus Einnahmen erneuerbarer Energien auf landeseigenen Flächen. Denn der Ausbau erneuerbarer Energien soll auch den Gemeinden zugutekommen, die ihn ermöglichen.

Wir sorgen dafür, dass unsere Kommunen funktionieren, indem wir:

- die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken. Durch mehr direkte Zuweisungen statt komplizierte Förderprogramme.
- eine echte Umsetzung von Konnexität zwischen Land und den Kommunen fördern: Wer bestellt, muss auch bezahlen.
- einen Klimapakt mit den Kommunen schließen, der die Energiewende vor Ort mit Beratung, Wissen und finanzieller Unterstützung stärkt.

17. Europa:

**Wir denken über
Grenzen hinaus**



Europa? Verbinden!

Ein Semester in Schweden studieren, im Urlaub ein paar Tage ganz entspannt den Elbradweg entlangradeln und am Wochenende mal schnell zum Shoppen nach Polen fahren. Mecklenburg-Vorpommern liegt im Herzen Europas. Wir sind verbunden über die Ostsee, durch Handel, Kultur und gemeinsame Geschichte. Gerade für MV als Grenz- und Küstenland ist Europa eine große Chance. Doch diese Chancen nutzen wir noch nicht konsequent genug.

Wenn Fördermittel liegen bleiben, an Grenzen nicht zusammengearbeitet wird, plötzlich wieder engmaschig kontrolliert wird und gemeinsamer Schutz unserer Natur nicht konsequent umgesetzt wird, vergeben wir Chancen. Dabei geht es auch um unsere Lebensqualität. Denn ohne EU-Fördermittel wären hier viele Projekte nicht möglich gewesen. Und: In Zeiten globaler Krisen können wir nicht nur national handeln.

Deshalb betrachten wir MV global. Und handeln lokal. Wir wollen, dass MV seine Rolle in Europa aktiv gestaltet: als verlässlicher Partner, als innovativer Standort und als starke Stimme für Nachhaltigkeit und Zusammenarbeit. Europa ist für uns kein abstraktes Projekt, sondern konkrete Zukunftspolitik für unser Land.

Für ein Mecklenburg-Vorpommern, das stark vernetzt ist, fordern wir:

- **die Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainern für mehr Sicherheit gezielt auszubauen,** etwa beim Schutz kritischer Infrastruktur, in der Krisenvorsorge und im Katastrophenschutz. Wir stärken unsere Energiesouveränität durch den Ausbau erneuerbarer Energien und bessere europäische Netze. Damit wir gemeinsam Europas Stärke nutzen.
- **eine stärkere Partnerschaft mit Polen:** Die grenzübergreifende Zusammenarbeit mit Polen werden wir vertiefen – für wirtschaftliche Chancen, kulturellen Austausch und eine starke Grenzregion. Damit unsere Grenzregion gemeinsam wächst und alle davon profitieren.
- **stärkeren Schutz unserer Ostsee:** Meeresschutz geht uns alle an. Deswegen denken wir ihn europäisch. Wichtig dabei: Wir müssen Schutzmaßnahmen konsequenter umsetzen und die Natura-2000-Gebiete in der Ostsee dauerhaft sichern. Damit wir unsere Küsten und das Meer wirksam schützen können.

17.1. Europa vor Ort: Chancen für Mecklenburg-Vorpommern nutzen

Europa zeigt sich nicht nur in Brüssel, sondern auch in unserem Alltag. In Austauschprogrammen, Partnerschaften, gemeinsamen Projekten und Fördermitteln, die Städte, Dörfer und Regionen voranbringen. Gerade für Mecklenburg-Vorpommern liegen darin große Chancen.

Doch noch immer bleibt zu viel davon ungenutzt. Fördermittel sind oft schwer zugänglich, Austauschmöglichkeiten nicht für alle erreichbar und Europa im Alltag vieler Menschen unsichtbar. Wenn Europa vor Ort nicht erfahrbar wird, bleibt es ein Versprechen.

Damit wir Europa leben, wollen wir Europa in Mecklenburg-Vorpommern sichtbar machen und die Möglichkeiten, die es bietet, besser nutzen.

Dafür stärken wir die europäische Idee in Bildung, Ausbildung und Zivilgesellschaft und bauen länderübergreifende Begegnungen durch Partnerschaften und Austauschprogramme weiter aus. EU-Fördermittel wollen wir gezielter einsetzen und Kommunen, Vereine, Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Beantragung besser unterstützen. So sorgen wir dafür, dass gerade auch ländliche Regionen stärker von Europa profitieren.

Für ein Europa, das auch in MV sichtbar ist, wollen wir:

- die europäische Idee nachhaltig stärken – in Schulen, Hochschulen, Ausbildung und Erwachsenenbildung sowie durch zivilgesellschaftliche Initiativen, die Europa auch in ländlichen Räumen sichtbar und erfahrbar machen.
- grenzübergreifende Begegnungen schaffen, indem Städte-, Schul- und Regionalpartnerschaften ausgebaut werden und die Teilnahme an europäischen Austauschprogrammen wie Erasmus+ auch für Auszubildende und junge Fachkräfte erleichtert wird.
- eine klare Strategie für den Einsatz von EU-Fördermitteln entwickeln, um ländliche Regionen gezielt zu unterstützen und Innovation, Digitalisierung und Klimaschutz in Mecklenburg-Vorpommern voranzubringen.
- Kommunen, Vereine, Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Beantragung von EU-Fördermitteln besser begleiten: durch höhere Kofinanzierung von EU-Projekten und den Ausbau regionaler Beratungsangebote, wie etwa den Europalots*innen.
- uns bei den Verhandlungen zum nächsten mehrjährigen EU-Haushalt dafür einsetzen, dass regionale Förderprogramme wie LEADER sowie weitere niedrigschwellige Fördermöglichkeiten für kleine Projekte fortgeführt und weiterhin vom Land Mecklenburg-Vorpommern vergeben und mitgestaltet werden können.

17.2. Die Partnerschaft mit Polen ausbauen

Viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern leben mit Polen nicht nur als Nachbarland, sondern als Teil ihres Alltags. Sie arbeiten grenzüberschreitend, pflegen Partnerschaften und bewegen sich im gemeinsamen Grenzraum. Gerade für Vorpommern liegt darin eine große Chance.

Doch diese Nähe wird noch nicht konsequent genug genutzt. Verkehrsverbindungen sind oft nicht ausgebaut, Austausch und Zusammenarbeit hängen zu sehr vom Engagement Einzelner ab und gemeinsame Projekte schöpfen ihr Potenzial nicht aus.

Wenn gute Nachbarschaft nicht aktiv gestaltet wird, bleiben Chancen für Wirtschaft und Zusammenhalt liegen.

Damit wir die Grenze zu unserem Nachbarn überwinden, wollen wir die Partnerschaft mit Polen vertiefen und den gemeinsamen Grenzraum stärker zusammendenken.

Dafür stärken wir die Euroregion Pomerania als Motor der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und entwickeln die Metropolregion Stettin als gemeinsamen Wirtschafts-, Arbeits- und Naturraum weiter. Interreg-Programme wollen wir gezielter für gemeinsame Projekte nutzen. Gleichzeitig verbessern wir die Mobilität im Grenzraum und fördern Polnischunterricht, Schulpartnerschaften und Austauschprogramme mit Polen.

Für engere Beziehungen mit Polen werden wir:

- die Euroregion Pomerania als Motor der deutsch-polnischen Zusammenarbeit stärken und Kooperationen zwischen Kommunen, Hochschulen und Unternehmen ausbauen.
- die Metropolregion Stettin als gemeinsamen Wirtschafts-, Arbeits- und Naturraum weiterentwickeln.
- Europäische Interreg-Programme gezielt nutzen, um gemeinsame Projekte für Naturschutz, Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.
- die Mobilität im Grenzraum verbessern durch den Ausbau länderübergreifender Bahn- und Verkehrsverbindungen.
- Polnischunterricht, Schulpartnerschaften und Austauschprogramme mit Polen weiter fördern.

17.3. Gemeinsam für Sicherheit und Resilienz im Ostseeraum

Die Ostsee ist für Mecklenburg-Vorpommern Lebensraum, Wirtschaftsraum und die Verbindung zu unseren Nachbarn. Doch sie ist auch verletzlich. Kritische Infrastruktur wie die Energieversorgung gerät in Zeiten von Krisen und Sabotage immer mehr unter Druck.

Wenn wir auf neue Bedrohungen nicht vorbereitet sind, wird aus Verwundbarkeit schnell ein Sicherheitsrisiko. Dann geraten nicht nur Versorgung und Infrastruktur ins Wanken, sondern auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.

Das lassen wir nicht zu. Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern widerstandsfähiger machen und die Zusammenarbeit im Ostseeraum für mehr Sicherheit gezielt ausbauen.

Dafür vertiefen wir die Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainern beim Schutz kritischer Infrastruktur, in der Krisenvorsorge und im Katastrophenschutz. Wir stärken unsere Energiesouveränität durch den Ausbau erneuerbarer Energien und bessere europäische Netze. Mit einem Landesresilienzkonzept und verbindlichen kommunalen Resilienzplänen wollen wir Krisenvorsorge als Teil der Daseinsvorsorge stärken und unsere demokratische Resilienz gegen Desinformation und hybride Bedrohungen verbessern.

Für einen gemeinsamen und sicheren Ostseeraum werden wir:

- die Zusammenarbeit mit den Ostseeanrainern im Rahmen der EU- und MV-Ostseestrategie vertiefen, insbesondere in den Bereichen Schutz kritischer Infrastruktur, Krisenvorsorge und Katastrophenschutz, und zugleich unsere demokratische Widerstandsfähigkeit gegen Desinformation und hybride Bedrohungen stärken.
- unsere Energiesouveränität durch den Ausbau erneuerbarer Energien und die Weiterentwicklung des gesamteuropäischen Energienetzes stärken.
- ein Landesresilienzkonzept entwickeln, das ökologische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aspekte verbindet und Krisenvorsorge als Teil der Daseinsvorsorge stärkt.
- ein umfassendes Schutzkonzept für kritische Infrastruktur an Land und auf See entwickeln, mit besonderem Fokus auf zivil-militärische Zusammenarbeit.
- die Kommunen bei der Entwicklung kommunaler Resilienzpläne unterstützen, diese gesetzlich festschreiben und regionale Kreisläufe sowie Versorgungssysteme stärken, um Abhängigkeiten zu reduzieren und dadurch unsere Versorgungssicherheit zu erhöhen.
- Katastrophen- und Zivilschutz als Teil der Vorsorge im Ostseeraum in Bildung und Ausbildung von Schule bis Hochschule und Erwachsenenbildung einführen und dafür Einrichtungen gezielt ausstatten sowie Kooperationen mit Einsatzorganisationen wie THW und Feuerwehr ausbauen.

17.4. Europäischen Meeres- und Naturschutz konsequent umsetzen

Die Ostsee und unsere Landschaften machen Mecklenburg-Vorpommern aus. Sie sind eine natürliche Lebensgrundlage und sichern Artenvielfalt und Lebensqualität für uns alle. Doch sie geraten unter Druck: durch Verschmutzung, zerstörte Ökosysteme und wirtschaftliche Nutzung, die ihre Grenzen missachtet.

Wenn europäische Umweltziele auf dem Papier stehen, aber vor Ort nicht konsequent umgesetzt werden, geraten Artenvielfalt, sauberes Wasser und der Schutz unserer Küsten weiter in Gefahr.

Nicht mit uns! Wir wollen den europäischen Meeres- und Naturschutz in Mecklenburg-Vorpommern in konkretes Handeln übersetzen.

Dafür setzen wir die Ziele der europäischen Natur- und Umweltgesetzgebung auf Landesebene verbindlich um und stärken den Schutz der Natura-2000-Gebiete in der Ostsee. Neue Öl- und Gasförderprojekte lehnen wir ab. Gemeinsam mit den baltischen Staaten und dem Bund wollen wir Munitionsaltlasten aus der Ostsee bergen und Verschmutzung durch Nährstoffeinträge und Plastikmüll wirksamer bekämpfen. Zugleich verbessern wir unsere Strategien, um drohenden Havarien und Ölunfällen – etwa durch marode Tanker der russischen Schattenflotte – frühzeitig vorzubeugen.

Wir setzen den europäischen Meeres- und Naturschutz konsequent um, indem wir:

- die Ziele der europäischen Natur- und Umweltgesetzgebung etwa beim Schutz der Biodiversität und bei der Renaturierung von Ökosystemen in konkrete Maßnahmen auf Landesebene übersetzen.
- den europäischen Meeresschutz stärken und die Natura-2000-Gebiete in der Ostsee schützen.
- gemeinsam mit den Ostseeanrainern und dem Bund Maßnahmen zur Bergung der Munitionsaltlasten und gegen die Verschmutzung der Ostsee, etwa durch Nährstoffeinträge und Plastikmüll, vereinbaren.
- präventive Strategien gegen Umwelt- und Sicherheitsrisiken durch mögliche Havarien und Ölunfälle entwickeln und koordinieren.

**“
Wir wollen den europäischen
Meeres- und Naturschutz in MV in
konkretes Handeln übersetzen.**

Transparenzhinweis Einsatz von KI

Dieses Programm ist das Ergebnis eines breiten, partizipativen Prozesses. Mitglieder, Fachpolitiker*innen und viele engagierte Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern haben ihre Ideen, Erfahrungen und Perspektiven eingebracht. So ist ein Programmentwurf entstanden, der im Land verwurzelt ist und konkrete Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit gibt.

In den Wochen nach der Veröffentlichung des Entwurfs durch den Landesvorstand wurde dieser Entwurf durch Änderungsanträge aus der Mitte der Partei weiterentwickelt. Die endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgte auf dem Parteitag am 6. Juni 2026 in Stralsund.

Bei der redaktionellen Ausarbeitung und sprachlichen Strukturierung des Programmentwurfs (vom 09.04.2026) haben wir ergänzend auch KI-gestützte Anwendungen genutzt.

Die politischen Inhalte, Positionen und Entscheidungen dieses Programms wurden jedoch vollständig von uns als Partei erarbeitet und verantwortet.

gruene-mv.de



KONTAKT

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV
Gaußstr. 5 | 19055 Schwerin
post@gruene-mv.de
